Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5103

03. 05. 76

Sachgebiet 180

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 30. Mai 1975 zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (EWO)

A. Zielsetzung

Die Europäische Weltraumorganisation (EWO) tritt als einheitliche Organisation an die Stelle der bisherigen europäischen Weltraumorganisationen ESRO und ELDO, deren Programme sie weiterführt. Die EWO erhält darüber hinaus neue Aufgaben, um die europäische Zusammenarbeit im Weltraum zu fördern: Ausarbeitung einer langfristigen gemeinsamen Weltraumpolitik, Durchführung gemeinsam beschlossener Weltraumaktivitäten, Koordinierung und allmähliche Integrierung der nationalen Weltraumprogramme sowie aller Weltraumeinrichtungen und -dienste in Europa, Formulierung einer geeigneten Industriepolitik.

Die Organisation, dem Personal und den Vertretern der Mitgliedstaaten in den Gremien der EWO werden Vorrechte und Immunitäten eingeräumt, wie sie bei internationalen Organisationen üblich sind: Befreiung von der Gerichtsbarkeit, der Besteuerung und der deutschen Sozialversicherung, ferner Erleichterung in bezug auf Ein- und Ausreise, zollfreier Einfuhr persönlicher Habe u. ä.

Das Übereinkommen zur Gründung der ESA ist nach langen und schwierigen Verhandlungen am 30. Mai 1975 in Paris von allen Mitgliedstaaten der ESRO und ELDO unterzeichnet worden.

B. Lösung

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, weil es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56,
5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (02221) 363551

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Das Übereinkommen verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Leistung finanzieller Beiträge an die Organisation. Die für die Durchführung der einzelnen Programme erforderlichen Finanzrahmen können nicht ohne deutsche Zustimmung festgesetzt werden. Der deutsche Beitrag für die Weltraumaktivitäten der EWO beträgt im Jahr 1976 etwa 360 Mio DM.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (31) — 270 30 — We 1/76

Bonn, den 3. Mai 1976

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 30. Mai 1975 zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (EWO) mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Übereinkommens in deutscher, französischer und englischer Sprache sowie die Denkschrift zum Übereinkommen sind gleichfalls beigefügt.

Federführend sind gemeinsam der Bundesminister für Forschung und Technologie und der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 432. Sitzung am 12. März 1976 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Gegenäußerung (Anlage 3) dargelegt.

Schmidt

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 30. Mai 1975 zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (EWO)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 30. Mai 1975 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sowie Personen, die im Zeitpunkt ihres Dienstantritts bei der Organisation ihren ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet haben, genießen nach Maßgabe des Artikels XXIV der Anlage I des Übereinkommens keine Vorrechte und Immunitäten.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel XXI Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus den von Artikel V der Anlage I des Übereinkommens betroffenen Steuern nach Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Nach Artikel XXIV der Anlage I des Übereinkommens ist ein Mitgliedstaat nicht verpflichtet, seinen eigenen Staatsangehörigen oder Personen, die im Zeitpunkt ihres Dienstantritts in diesem Mitgliedstaat ihren ständigen Aufenthalt haben, bestimmte Vorrechte und Immunitäten zu gewähren. Ebenso wie im Protokoll vom 31. Oktober 1963 über die Vorrechte und Befreiungen von ESRO (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1353) wird ein Ausschluß der betreffenden Vorrechte und Immunitäten für zweckmäßig erachtet. Der verbindliche deutsche Text des Übereinkommens verwendet die Formulierung „Vorrechte und Immunitäten". Diese Abweichung vom Sprachgebrauch der §§ 18—20 GVG hat keine materiell-rechtliche Bedeutung, sondern ist zur Angleichung an den internationalen Sprachgebrauch erfolgt.

Zu Artikel 3

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel XXI für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Mit der Gründung der EWO werden keine neuen finanziellen Verpflichtungen eingegangen. An die Stelle der deutschen Beitragsverpflichtung gegenüber ESRO und ELDO (deutscher Beitrag für 1976: 360 Mio DM) tritt die Beitragsverpflichtung gegenüber der EWO. Die laufenden europäischen Weltraumprogramme, die im Hinblick auf die Schaffung der einheitlichen europäischen Weltraumorganisation EWO bei der ESRO konzentriert worden waren, werden von der EWO weitergeführt. Die Liquidation der ELDO-Programme ist im wesentlichen abgeschlossen.

Über die finanzielle Auswirkung etwaiger Programme, die in Zukunft im Rahmen der EWO beschlossen werden, lassen sich im gegenwärtigen Zeitpunkt keine konkreten Angaben machen. Die Finanzrahmen des obligatorischen Programmes sowie der einzelnen fakultativen Programme können nicht ohne deutsche Zustimmung festgesetzt werden (vgl. Artikel XI Abs. 5 Buchstabe a ii und Artikel I Abs. 2 Buchstabe b der Anlage III des Übereinkommens).

Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation

Convention portant création d'une agence spatiale européenne

Convention for the Establishment of a European Space Agency

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens —

VON DER ERWÄGUNG GELEITET, daß der im Bereich der Weltraumtätigkeiten notwendige personelle, technische und finanzielle Aufwand die Möglichkeiten der einzelnen europäischen Staaten übersteigt;

GESTÜTZT AUF die von der Europäischen Weltraumkonferenz am 20. Dezember 1972 angenommene und von der Europäischen Weltraumkonferenz am 31. Juli 1973 bestätigte Entschließung, mit der beschlossen wurde, aus der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und der Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern eine neue Organisation mit dem Namen Europäische Weltraumorganisation zu bilden und danach zu streben, die europäischen nationalen Weltraumprogramme so weitgehend und so rasch wie möglich und sinnvoll in ein europäisches Weltraumprogramm zu integrieren;

IN DEM WUNSCH, die europäische Zusammenarbeit für ausschließlich friedliche Zwecke auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen im Hinblick auf deren Nutzung für die Wissenschaft und für operationelle Weltraumanwendungssysteme fortzuführen und zu verstärken;

IN DEM WUNSCH, zur Erreichung dieser Ziele eine einzige europäische Weltraumorganisation zu gründen, um die Wirksamkeit der gesamten europäischen Weltraumanstrengungen durch bessere Nutzung der derzeit für den Weltraum aufgewendeten Mittel zu erhöhen, und ein europäisches Weltraumprogramm für ausschließlich friedliche Zwecke aufzustellen —

Les États parties à la présente Convention,

CONSIDÉRANT que l'importance des ressources humaines, techniques et financières nécessaires aux activités relevant du domaine spatial est telle que ces ressources dépassent les possibilités individuelles des pays européens;

CONSIDÉRANT la Résolution de la Conférence spatiale européenne adoptée le 20 décembre 1972 et confirmée par la Conférence spatiale européenne le 31 juillet 1973, qui décide qu'une nouvelle organisation appelée «Agence spatiale européenne» sera créée à partir de l'Organisation européenne de recherches spatiales et de l'Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux et qu'une intégration des programmes spatiaux nationaux européens, aussi poussée et aussi rapide qu'il est raisonnablement possible, sera recherchée pour former un programme spatial européen;

DÉSIREUX de poursuivre et de renforcer la coopération européenne, à des fins exclusivement pacifiques, dans les domaines de la recherche et de la technologie spatiales et de leurs applications spatiales, en vue de leur utilisation à des fins scientifiques et pour des systèmes spatiaux opérationnels d'applications;

DÉSIREUX, pour atteindre ces buts, d'établir une organisation spatiale européenne unique qui permette d'accroître l'efficacité de l'ensemble de l'effort spatial européen par une meilleure utilisation des ressources actuellement consacrées à l'espace et de définir un programme spatial européen ayant des fins exclusivement pacifiques,

The States parties to this Convention,

CONSIDERING that the magnitude of the human, technical and financial resources required for activities in the space field is such that these resources lie beyond the means of any single European country,

CONSIDERING the Resolution adopted by the European Space Conference on 20 December 1972 and confirmed by the European Space Conference on 31 July 1973, which decided that a new organisation, called the "European Space Agency", would be formed out of the European Space Research Organisation and the European Organisation for the Development and Construction of Space Vehicle Launchers, and that the aim would be to integrate the European national space programmes into a European space programme as far and as fast as reasonably possible,

DESIRING to pursue and to strengthen European co-operation, for exclusively peaceful purposes, in space research and technology and their space applications, with a view to their being used for scientific purposes and for operational space applications systems,

DESIRING, in order to achieve these aims, to establish a single European space organisation to increase the efficiency of the total of European space efforts by making better use of the resources at present devoted to space and to define a European space programme for exclusively peaceful purposes,

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel I

Gründung der Organisation

(1) Hiermit wird eine europäische Organisation mit dem Namen Europäische Weltraumorganisation gegründet; sie wird im folgenden als „Organisation" bezeichnet.

(2) Mitglieder der Organisation, im folgenden als „Mitgliedstaaten" bezeichnet, sind die Staaten, die nach den Artikeln XX und XXII Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind.

(3) Alle Mitgliedstaaten beteiligen sich an den in Artikel V Absatz 1 Buchstabe a aufgeführten obligatorischen Tätigkeiten und leisten einen Beitrag zu den in Anlage II genannten fest zugeordneten gemeinsamen Kosten der Organisation.

(4) Der Sitz der Organisation befindet sich im Raum Paris.

Artikel II

Zweck

Zweck der Organisation ist es, die Zusammenarbeit europäischer Staaten für ausschließlich friedliche Zwecke auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen im Hinblick auf deren Nutzung für die Wissenschaft und für operationelle Weltraumanwendungssysteme sicherzustellen und zu entwickeln,

a) indem sie eine langfristige europäische Weltraumpolitik ausarbeitet und durchführt, den Mitgliedstaaten Weltraumzielsetzungen empfiehlt und die Politik der Mitgliedstaaten in bezug auf andere nationale und internationale Organisationen und Einrichtungen in Einklang bringt;

b) indem sie Weltraumtätigkeiten und -programme ausarbeitet und durchführt;

c) indem sie das europäische Weltraumprogramm und die nationalen Programme koordiniert und indem sie die letzteren schrittweise und so vollständig wie möglich in das europäische Weltraumprogramm integriert, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung von Anwendungssatelliten;

d) indem sie die für ihr Programm geeignete Industriepolitik ausarbeitet und durchführt und den Mitgliedstaaten eine einheitliche Industriepolitik empfiehlt.

SONT CONVENUS de ce qui suit:

Article premier

Création de l'Agence

1. Il est institué par la présente Convention une organisation européenne appelée «Agence spatiale européenne», ci-après dénommée «l'Agence».

2. Les membres de l'Agence, ci-après dénommés «les États membres», sont les États qui sont parties à la présente Convention en application des articles XX et XXII.

3. Tous les États membres participent aux activités obligatoires mentionnées à l'article V, 1 (a) et contribuent aux frais communs fixes de l'Agence visés à l'annexe II.

4. Le siège de l'Agence est situé dans la région de Paris.

Article II

Mission

L'Agence a pour mission d'assurer et de développer, à des fins exclusivement pacifiques, la coopération entre États européens dans les domaines de la recherche et de la technologie spatiales et de leurs applications spatiales, en vue de leur utilisation à des fins scientifiques et pour des systèmes spatiaux opérationnels d'applications:

(a) en élaborant et en mettant en œuvre une politique spatiale européenne à long terme, en recommandant aux États membres des objectifs en matière spatiale et en concertant les politiques des États membres à l'égard d'autres organisations et institutions nationales et internationales;

(b) en élaborant et en mettant en œuvre des activités et des programmes dans le domaine spatial;

(c) en coordonnant le programme spatial européen et les programmes nationaux, et en intégrant ces derniers progressivement et aussi complètement que possible dans le programme spatial européen, notamment en ce qui concerne le développement de satellites d'applications;

(d) en élaborant et en mettant en œuvre la politique industrielle appropriée à son programme et en recommandant aux États membres une politique industrielle cohérente.

HAVE AGREED as follows:

Article I

Establishment of the Agency

1. A European organisation, called the "European Space Agency", hereinafter referred to as "the Agency", is hereby established.

2. The members of the Agency, hereinafter referred to as "Member States", shall be the States which are parties to this Convention in accordance with Articles XX and XXII.

3. All Member States shall participate in the mandatory activities referred to in Article V. 1 (a) and shall contribute to the fixed common costs of the Agency, referred to in Annex II.

4. The Headquarters of the Agency shall be situated in the Paris area.

Article II

Purpose

The purpose of the Agency shall be to provide for and to promote, for exclusively peaceful purposes, co-operation among European States in space research and technology and their space applications, with a view to their being used for scientific purposes and for operational space applications systems,

(a) by elaborating and implementing a long-term European space policy, by recommending space objectives to the Member States, and by concerting the policies of the Member States with respect to other national and international organisations and institutions;

(b) by elaborating and implementing activities and programmes in the space field;

(c) by coordinating the European space programme and national programmes, and by integrating the latter progressively and as completely as possible into the European space programme, in particular as regards the development of applications satellites;

(d) by elaborating and implementing the industrial policy appropriate to its programme and by recommending a coherent industrial policy to the Member States.

Artikel III

Informationen und Daten

(1) Die Mitgliedstaaten und die Organisation erleichtern den Austausch wissenschaftlicher und technischer Informationen auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen; ein Mitgliedstaat braucht jedoch eine außerhalb der Organisation erlangte Information nicht mitzuteilen, falls dies nach seiner Auffassung mit seinen Sicherheitsinteressen, seinen Vereinbarungen mit Dritten oder mit den Bedingungen, unter denen die Information erlangt wurde, nicht vereinbar ist.

(2) Bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten nach Artikel V stellt die Organisation sicher, daß die wissenschaftlichen Ergebnisse nach ihrer Verwendung durch die für die Versuche verantwortlichen Wissenschaftler veröffentlicht oder auf andere Weise weiten Kreisen zugänglich gemacht werden. Die sich ergebenden reduzierten Daten sind Eigentum der Organisation.

(3) Bei der Vergabe von Aufträgen und dem Abschluß von Übereinkünften sichert sich die Organisation hinsichtlich der sich ergebenden Erfindungen und technischen Daten die Rechte, die zur Wahrung ihrer Interessen sowie der Interessen der an dem betreffenden Programm teilnehmenden Mitgliedstaaten und der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden natürlichen und juristischen Personen geeignet sind. Hierzu gehören insbesondere das Recht auf Zugang, Weitergabe und Nutzung. Diese Erfindungen und technischen Daten werden den Teilnehmerstaaten mitgeteilt.

(4) Erfindungen und technische Daten, die Eigentum der Organisation sind, werden den Mitgliedstaaten mitgeteilt und können von diesen Staaten und von den ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden natürlichen und juristischen Personen für ihre eigenen Zwecke unentgeltlich genutzt werden.

(5) Der Rat beschließt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Einzelvorschriften für die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen.

Article III

Informations et données

1. Les États membres et l'Agence facilitent l'échange d'informations scientifiques et techniques relevant des domaines de la recherche et de la technologie spatiales et de leurs applications spatiales, étant entendu qu'aucun État membre n'est tenu de communiquer une information obtenue en dehors du cadre de l'Agence s'il estime une telle communication incompatible avec les exigences de sa sécurité, les stipulations de ses accords avec des tiers ou les conditions sous lesquelles il a lui-même acquis cette information.

2. En assurant l'exécution des activités visées à l'article V, l'Agence veille à ce que leurs résultats scientifiques soient publiés ou, de toute autre façon, rendus largement accessibles après avoir été utilisés par les chercheurs responsables des expériences. Les données dépouillées qui en résultent sont la propriété de l'Agence.

3. Dans la passation des contrats ou la conclusion des accords, l'Agence réserve, en ce qui concerne les inventions et données techniques en découlant, les droits appropriés à la sauvegarde de ses intérêts et de ceux des États membres participant au programme considéré, ainsi que de ceux des personnes physiques et morales relevant de leur juridiction. Ces droits comportent notamment les droits d'accès, de communication et d'utilisation. Ces inventions et données techniques sont portées à la connaissance des États participants.

4. Les inventions et données techniques qui sont la propriété de l'Agence sont communiquées aux États membres et peuvent être utilisées pour leurs propres besoins, gratuitement, par lesdits États et par les personnes physiques ou morales relevant de leur juridiction.

5. Les règles détaillées d'application des dispositions ci-dessus sont adoptées par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les États membres.

Article III

Information and data

1. Member States and the Agency shall facilitate the exchange of scientific and technical information pertaining to the fields of space research and technology and their space applications, provided that a Member State shall not be required to communicate any information obtained outside the Agency if it considers that such communication would be inconsistent with the interests of its own security or its own agreements with third parties, or the conditions under which such information has been obtained.

2. In carrying out its activities under Article V, the Agency shall ensure that any scientific results shall be published or otherwise made widely available after prior use by the scientists responsible for the experiments. The resulting reduced data shall be the property of the Agency.

3. When placing contracts or entering into agreements, the Agency shall, with regard to the resulting inventions and technical data, secure such rights as may be appropriate for the protection of its interests, of those of the Member States participating in the relevant programme, and of those of persons and bodies under their jurisdiction. These rights shall include in particular the rights of access, of disclosure, and of use. Such inventions and technical data shall be communicated to the participating States.

4. Those inventions and technical data that are the property of the Agency shall be disclosed to the Member States and may be used for their own purposes by these Member States and by persons and bodies under their jurisdiction, free of charge.

5. The detailed rules for the application of the foregoing provisions shall be adopted by the Council, by a two-thirds majority of all Member States.

Artikel IV

Austausch von Personen

Die Mitgliedstaaten erleichtern den Austausch von Personen, die an Arbeiten im Zuständigkeitsbereich der Organisation beteiligt sind, soweit dies mit ihren Gesetzen und sonstigen Vorschriften über die Einreise in ihr Hoheitsgebiet, den Aufenthalt dort und die Ausreise daraus vereinbar ist.

Article IV

Échanges de personnes

Les États membres facilitent les échanges de personnes dont l'activité se rapporte aux domaines de la compétence de l'Agence, dans la mesure compatible avec l'application à toute personne des lois et règlements concernant l'entrée ou le séjour sur leur territoire, ainsi que la sortie de leur territoire.

Article IV

Exchange of persons

Member States shall facilitate the exchange of persons concerned with work within the competence of the Agency, consistent with the application to any person of their laws and regulations relating to entry into, stay in, or departure from, their territories.

Artikel V

Tätigkeiten und Programme

(1) Die Tätigkeiten der Organisation umfassen obligatorische Tätigkeiten, an denen alle Mitgliedstaaten teilnehmen, und fakultative Tätigkeiten, an denen alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme derjenigen teilnehmen, die förmlich erklären, an einer Teilnahme nicht interessiert zu sein.

a) Im Rahmen der obligatorischen Tätigkeiten wird die Organisation
   i) die Durchführung der grundlegenden Tätigkeiten wie Ausbildung, Dokumentation, Untersuchung künftiger Vorhaben und technologische Forschungsarbeit sicherstellen;
   ii) die Ausarbeitung und Durchführung eines wissenschaftlichen Programms sicherstellen, das Satelliten und andere Weltraumsysteme umfaßt;
   iii) einschlägige Informationen sammeln und an die Mitgliedstaaten weitergeben, auf Lücken und Doppelarbeit hinweisen und mit Rat und Tat zur Harmonisierung der internationalen und der nationalen Programme beitragen;
   iv) regelmäßige Kontakte mit den Benutzern von Weltraumtechniken unterhalten und sich über deren Erfordernisse auf dem laufenden halten.

b) Im Rahmen der fakultativen Tätigkeiten wird die Organisation nach Maßgabe der Anlage III die Durchführung von Programmen sicherstellen, die insbesondere folgendes umfassen können:
   i) den Entwurf, die Entwicklung, den Bau, den Start, das Einbringen in die Umlaufbahn und die Kontrolle von Satelliten und anderen Weltraumsystemen;
   ii) den Entwurf, die Entwicklung, den Bau und den Betrieb von Starteinrichtungen und Raumtransportsystemen.

(2) Im Bereich der weltraumtechnischen Anwendungen kann die Organisation gegebenenfalls Betriebstätigkeiten ausführen; die hierfür geltenden Bedingungen werden vom Rat mit der Mehrheit aller Mitgliedstaaten festgelegt. Die Organisation wird in diesem Rahmen

a) den betreffenden Betriebsorganisationen die für sie nützlichen eigenen Anlagen zur Verfügung stellen;

b) nach Bedarf für die betreffenden Betriebsorganisationen den Start, das Einbringen in die Umlaufbahn und die Kontrolle operationeller Anwendungssatelliten durchführen;

Article V

Activités et programmes

1. Les activités de l'Agence comprennent des activités obligatoires auxquelles tous les États membres participent et des activités facultatives auxquelles tous les États membres participent, sauf ceux qui déclarent formellement ne pas être intéressés à y participer.

(a) Au titre des activités obligatoires, l'Agence:
   (i) assure l'exécution des activités de base, telles que l'enseignement, la documentation, l'étude de projets futurs et les travaux de recherche technologique;
   (ii) assure l'élaboration et l'exécution d'un programme scientifique comportant des satellites et autres systèmes spatiaux;
   (iii) rassemble et diffuse aux États membres les informations pertinentes, signale les lacunes ou les doubles emplois, fournit des conseils et une aide en vue de l'harmonisation des programmes internationaux et nationaux;
   (iv) maintient des contacts réguliers avec les utilisateurs de techniques spatiales et s'informe de leurs besoins.

(b) Au titre des activités facultatives, l'Agence assure, conformément aux dispositions de l'annexe III, l'exécution de programmes qui peuvent notamment comporter:
   (i) l'étude, le développement, la construction, le lancement, la mise en orbite et le contrôle de satellites et d'autres systèmes spatiaux;
   (ii) l'étude, le développement, la construction et la mise en œuvre de moyens de lancement et de systèmes de transport spatiaux.

2. Dans le domaine des applications spatiales, l'Agence peut, le cas échéant, assurer des activités opérationnelles à des conditions qui sont définies par le Conseil à la majorité de tous les États membres. A ce titre, l'Agence:

(a) met à la disposition des organismes d'exploitation intéressés celles de ses installations qui peuvent leur être utiles;

(b) assure le cas échéant, pour le compte des organismes d'exploitation intéressés, le lancement, la mise en orbite et le contrôle de satellites opérationnels d'applications;

Article V

Activities and programmes

1. The activities of the Agency shall include mandatory activities, in which all Member States participate, and optional activities, in which all Member States participate apart from those that formally declare themselves not interested in participating therein.

(a) With respect to the mandatory activities, the Agency shall
   (i) ensure the execution of basic activities, such as education, documentation, studies of future projects and technological research work;
   (ii) ensure the elaboration and execution of a scientific programme including satellites and other space systems;
   (iii) collect relevant information and disseminate it to Member States, draw attention to gaps and duplication, and provide advice and assistance for the harmonisation of international and national programmes;
   (iv) maintain regular contact with the users of space techniques and keep itself informed of their requirements.

(b) With respect to the optional activities, the Agency shall ensure, in accordance with the provisions of Annex III, the execution of programmes which may, in particular, include
   (i) the design, development, construction, launching, placing in orbit, and control of satellites and other space systems;
   (ii) the design, development, construction, and operation of launch facilities and space transport systems.

2. In the area of space applications the Agency may, should the occasion arise, carry out operational activities under conditions to be defined by the Council by a majority of all Member States. When so doing the Agency shall

(a) place at the disposal of the operating agencies concerned such of its own facilities as may be useful to them;

(b) ensure as required, on behalf of the operating agencies concerned, the launching, placing in orbit and control of operational application satellites;

c) jede sonstige Tätigkeit ausüben, die von Benutzern beantragt und vom Rat genehmigt wird.

Die Kosten solcher Betriebstätigkeiten tragen die jeweiligen Benutzer.

(3) Für die Koordinierung und Integration der Programme nach Artikel II Buchstabe c wird die Organisation von den Mitgliedstaaten rechtzeitig Informationen über Vorhaben im Zusammenhang mit neuen Weltraumprogrammen erhalten, Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten erleichtern, alle notwendigen Bewertungen durchführen und geeignete Vorschriften aufstellen, die vom Rat durch einstimmigen Beschluß aller Mitgliedstaaten anzunehmen sind. Die Ziele und Verfahren der Internationalisierung von Programmen sind in Anlage IV niedergelegt.

Artikel VI

Anlagen und Dienste

(1) Zur Durchführung der ihr übertragenen Programme

a) hält die Organisation die für die Vorbereitung und Überwachung ihrer Aufgaben erforderliche Eigenkapazität aufrecht und errichtet und betreibt zu diesem Zweck die für ihre Tätigkeiten erforderlichen Niederlassungen und Anlagen;

b) kann die Organisation Sondervereinbarungen zur Durchführung bestimmter Teile ihrer Programme durch nationale Einrichtungen in Mitgliedstaaten oder in Zusammenarbeit mit solchen Einrichtungen oder aber zur Übernahme des Betriebs bestimmter nationaler Anlagen durch die Organisation selbst treffen.

(2) Bei der Durchführung ihrer Programme bemühen sich die Mitgliedstaaten und die Organisation, ihre vorhandenen Anlagen und verfügbaren Dienste optimal und mit Vorrang zu nutzen und sie zu rationalisieren; sie werden daher keine neuen Anlagen oder Dienste einrichten, ohne vorher die Möglichkeit der Nutzung der vorhandenen Mittel geprüft zu haben.

Artikel VII

Industriepolitik

(1) Die Industriepolitik, die die Organisation nach Artikel II Absatz d ausarbeitet und durchführt, ist insbesondere dazu bestimmt,

a) den Erfordernissen des europäischen Weltraumprogramms und der koordinierten nationalen Weltraumprogramme kostenwirksam zu entsprechen;

(c) exécute toute autre activité demandée par les utilisateurs et approuvée par le Conseil.

Les coûts de ces activités opérationnelles sont supportés par les utilisateurs intéressés.

3. Au titre de la coordination et de l'intégration des programmes visés à l'article II (c), l'Agence reçoit des États membres communication, en temps utile, des projets relatifs à de nouveaux programmes spatiaux, facilite les consultations entre les États membres, procède à toutes évaluations nécessaires et formule des règles appropriées qui sont adoptées par le Conseil à l'unanimité de tous les États membres. Les objectifs et les procédures de l'internationalisation des programmes figurent à l'annexe IV.

Article VI

Installations et services

1. Pour l'exécution des programmes qui lui sont confiés, l'Agence:

(a) maintient la capacité interne nécessaire à la préparation et à la supervision de ses tâches et, à cette fin, crée et fait fonctionner les établissements et installations qui sont nécessaires à ses activités;

(b) peut passer des arrangements particuliers qui permettent l'exécution de certaines parties de ses programmes par des institutions nationales des États membres ou en coopération avec ces dernières, ou bien qui concernent la prise en charge par elle-même de la gestion de certaines installations nationales.

2. Dans la réalisation de leurs programmes, les États membres et l'Agence s'efforcent d'utiliser au mieux et en priorité leurs installations existantes et leurs services disponibles et de les rationaliser; en conséquence, ils ne créent des installations ou services nouveaux qu'après avoir examiné la possibilité de recourir aux moyens existants.

Article VII

Politique industrielle

1. La politique industrielle que l'Agence a pour mission d'élaborer et d'appliquer en vertu de l'article II (d) doit être conçue notamment de façon à:

(a) répondre aux besoins du programme spatial européen et des programmes spatiaux nationaux coordonnés, d'une manière économiquement efficiente;

(c) carry out any other activity requested by users and approved by the Council.

The cost of such operational activities shall be borne by the users concerned.

3. With respect to the coordination and integration of programmes referred to in Article II (c), the Agency shall receive in good time from Member States information on projects relating to new space programmes, facilitate consultations among the Member States, undertake any necessary evaluation and formulate appropriate rules to be adopted by the Council by a unanimous vote of all Member States. The objectives and procedures of the internationalisation of programmes are set out in Annex IV.

Article VI

Facilities and services

1. For the execution of the programmes entrusted to it, the Agency

(a) shall maintain the internal capability required for the preparation and supervision of its tasks and, to this end, shall establish and operate such establishments and facilities as are required for its activities;

(b) may enter into special arrangements for the execution of certain parts of its programmes by, or in co-operation with, national institutions of the Member States, or for the management by the Agency itself of certain national facilities.

2. In implementing their programmes, the Member States and the Agency shall endeavour to make the best use of their existing facilities and available services as a first priority, and to rationalise them; accordingly they shall not set up new facilities or services without having first examined the possibility of using the existing means.

Article VII

Industrial policy

1. The industrial policy which the Agency is to elaborate and apply by virtue of Article II (d) shall be designed in particular to

(a) meet the requirements of the European space programme and the co-ordinated national space programmes in a cost-effective manner;

b) die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in der Welt zu verbessern, indem sie die Weltraumtechnologie erhält und entwickelt und die Rationalisierung und Entwicklung einer den Markterfordernissen entsprechenden Industriestruktur fördert, wobei in erster Linie das vorhandene Industriepotential aller Mitgliedstaaten genutzt wird;

c) zu gewährleisten, daß alle Mitgliedstaaten in gerechter Weise, unter Berücksichtigung ihres finanziellen Beitrags, an der Durchführung des europäischen Weltraumprogramms und an der damit zusammenhängenden Entwicklung der Weltraumtechnologie teilnehmen; insbesondere räumt die Organisation bei der Durchführung ihrer Programme der Industrie aller Mitgliedstaaten soweit wie möglich Vorrang ein und bietet ihr weitestgehende Möglichkeiten zur Teilnahme an der technologisch interessanten Arbeit, die für die Organisation geleistet wird;

d) die Vorteile des offenen Ausschreibungsverfahrens in allen Fällen zu nutzen, sofern dies nicht mit anderen festgelegten Zielen der Industriepolitik unvereinbar ist.

Der Rat kann durch einstimmigen Beschluß aller Mitgliedstaaten andere Ziele setzen.

Die Einzelbestimmungen für die Verwirklichung dieser Ziele sind in Anlage V und in den Vorschriften enthalten, die der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten annimmt und regelmäßig überprüft.

(2) Zur Durchführung ihrer Programme nimmt die Organisation soweit wie möglich die Dienste außenstehender Auftragnehmer in Anspruch, soweit dies mit der Aufrechterhaltung ihrer Eigenkapazität nach Artikel VI Absatz 1 vereinbar ist.

Artikel VIII

Trägerraketen und andere Raumtransportsysteme

(1) Bei der Festlegung ihrer Missionen berücksichtigt die Organisation die im Rahmen ihrer Programme von einem Mitgliedstaat oder mit einem bedeutenden Beitrag der Organisation entwickelten Trägerraketen und anderen Raumtransportsysteme und gibt ihrer Verwendung für geeignete Nutzlasten den Vorrang, sofern dies im Vergleich zu anderen jeweils verfügbaren Trägerraketen oder Raumtransportsystemen nicht einen unvertretbaren Nachteil hinsichtlich Kosten, Zuverlässigkeit und Missionstauglichkeit darstellt.

(b) améliorer la compétitivité de l'industrie européenne dans le monde, en maintenant et développant la technologie spatiale et en encourageant la rationalisation et le développement d'une structure industrielle appropriée aux besoins du marché, en utilisant en premier lieu le potentiel industriel déjà existant de tous les États membres;

(c) garantir que tous les États membres participent de façon équitable, compte tenu de leur contribution financière, à la mise en œuvre du programme spatial européen et au développement connexe de la technologie spatiale; en particulier, pour l'exécution de ses programmes, l'Agence donne, dans toute la mesure du possible, la préférence aux industries de l'ensemble des États membres, qui reçoivent les plus grandes possibilités de participer aux travaux d'intérêt technologique entrepris pour son compte;

(d) bénéficier des avantages de l'appel à la concurrence dans tous les cas, sauf lorsque cela serait incompatible avec les autres objectifs définis de la politique industrielle.

D'autres objectifs peuvent être définis par le Conseil statuant à l'unanimité de tous les États membres.

Les dispositions détaillées relatives à la réalisation de ces objectifs figurent à l'annexe V et dans des règlements qui sont adoptés par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les États membres et qui font l'objet de révisions périodiques.

2. Pour l'exécution de ses programmes, l'Agence fait appel au maximum à des contractants extérieurs, dans la mesure compatible avec le maintien de la capacité interne mentionnée à l'article VI, 1.

Article VIII

Lanceurs et autres systèmes de transport spatiaux

1. En définissant ses missions, l'Agence tient compte des lanceurs ou autres systèmes de transport spatiaux développés soit dans le cadre de ses programmes, soit par un État membre, soit avec une contribution substantielle de l'Agence, et elle accorde la préférence à leur utilisation pour les charges utiles appropriées sauf si cette utilisation présente, par rapport à l'utilisation d'autres lanceurs ou moyens de transport spatiaux disponibles à l'époque envisagée, un désavantage déraisonnable sur le plan du coût, de la fiabilité et de l'adéquation à la mission.

(b) improve the world-wide competitiveness of European industry by maintaining and developing space technology and by encouraging the rationalisation and development of an industrial structure appropriate to market requirements, making use in the first place of the existing industrial potential of all Member States;

(c) ensure that all Member States participate in an equitable manner, having regard to their financial contribution, in implementing the European space programme and in the associated development of space technology; in particular the Agency shall, for the execution of its programmes, grant preference to the fullest extent possible to industry in all Member States, which shall be given the maximum opportunity to participate in the work of technological interest undertaken for the Agency;

(d) exploit the advantages of free competitive bidding in all cases, except where this would be incompatible with other defined objectives of industrial policy.

Other objectives may be defined by the Council by a unanimous decision of all Member States.

The detailed arrangements for the attainment of these objectives shall be those set out in Annex V and in rules which shall be adopted by the Council by a two-thirds majority of all Member States and reviewed periodically.

2. For the execution of its programmes, the Agency shall make the maximum use of external contractors consistent with the maintenance of the internal capability referred to in Article VI. 1.

Article VIII

Launchers and other space transport systems

1. When defining its missions, the Agency shall take into account the launchers or other space transport systems developed within the framework of its programmes, or by a Member State, or with a significant Agency contribution, and shall grant preference to their utilisation for appropriate payloads if this does not present an unreasonable disadvantage compared with other launchers or space transport means available at the envisaged time, in respect of cost, reliability and mission suitability.

(2) Umfassen Tätigkeiten oder Programme nach Artikel V die Verwendung von Trägerraketen oder anderen Raumtransportsystemen, so teilen die Teilnehmerstaaten dem Rat bei der Vorlage des betreffenden Programms zur Genehmigung oder Annahme mit, welche Trägerrakete oder welches Raumtransportsystem vorgesehen ist. Beabsichtigen die Teilnehmerstaaten im Laufe der Durchführung eines Programms, eine andere Trägerrakete oder ein anderes Raumtransportsystem als ursprünglich vorgesehen zu verwenden, so entscheidet der Rat über diese Änderung nach den gleichen Regeln wie bei der ersten Genehmigung oder Annahme des Programms.

2. Si des activités ou programmes visés à l'article V comportent l'utilisation de lanceurs ou autres systèmes de transport spatiaux, les États participants font connaître au Conseil, au moment où le programme en question lui est soumis pour approbation ou acceptation, quel est le lanceur ou le système de transport spatial envisagé. Si, au cours de l'exécution d'un programme, les États participants souhaitent recourir à un lanceur ou à un système de transport spatial autre que celui adopté initialement, le Conseil se prononce sur ce changement, en suivant les mêmes règles que pour l'approbation ou l'acceptation initiales du programme.

2. If activities or programmes under Article V include the use of launchers or other space transport systems, the participating States shall, when the programme in question is submitted for approval or acceptance, inform the Council of the launcher or space transport system envisaged. If during the execution of a programme the participating States wish to use a launcher or space transport system other than the one originally adopted, the Council shall make a decision on this change in accordance with the same rules as those applied in respect of the initial approval or acceptance of the programme.

Artikel IX

Benutzung der Anlagen, Unterstützung der Mitgliedstaaten und Lieferung von Erzeugnissen

(1) Die Organisation stellt ihre Anlagen jedem Mitgliedstaat, der sie für seine eigenen Programme zu verwenden begehrt, auf dessen Kosten zur Verfügung, sofern dadurch die Verwendung der Anlagen für ihre eigenen Tätigkeiten und Programme nicht beeinträchtigt wird. Der Rat legt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Regeln fest, nach denen die Anlagen zur Verfügung gestellt werden.

(2) Wollen einzelne oder mehrere Mitgliedstaaten ein Vorhaben in Angriff nehmen, das außerhalb der Tätigkeiten und Programme nach Artikel V, jedoch innerhalb der Zweckbestimmung der Organisation liegt, so kann der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Unterstützung durch die Organisation beschließen. Die der Organisation hieraus entstehenden Kosten werden von dem oder den betreffenden Mitgliedstaaten getragen.

(3) a) Die im Rahmen eines Programms der Organisation entwickelten Erzeugnisse werden jedem Mitgliedstaat geliefert, der sich an der Finanzierung des betreffenden Programms beteiligt hat und der solche Erzeugnisse für seine eigenen Zwecke zu verwenden begehrt.

Der Rat legt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Regeln fest, nach denen solche Erzeugnisse zu liefern sind, und insbesondere die Maßnahmen, die die Organisation in bezug auf ihre Auftragnehmer treffen muß, damit sich der betreffende Mitgliedstaat die Erzeugnisse beschaffen kann.

b) Der betreffende Mitgliedstaat kann die Organisation um Mitteilung bitten, ob sie die von den Auftragnehmern genannten Preise für gerecht

Article IX

Usage des installations, aide aux États membres et fourniture de produits

1. Sous réserve que leur utilisation pour ses propres activités et programmes n'en soit pas compromise, l'Agence met ses installations à la disposition de tout État membre qui en fait la demande pour les besoins de son propre programme et aux frais dudit État. Le Conseil détermine, à la majorité des deux tiers de tous les États membres, les modalités pratiques relatives à cette mise à disposition.

2. Si, en dehors des activités et programmes visés à l'article V, mais dans le cadre de la mission de l'Agence, un ou plusieurs États membres désirent entreprendre un projet, le Conseil peut décider à la majorité des deux tiers de tous les États membres d'accorder l'aide de l'Agence. Les dépenses qui en résultent pour l'Agence sont supportées par l'État membre ou les États membres intéressés.

3. (a) Les produits développés dans le cadre d'un programme de l'Agence sont fournis à tout État membre ayant participé au financement de ce programme et qui en fait la demande pour ses propres besoins.

Le Conseil détermine, à la majorité des deux tiers de tous les États membres, les modalités pratiques selon lesquelles de tels produits sont fournis et, en particulier, les mesures à prendre par l'Agence vis-à-vis de ses contractants afin que l'État membre demandeur puisse se procurer de tels produits.

(b) Cet État membre peut demander à l'Agence de dire si elle estime que les prix proposés par les contractants sont justes et raisonna-

Article IX

Use of facilities, assistance to Member States, and supply of products

1. Provided that their use for its own activities and programmes is not thereby prejudiced, the Agency shall make its facilities available, at the cost of the State concerned, to any Member State that asks to use them for its own programmes. The Council shall determine, by a two-thirds majority of all Member States, the practical arrangements under which the facilities will be made available.

2. If, outside the activities and programmes referred to in Article V but within the purpose of the Agency, one or more Member States wish to engage in a project, the Council may decide by a two-thirds majority of all Member States to make available the assistance of the Agency. The resulting cost to the Agency shall be met by the Member State or States concerned.

3. (a) Products developed under a programme of the Agency shall be supplied to any Member State that has taken part in the funding of the programme in question and asks for such products to be supplied for its own purposes.

The Council shall determine by a two-thirds majority of all Member States the practical arrangements under which such products will be supplied and in particular the measures to be taken by the Agency in regard to its contractors to enable the requesting Member State to obtain those products.

(b) This Member State may ask the Agency to state whether it considers that the prices proposed by the contractors are fair and reasonable

und angemessen hält und ob sie sie unter gleichen Voraussetzungen für die Deckung ihres eigenen Bedarfs als annehmbar betrachten würde.

c) Aus der Befriedigung eines Beschaffungsbegehrens nach diesem Absatz dürfen der Organisation keinerlei Mehrkosten entstehen; alle daraus entstehenden Kosten werden von dem betreffenden Mitgliedstaat getragen.

Artikel X

Organe

Die Organe der Organisation sind der Rat und der Generaldirektor, dem ein Mitarbeiterstab zur Seite steht.

Artikel XI

Der Rat

(1) Der Rat besteht aus Vertretern der Mitgliedstaaten.

(2) Der Rat tritt nach Bedarf entweder auf Delegierten- oder Ministerebene zusammen. Die Tagungen finden am Sitz der Organisation statt, sofern der Rat nicht etwas anderes beschließt.

(3) a) Der Rat wählt für eine Amtszeit von zwei Jahren einen Vorsitzenden und Stellvertretende Vorsitzende; sie können einmal für ein weiteres Jahr wiedergewählt werden. Der Vorsitzende leitet die Arbeiten des Rates und sorgt für die Vorbereitung seiner Beschlüsse; er unterrichtet die Mitgliedstaaten über Vorschläge zur Durchführung eines fakultativen Programms; er trägt zur Koordinierung der Tätigkeiten der Organe der Organisation bei. Er hält in Grundsatzfragen, die die Organisation betreffen, Verbindung mit den Mitgliedstaaten durch deren Delegierte im Rat und bemüht sich, ihre diesbezüglichen Auffassungen miteinander in Einklang zu bringen. Zwischen den Tagungen berät er den Generaldirektor und erhält von ihm alle erforderlichen Informationen.

b) Dem Vorsitzenden steht ein Ratsbüro zur Seite, dessen Zusammensetzung der Rat beschließt und dessen Sitzungen vom Vorsitzenden anberaumt werden. Das Büro berät den Vorsitzenden bei der Vorbereitung der Ratstagungen.

(4) Tagt der Rat auf Ministerebene, so wählt er einen Vorsitzenden für die Tagung. Dieser beraumt die nächste Ministertagung an.

(5) Der Rat nimmt außer den an anderer Stelle in diesem Übereinkommen festgelegten Aufgaben und im Einklang mit dessen Bestimmungen folgende Aufgaben wahr:

bles et si elle les considérerait comme acceptables dans les mêmes conditions pour la satisfaction de ses propres besoins.

(c) La satisfaction des demandes visées au présent paragraphe ne peut entraîner aucun surcroît de coût pour l'Agence, et l'État membre demandeur supporte tous les coûts en résultant.

Article X

Organes

Les organes de l'Agence sont le Conseil et le Directeur général, assisté par un personnel.

Article XI

Le Conseil

1. Le Conseil est composé de représentants des États membres.

2. Le Conseil se réunit en tant que de besoin, soit au niveau des délégués, soit au niveau des ministres. Sauf décision contraire du Conseil, les réunions ont lieu au siège de l'Agence.

3. (a) Le Conseil élit pour deux ans un Président et des vice-présidents, dont les mandats sont renouvelables une fois pour une période d'un an. Le Président dirige les travaux du Conseil et assure la préparation de ses décisions; il informe les États membres des propositions de réalisation d'un programme facultatif; il apporte son concours à la coordination des activités des organes de l'Agence. Il maintient la liaison avec les États membres, par l'intermédiaire de leurs délégués au Conseil, au sujet des questions de politique générale relatives à l'Agence et s'efforce d'harmoniser leurs vues en la matière. Dans l'intervalle des réunions, il conseille le Directeur général et reçoit de lui toutes informations nécessaires.

(b) Le Président est assisté d'un Bureau dont la composition est décidée par le Conseil et qui se réunit sur convocation du Président. Le Bureau joue auprès du Président un rôle consultatif pour la préparation des réunions du Conseil.

4. Lorsque le Conseil se réunit au niveau des ministres, il élit un Président pour la durée de la session. Celui-ci convoque la session ministérielle suivante.

5. Outre les fonctions définies dans d'autres articles de la présente Convention et conformément à ses dispositions, le Conseil,

and whether, under similar circumstances, it would consider them acceptable for the purposes of its own requirements.

(c) The fulfilment of the requests referred to in this paragraph shall not involve the Agency in any additional costs, and all costs resulting from such requests shall be borne by the requesting Member State.

Article X

Organs

The organs of the Agency shall be the Council, and the Director General assisted by a staff.

Article XI

The Council

1. The Council shall be composed of representatives of the Member States.

2. The Council shall meet as and when required, either at delegate level or at ministerial level. The meetings shall be held at the Agency's Headquarters unless the Council decides otherwise.

3. (a) The Council shall elect for two years a Chairman and vice-chairmen, who may be re-elected once for a further year. The Chairman shall direct the proceedings of the Council and ensure the preparation of its decisions; he shall inform the Member States of proposals for the execution of an optional programme; he shall assist in co-ordinating the activities of the organs of the Agency. He shall maintain liaison with the Member States, through their delegates to the Council, on general policy matters affecting the Agency and shall endeavour to harmonise their views thereon. In the interval between meetings, he shall advise the Director General and shall obtain from him all necessary information.

(b) The Chairman shall be assisted by a Bureau, the composition of which shall be decided by the Council and which shall be convened by the Chairman. The Bureau shall advise the Chairman in the preparation of Council meetings.

4. When the Council meets at ministerial level it shall elect a chairman for the meeting. The next ministerial meeting shall be convened by him.

5. In addition to the functions set forth elsewhere in this Convention and in accordance with its provisions, the Council shall

a) Hinsichtlich der Tätigkeiten und des Programms nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a Ziffern i und ii
   i) genehmigt er durch Mehrheitsbeschluß aller Mitgliedstaaten die Tätigkeiten und das Programm; die entsprechenden Beschlüsse können nur durch einen mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten gefaßten neuen Beschluß geändert werden;
   ii) setzt er durch einstimmigen Beschluß aller Mitgliedstaaten die Höhe der Mittel fest, die der Organisation während des nächsten Fünfjahresabschnitts zur Verfügung zu stellen sind;
   iii) setzt er gegen Ende des dritten Jahres jedes Fünfjahresabschnitts nach Überprüfung der Lage durch einstimmigen Beschluß aller Mitgliedstaaten die Höhe der der Organisation für den nach Ablauf dieses dritten Jahres beginnenden neuen Fünfjahresabschnitt zur Verfügung zu stellenden Mittel fest;

b) hinsichtlich der Tätigkeiten nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a Ziffern iii und iv
   i) bestimmt er die Politik der Organisation für die Verfolgung ihres Zwecks;
   ii) nimmt er mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten an die Mitgliedstaaten gerichtete Empfehlungen an;

c) hinsichtlich der fakultativen Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe b
   i) nimmt er mit der Mehrheit aller Mitgliedstaaten jedes dieser Programme an;
   ii) bestimmt er gegebenenfalls im Verlauf ihrer Durchführung die Rangfolge der Programme;

d) er legt die jährlichen Arbeitspläne der Organisation fest;

e) hinsichtlich der in Anlage II definierten Haushaltspläne
   i) nimmt er mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten den Allgemeinen Haushaltsplan der Organisation an;
   ii) nimmt er mit Zweidrittelmehrheit der Teilnehmerstaaten jeden Programmhaushaltsplan an;

f) er nimmt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Finanzordnung und alle sonstigen finanziellen Regelungen der Organisation an;

(a) en ce qui concerne les activités et le programme visés à l'article V, 1 (a) (i) et (ii):
   (i) approuve à la majorité de tous les États membres ces activités et ce programme; les décisions prises à ce titre ne peuvent être modifiées que par de nouvelles décisions prises à la majorité des deux tiers de tous les États membres;
   (ii) détermine, par une décision unanime de tous les États membres, le niveau des ressources devant être mises à la disposition de l'Agence pendant la période quinquennale à venir;
   (iii) détermine, par une décision unanime de tous les États membres, vers la fin de la troisième année de chaque période quinquennale et après un réexamen de la situation, le niveau des ressources devant être mises à la disposition de l'Agence pour une nouvelle période quinquennale commençant à l'expiration de cette troisième année;

(b) en ce qui concerne les activités visées à l'article V, 1 (a) (iii) et (iv):
   (i) définit une politique de l'Agence qui réponde à sa mission;
   (ii) adopte, à la majorité des deux tiers de tous les États membres, des recommandations à l'adresse des États membres;

(c) en ce qui concerne les programmes facultatifs visés à l'article V, 1 (b):
   (i) accepte, à la majorité de tous les États membres, chacun de ces programmes;
   (ii) détermine le cas échéant, au cours de leur exécution, l'ordre de priorité entre les programmes;

(d) arrête les plans de travail annuels de l'Agence;

(e) adopte, en ce qui concerne les budgets tels qu'ils sont définis à l'annexe II:
   (i) le budget général annuel de l'Agence, à la majorité des deux tiers de tous les États membres;
   (ii) chaque budget de programme, à la majorité des deux tiers des États participants;

(f) arrête, à la majorité des deux tiers de tous les États membres, le règlement financier et toutes autres dispositions financières de l'Agence;

(a) as regards the activities and programme referred to in Article V.1 (a) (i) and (ii) —
   (i) approve the activities and programme by a majority of all Member States; decisions to this effect may only be changed by new decisions adopted by a two-thirds majority of all Member States;
   (ii) determine, by a unanimous decision of all Member States, the level of resources to be made available to the Agency for the coming five-year period;
   (iii) determine, by a unanimous decision of all Member States, towards the end of the third year of each five-year period and after a review of the situation, the level of resources to be made available to the Agency for the new five-year period starting at the end of this third year;

(b) as regards the activities referred to in Article V.1 (a) (iii) and (iv) —
   (i) define the policy to be followed by the Agency in pursuit of its purpose;
   (ii) adopt, by a two-thirds majority of all Member States, recommendations addressed to Member States;

(c) as regards the optional programmes referred to in Article V.1 (b) —
   (i) accept each programme by a majority of all Member States;
   (ii) determine, as appropriate, in the course of their implementation, the order of priority of programmes;

(d) adopt the annual work plans of the Agency;

(e) as regards the budgets as defined in Annex II —
   (i) adopt the annual general budget of the Agency by a two-thirds majority of all Member States;
   (ii) adopt each programme budget by a two-thirds majority of the participating States;

(f) adopt, by a two-thirds majority of all Member States, the Financial Regulations and all other financial arrangements of the Agency;

g) er verfolgt die Ausgaben für die obligatorischen und fakultativen Tätigkeiten nach Artikel V Absatz 1;

h) er genehmigt und veröffentlicht die geprüften Jahresrechnungen der Organisation;

i) er nimmt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Personalordnung an;

j) er nimmt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten Vorschriften an, nach denen unter Berücksichtigung der friedlichen Zwecke der Organisation die Ermächtigung erteilt wird, Technologie und Erzeugnisse, die im Rahmen der Tätigkeiten der Organisation oder mit ihrer Hilfe entwickelt wurden, aus dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu verbringen;

k) er beschließt über die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten nach Artikel XXII;

l) er beschließt über die nach Artikel XXIV zu treffenden Regelungen, wenn ein Mitgliedstaat dieses Übereinkommen kündigt oder seine Mitgliedschaft nach Artikel XVIII verliert;

m) er trifft nach Maßgabe dieses Übereinkommens alle sonstigen für die Erfüllung des Organisationszwecks notwendigen Maßnahmen.

(6) a) Jeder Mitgliedstaat hat im Rat eine Stimme. Nimmt ein Mitgliedstaat an einem angenommenen Programm nicht teil, so ist er bei Abstimmungen über Angelegenheiten, die ausschließlich dieses Programm betreffen, nicht stimmberechtigt.

b) Ein Mitgliedstaat ist im Rat nicht stimmberechtigt, wenn die Summe seiner rückständigen Beiträge zur Organisation für alle Tätigkeiten und Programme nach Artikel V, an denen er teilnimmt, die für das laufende Rechnungsjahr festgesetzte Summe seiner Beiträge übersteigt. Ferner ist ein Mitgliedstaat, dessen rückständige Beiträge zu einem der Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii oder Buchstabe b, an denen er teilnimmt, die für das laufende Rechnungsjahr festgesetzte Summe seiner Beiträge zu diesem Programm übersteigen, im Rat in Fragen, die sich ausschließlich auf dieses Programm beziehen, nicht stimmberechtigt. In einem solchen Fall kann der betreffende Mitgliedstaat jedoch ermächtigt werden, an der Abstimmung im Rat teilzunehmen, wenn eine Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten der Ansicht ist, daß die Nichtzahlung der Beiträge auf Umstände zurückzuführen ist, auf die er keinen Einfluß hat.

c) Der Rat ist verhandlungs- und beschlußfähig, wenn in der Sit-

(g) suit les dépenses relatives aux activités obligatoires et facultatives visées à l'article V, 1;

(h) approuve et publie les comptes annuels contrôlés de l'Agence;

(i) adopte, à la majorité des deux tiers de tous les États membres, le statut du personnel;

(j) adopte, à la majorité des deux tiers de tous les États membres, les règles selon lesquelles est autorisé, en tenant compte des buts pacifiques de l'Agence, le transfert hors des territoires des États membres des technologies et des produits réalisés dans le cadre des activités de l'Agence ou avec son concours;

(k) décide de l'admission de nouveaux États membres conformément à l'article XXII;

(l) décide des mesures à prendre conformément à l'article XXIV dans le cas où un État membre dénonce la présente Convention ou cesse d'être membre en vertu de l'article XVIII;

(m) prend toutes autres mesures nécessaires à l'accomplissement de la mission de l'Agence dans le cadre de la présente Convention.

6. (a) Chaque État membre dispose d'une voix au Conseil. Toutefois, un État membre n'a pas droit de vote sur les questions intéressant exclusivement un programme accepté auquel il ne participe pas.

(b) Un État membre n'a pas droit de vote au Conseil si l'arriéré de ses contributions à l'Agence au titre de l'ensemble des activités et programmes visés à l'Article V auxquels il participe dépasse le montant de ses contributions fixé pour l'exercice financier courant. En outre, si l'arriéré de contributions dû par un État membre au titre de l'un quelconque des programmes visés à l'article V, 1 (a) (ii) ou (b) auxquels il participe dépasse le montant de ses contributions à ce programme fixé pour l'exercice financier courant, cet État membre n'a pas droit de vote au Conseil pour les questions se rapportant exclusivement à ce programme. En pareil cas, ledit État membre peut néanmoins être autorisé à voter au Conseil si la majorité des deux tiers de tous les États membres estime que le défaut de paiement est dû à des circonstances indépendantes de sa volonté.

(c) La présence de délégués de la majorité de tous les États membres

(g) keep under review expenditure on the mandatory and optional activities referred to in Article V.1;

(h) approve and publish the audited annual accounts of the Agency;

(i) adopt the Staff Regulations by a two-thirds majority of all Member States;

(j) adopt, by a two-thirds majority of all Member States, rules under which authorisation will be given, bearing in mind the peaceful purposes of the Agency, for the transfer outside the territories of the Member States of technology and products developed under the activities of the Agency or with its help;

(k) decide on the admission of new Member States in accordance with Article XXII;

(l) decide on the arrangements to be made in accordance with Article XXIV in the event of a Member State's denouncing this Convention or ceasing to be a member under Article XVIII;

(m) take all other measures necessary for the fulfilment of the purpose of the Agency within the framework of this Convention.

6. (a) Each Member State shall have one vote in the Council. However, a Member State shall not have the right to vote on matters concerning exclusively an accepted programme in which it does not take part.

(b) A Member State shall have no vote in the Council if the amount of its arrears of contributions to the Agency in respect of all activities and programmes covered by Article V in which it participates exceeds the assessed amount of its contributions for the current financial year. Moreover, if the amount of a Member State's arrears of contributions to any one of the programmes under Article V.1 (a) (ii) or V.1 (b) in which it participates exceeds the assessed amount of its contributions to that programme for the current financial year, then that Member State shall have no vote in the Council on questions relating exclusively to that programme. In any such case, the Member State may nevertheless be authorised to vote in the Council if a two-thirds majority of all Member States considers that the non-payment of contributions is due to circumstances beyond its control.

(c) The presence of delegates from a majority of all Member States

zung Delegierte der Mehrheit aller Mitgliedstaaten anwesend sind.

d) Soweit dieses Übereinkommen nicht etwas anderes vorsieht, bedürfen die Beschlüsse des Rates der einfachen Mehrheit der vertretenen und abstimmenden Mitgliedstaaten.

e) Bei der Bestimmung der Einstimmigkeit oder einer Mehrheit im Sinne dieses Übereinkommens wird ein Mitgliedstaat, der nicht stimmberechtigt ist, nicht berücksichtigt.

(7) Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(8) a) Der Rat setzt einen Ausschuß für das wissenschaftliche Programm ein, dem er alle das obligatorische wissenschaftliche Programm nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii betreffenden Angelegenheiten überträgt. Er ermächtigt den Ausschuß, das Programm betreffende Beschlüsse zu fassen; dies gilt vorbehaltlich der Zuständigkeit des Rates für die Festsetzung der Höhe der Mittel und die Annahme des Jahreshaushaltsplans. Der Rat entscheidet mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten im Einklang mit diesem Artikel über den dem Ausschuß für das wissenschaftliche Programm zu erteilenden Auftrag.

b) Der Rat kann alle sonstigen für den Organisationszweck erforderlichen nachgeordneten Gremien einsetzen. Über ihre Einsetzung, den ihnen zu erteilenden Auftrag und die Fälle, in denen sie Entscheidungsbefugnis haben, entscheidet der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten.

c) Prüft ein nachgeordnetes Gremium eine Frage, die sich ausschließlich auf ein fakultatives Programm nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe b bezieht, so sind Nichtteilnehmerstaaten nicht stimmberechtigt, es sei denn, daß alle Teilnehmerstaaten etwas anderes beschließen.

est nécessaire pour que le Conseil délibère valablement.

(d) Sauf dispositions contraires de la présente Convention, les décisions du Conseil sont prises à la majorité simple des États membres représentés et votants.

(e) Pour déterminer l'unanimité ou les majorités prévues dans la présente Convention, il n'est pas tenu compte d'un État membre n'ayant pas droit de vote.

7. Le Conseil arrête son règlement intérieur.

8. (a) Le Conseil crée un Comité du programme scientifique qu'il saisit de toute question relative au programme scientifique obligatoire visé à l'article V, 1 (a) (ii). Il l'autorise à prendre des décisions pour ce programme, tout en conservant dans tous les cas la fonction de déterminer le niveau des ressources et d'adopter le budget annuel. Le mandat du Comité du programme scientifique est défini par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les États membres et conformément aux dispositions du présent article.

(b) Le Conseil peut créer tous autres organes subsidiaires nécessaires à l'accomplissement de la mission de l'Agence. Le Conseil, à la majorité des deux tiers de tous les États membres, décide de la création de ces organes, en définit les attributions et détermine les cas dans lesquels ils sont habilités à prendre des décisions.

(c) Lorsqu'un organe subsidiaire examine une question se rapportant exclusivement à un seul des programmes facultatifs visés à l'article V, 1 (b), les États non participants n'ont pas droit de vote, à moins que tous les États participants n'en décident autrement.

shall be necessary to constitute a quorum at any meeting of the Council.

(d) Except where this Convention provides otherwise, decisions of the Council shall be taken by a simple majority of Member States represented and voting.

(e) In determining the unanimity or majorities provided for in this Convention, account shall not be taken of a Member State which has no vote.

7. The Council shall adopt its own rules of procedure.

8. (a) The Council shall establish a Science Programme Committee, to which it shall refer any matter relating to the mandatory scientific programme under Article V.1 (a) (ii). It shall authorise that Committee to take decisions regarding that programme, subject always to the Council's functions of determining the level of resources and adopting the annual budget. The terms of reference of the Science Programme Committee shall be determined by the Council by a two-thirds majority of all Member States and in accordance with this Article.

(b) The Council may establish such other subordinate bodies as may be necessary for the purpose of the Agency. The establishment and terms of reference of such bodies, and the cases in which they have powers of decision, shall be determined by the Council by a two-thirds majority of all Member States.

(c) When a subordinate body examines a question relating exclusively to one of the optional programmes referred to in Article V.1 (b), non-participating States shall have no vote unless all participating States decide otherwise.

Artikel XII

Generaldirektor und Personal

(1) a) Der Rat ernennt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten einen Generaldirektor für eine bestimmte Amtszeit; er kann ihn mit der gleichen Mehrheit aus seinem Amt entlassen.

b) Der Generaldirektor ist der oberste Bedienstete der Organisation und ihr gesetzlicher Vertreter. Er trifft alle erforderlichen Maßnahmen für die Leitung der Organisation, die Durchführung ihrer Programme, die Anwendung ihrer Politik und die Erfüllung ihres Zwecks im Einklang mit den Weisungen des Rates. Die Niederlassungen der Organisation sind ihm unterstellt. Hinsichtlich der Finanzverwaltung der Organisation

Article XII

Directeur général et personnel

1. (a) Le Conseil nomme un Directeur général à la majorité des deux tiers de tous les États membres, pour une période déterminée, et il peut mettre fin à son mandat à la même majorité.

(b) Le Directeur général est le fonctionnaire exécutif supérieur de l'Agence et la représente dans tous ses actes. Il prend toutes mesures nécessaires à la gestion de l'Agence, à l'exécution de ses programmes, à l'application de sa politique et à l'accomplissement de sa mission selon les directives reçues du Conseil. Tous les établissements de l'Agence sont placés sous son autorité. Pour l'administration financière de l'Agence, il se

Article XII

Director General and staff

1. (a) The Council shall, by a two-thirds majority of all Member States, appoint a Director General for a defined period and may, by the same majority, terminate his appointment.

(b) The Director General shall be the chief executive officer of the Agency and its legal representative. He shall take all measures necessary for the management of the Agency, the execution of its programmes, the implementation of its policy and the fulfilment of its purpose, in accordance with the directives issued by the Council. He shall have authority over the establishments of the Agency. He shall, in regard to the financial ad-

handelt er in Übereinstimmung mit Anlage II. Er erstattet dem Rat einen Jahresbericht, der veröffentlicht wird. Er kann auch Tätigkeiten und Programme sowie Maßnahmen vorschlagen, die zur Erfüllung des Zwecks der Organisation geeignet sind. Er wohnt den Tagungen der Organisation ohne Stimmrecht bei.

c) Der Rat kann die Ernennung des Generaldirektors nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder bei einem späteren Freiwerden des Postens solange zurückstellen, wie er es für notwendig erachtet. In diesem Fall bestimmt er eine Person zur Wahrnehmung der Aufgaben des Generaldirektors und legt deren Befugnisse und Verantwortlichkeiten fest.

(2) Dem Generaldirektor steht das von ihm für notwendig erachtete wissenschaftliche, technische, Verwaltungs- und Büropersonal innerhalb des vom Rat bewilligten Rahmens zur Seite.

(3) a) Das leitende Personal im Sinne der vom Rat gegebenen Definition wird auf Empfehlung des Generaldirektors vom Rat eingestellt und entlassen. Die vom Rat vorgenommenen Einstellungen und Entlassungen bedürfen der Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten.

b) Das übrige Personal wird vom Generaldirektor im Auftrag des Rates eingestellt und entlassen.

c) Die Mitglieder des Personals werden auf Grund ihrer Befähigung unter Berücksichtigung einer angemessenen Verteilung der Stellen auf Staatsangehörige der Mitgliedstaaten eingestellt. Die Einstellung und die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erfolgen in Übereinstimmung mit der Personalordnung.

d) Wissenschaftler, die nicht zum Personal gehören und in den Niederlassungen der Organisation Forschungsarbeiten ausführen, unterstehen dem Generaldirektor und unterliegen allen vom Rat angenommenen allgemeinen Bestimmungen.

(4) Die Verantwortlichkeiten des Generaldirektors und des Personals gegenüber der Organisation haben ausschließlich internationalen Charakter. Bei der Erfüllung ihrer Pflichten dürfen der Generaldirektor und das Personal Weisungen von Regierungen oder Stellen außerhalb der Organisation weder erbitten noch entgegennehmen. Jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, den internationalen Charakter der Verantwortlichkeiten des Generaldirektors und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Erfüllung ihrer Pflichten zu beeinflussen.

conforme aux dispositions de l'annexe II. Il établit pour le Conseil un rapport annuel qui est publié. Il peut aussi soumettre des propositions d'activités et de programmes ainsi que des mesures propres à assurer l'accomplissement de la mission de l'Agence. Il prend part aux réunions de l'Agence sans droit de vote.

(c) Le Conseil peut différer la nomination du Directeur général aussi longtemps qu'il le juge nécessaire après l'entrée en vigueur de la présente Convention ou en cas de vacance ultérieure. Le Conseil désigne alors une personne qui agit aux lieu et place du Directeur général et dont il détermine les pouvoirs et les responsabilités.

2. Le Directeur général est assisté du personnel scientifique, technique, administratif et de secrétariat qu'il juge nécessaire, dans les limites autorisées par le Conseil.

3. (a) Le personnel de direction, tel qu'il est défini par le Conseil, est engagé et licencié par le Conseil sur la proposition du Directeur général. Les engagements et licenciements effectués par le Conseil requièrent une majorité des deux tiers de tous les États membres.

(b) Les autres membres du personnel sont nommés ou licenciés par le Directeur général, agissant par délégation du Conseil.

(c) L'ensemble du personnel est recruté sur la base de ses qualifications en tenant compte d'une répartition adéquate des postes entre les ressortissants des États membres. Les engagements sont effectués et prennent fin conformément au statut du personnel.

(d) Les chercheurs qui ne font pas partie du personnel et qui effectuent des recherches dans les établissements de l'Agence sont placés sous l'autorité du Directeur général et soumis à toutes règles générales adoptées par le Conseil.

4. Les responsabilités du Directeur général et des membres du personnel envers l'Agence sont de caractère exclusivement international. Dans l'accomplissement de leurs devoirs, ils ne doivent demander ni recevoir d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucune autorité étrangère à l'Agence. Les États membres sont tenus de respecter le caractère international des responsabilités du Directeur général et des membres du personnel et de ne pas chercher à les influencer dans l'accomplissement de leurs devoirs.

ministration of the Agency, act in accordance with the provisions of Annex II. He shall make an annual report to the Council, and this report shall be published. He may also submit proposals concerning activities and programmes as well as measures designed to ensure the fulfilment of the Agency's purpose. He attends meetings of the Agency without the right to vote.

(c) The Council may postpone the appointment of the Director General for such period as it considers necessary either upon the entry into force of this Convention or in the event of a subsequent vacancy. In this event, it shall appoint a person to act in his place, who shall have such powers and responsibilities as the Council may determine.

2. The Director General shall be assisted by such scientific, technical, administrative and clerical staff as he may consider necessary, within the limits authorised by the Council.

3. (a) Senior management staff, as defined by the Council, shall be appointed and may be dismissed by the Council on the recommendation of the Director General. Appointments and dismissals made by the Council shall require a two-thirds majority of all Member States.

(b) Other staff members shall be appointed and may be dismissed by the Director General, acting on the authority of the Council.

(c) All staff shall be recruited on the basis of their qualifications, taking into account an adequate distribution of posts among nationals of the Member States. Appointments and their termination shall be in accordance with the Staff Regulations.

(d) Scientists who are not members of the staff and who carry out research in the establishments of the Agency shall be subject to the authority of the Director General and to any general rules adopted by the Council.

4. The responsibilities of the Director General and the staff in regard to the Agency shall be exclusively international in character. In the discharge of their duties they shall not seek or receive instructions from any government or from any authority external to the Agency. Each Member State shall respect the international character of the responsibilities of the Director General and the staff, and shall not seek to influence them in the discharge of their duties.

Artikel XIII

Finanzielle Beiträge

(1) Jeder Mitgliedstaat beteiligt sich an den Kosten der Tätigkeiten und Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a und — in Übereinstimmung mit Anlage II — an den gemeinsamen Kosten der Organisation nach Maßgabe eines Beitragsschlüssels, den der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten entweder alle drei Jahre im Zeitpunkt der in Artikel XI Absatz 5 Buchstabe a Ziffer iii vorgesehenen Überprüfung oder auf einstimmigen Ratsbeschluß aller Mitgliedstaaten, einen neuen Schlüssel festzulegen, beschließt. Der Beitragsschlüssel wird auf der Grundlage des durchschnittlichen Volkseinkommens jedes Mitgliedstaates während der letzten drei Jahre, für die Statistiken verfügbar sind, errechnet. Jedoch

a) ist ein Mitgliedstaat nicht verpflichtet, mehr als fünfundzwanzig Prozent der Summe der Beiträge zu entrichten, die der Rat zur Deckung dieser Kosten festgesetzt hat;

b) kann der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten beschließen, den Beitrag eines Mitgliedstaates wegen besonderer Umstände für eine begrenzte Zeit herabzusetzen. Insbesondere gilt es als besonderer Umstand im Sinne dieser Bestimmung, wenn das jährliche Pro-Kopf-Einkommen eines Mitgliedstaates unter einem vom Rat mit gleicher Mehrheit zu beschließenden Betrag liegt.

(2) Jeder Mitgliedstaat beteiligt sich an den Kosten jedes fakultativen Programms nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe b, sofern er nicht förmlich erklärt hat, an einer Teilnahme nicht interessiert zu sein, und daher kein Teilnehmer ist. Sofern nicht alle Teilnehmerstaaten etwas anderes beschließen, wird der Beitragsschlüssel für ein Programm auf der Grundlage des durchschnittlichen Volkseinkommens jedes Teilnehmerstaates während der drei letzten Jahre, für die Statistiken verfügbar sind, errechnet. Dieser Schlüssel wird entweder alle drei Jahre oder auf Beschluß des Rates, einen neuen Schlüssel nach Absatz 1 festzulegen, revidiert. Jedoch ist ein Teilnehmerstaat auf Grund dieses Schlüssels nicht verpflichtet, mehr als fünfundzwanzig Prozent der Summe der Beiträge zu dem betreffenden Programm zu entrichten. Der von jedem Teilnehmerstaat zu entrichtende Beitragssatz muß jedoch mindestens fünfundzwanzig Prozent seines nach Absatz 1 festgesetzten Beitragssatzes entsprechen, sofern nicht alle Teilnehmerstaaten bei der An-

Article XIII

Contributions financières

1. Chaque État membre contribue aux frais d'exécution des activités et du programme visés à l'article V, 1 (a) et, conformément à l'annexe II, aux frais communs de l'Agence, suivant un barème que le Conseil adopte à la majorité des deux tiers de tous les États membres, soit tous les trois ans au moment du réexamen visé à l'article XI, 5 (a) (iii), soit lorsqu'il décide à l'unanimité de tous les États membres d'établir un nouveau barème. Le barème des contributions est établi sur la base de la moyenne du revenu national de chaque État membre pendant les trois années les plus récentes pour lesquelles des statistiques sont disponibles. Toutefois,

(a) aucun État membre n'est tenu de verser des contributions dépassant vingt-cinq pour cent du montant total des contributions fixées par le Conseil pour couvrir ces frais;

(b) le Conseil peut décider, à la majorité des deux tiers de tous les États membres, de réduire temporairement la contribution d'un État membre en raison de circonstances spéciales. En particulier, lorsque le revenu annuel par habitant d'un État membre est inférieur à une certaine somme fixée par le Conseil à la même majorité, cette situation est considérée comme une circonstance spéciale au sens de la présente disposition.

2. Chaque État membre contribue aux frais d'exécution de chaque programme facultatif couvert par l'Article V, 1 (b), à moins qu'il ne se déclare formellement non intéressé à y participer et, de ce fait, n'y participe pas. Sauf si tous les États participants en décident autrement, le barème des contributions à un programme donné est établi sur la base de la moyenne du revenu national de chaque État participant pendant les trois années les plus récentes pour lesquelles des statistiques sont disponibles. Ce barème est révisé soit tous les trois ans, soit lorsque le Conseil décide d'établir un nouveau barème conformément au paragraphe 1. Cependant, aucun État participant n'est tenu de verser, par le jeu de ce barème, des contributions dépassant vingt-cinq pour cent du montant total des contributions au programme considéré. Toutefois, le pourcentage de contribution de chaque État participant doit être au moins équivalent à vingt-cinq pour cent de son pourcentage de contribution établi selon les modalités visées au paragraphe 1, à

Article XIII

Financial contributions

1. Each Member State shall contribute to the costs of the activities and programme referred to in Article V.1 (a) and, in accordance with Annex II, to the common costs of the Agency, in accordance with a scale adopted by the Council, by a two-thirds majority of all Member States, either every three years at the time of the review referred to in Article XI.5 (a) (iii), or whenever the Council, by a unanimous vote of all Member States, decides to establish a new scale. The scale of contributions shall be based on the average national income of each Member State for the three latest years for which statistics are available Nevertheless,

(a) no Member State shall be required to pay contributions in excess of twenty-five percent of the total amount of contributions assessed by the Council to meet these costs;

(b) the Council may, by a two-thirds majority of all Member States, decide in the light of any special circumstances of a Member State to reduce its contribution for a limited period. In particular, when the annual per capita income of a Member State is less than an amount to be decided by the Council by the same majority, this shall be considered as a special circumstance within the meaning of this provision.

2. Each Member State shall contribute to the costs of each optional programme covered by Article V.1 (b), unless it has formally declared itself not interested in participating therein and is therefore not a participant. Unless all participating States decide otherwise, the scale of contributions to a given programme shall be based on the average national income of each participating State for the three latest years for which statistics are available. This scale shall be revised either every three years or whenever the Council decides to establish a new scale in accordance with paragraph 1. However, no participating State shall, by the operation of this scale, be required to pay contributions in excess of twenty-five percent of the total amount of contributions to the programme concerned. Nevertheless, the percentage contribution to be made by each participating State shall be equivalent to at least twenty-five percent of its percentage contribution established under the provisions of paragraph 1, unless all the participating States decide otherwise when

nahme oder während der Durchführung des Programms etwas anderes beschließen.

(3) Den in den Absätzen 1 und 2 genannten Beitragsschlüsseln sind dieselben statistischen Systeme zugrunde zu legen; sie werden in der Finanzordnung festgelegt.

(4) a) Jeder Staat, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumforschungs-Organisation oder des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern war und der Vertragspartei des vorliegenden Übereinkommens wird, leistet zusätzlich zu seinen Beiträgen eine Sonderzahlung entsprechend dem Zeitwert des Vermögens der Organisation. Die Höhe dieser Sonderzahlung wird vom Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten festgesetzt.

b) Die nach Buchstabe a geleisteten Zahlungen werden zur Herabsetzung der Beiträge der anderen Mitgliedstaaten verwendet, sofern der Rat nicht mit Zweidrittelmehrheit alle Mitgliedstaaten etwas anderes beschließt.

(5) Die auf Grund dieses Artikels fälligen Beiträge werden nach Maßgabe der Anlage II entrichtet.

(6) Der Generaldirektor kann vorbehaltlich etwaiger vom Rat erteilter Weisungen Schenkungen und Vermächtnisse für die Organisation annehmen, sofern sie nicht an Bedingungen geknüpft sind, die mit dem Organisationszweck unvereinbar sind.

moins que tous les États participants n'en décident autrement au moment de l'adoption ou au cours de l'exécution du programme.

3. Les systèmes de statistiques utilisés pour l'établissement des barèmes de contributions visés aux paragraphes 1 et 2 sont les mêmes, et ils sont précisés dans le règlement financier.

4. (a) Tout État qui n'était pas partie à la Convention portant création d'une Organisation européenne de recherches spatiales ou à la Convention portant création d'une Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux et qui devient partie à la présente Convention est tenu, en sus du versement de ses contributions, d'effectuer un versement spécial en fonction de la valeur actuelle des biens de l'Agence. Le montant de ce versement spécial est fixé par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les États membres.

(b) Les versements effectués conformément à l'alinéa (a) servent à diminuer les contributions des autres États membres, à moins que le Conseil, à la majorité des deux tiers de tous les États membres, n'en décide autrement.

5. Les contributions dues en vertu du présent article sont versées conformément à l'annexe II.

6. Le Directeur général peut, sous réserve des instructions éventuelles du Conseil, accepter des dons et legs faits à l'Agence s'ils ne font pas l'objet de conditions incompatibles avec la mission de l'Agence.

adopting the programme or during the execution of the programme.

3. The statistical systems to be used for establishing the scales of contribution referred to in paragraphs 1 and 2 shall be the same, and shall be determined in the Financial Regulations.

4. (a) Any State that was not a party to the Convention for the establishment of a European Space Research Organisation or to the Convention for the establishment of a European Organisation for the Development and Construction of Space Vehicle Launchers and which becomes a party to this Convention shall make, in addition to its contributions, a special payment related to the current value of the assets of the Agency. The amount of this special payment shall be fixed by the Council by a two-thirds majority of all Member States.

(b) Payments made in accordance with the provisions of sub-paragraph (a) shall be used to reduce the contributions of the other Member States unless the Council decides otherwise by a two-thirds majority of all Member States.

5. Contributions due under this Article shall be paid in accordance with Annex II.

6. Subject to any directions given by the Council, the Director General may accept gifts or legacies to the Agency provided that they are not subject to any conditions inconsistent with the purpose of the Agency.

Artikel XIV

Zusammenarbeit

(1) Die Organisation kann auf Grund von einstimmigen Ratsbeschlüssen aller Mitgliedstaaten mit anderen internationalen Organisationen und Einrichtungen sowie mit Regierungen, Organisationen und Einrichtungen von Nichtmitgliedstaaten zusammenarbeiten und hierzu Vereinbarungen mit ihnen treffen.

(2) Diese Zusammenarbeit kann in Form einer Teilnahme von Nichtmitgliedstaaten oder internationalen Organisationen an einzelnen oder mehreren Programmen nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii oder Buchstabe b geschehen. Vorbehaltlich der Beschlüsse nach Absatz 1 werden die einzelnen Bedingungen jeder derartigen Zusammenarbeit jeweils vom Rat mit Zweidrittelmehrheit der Teilnehmerstaaten des betreffenden Programms festgelegt. Diese Bedingungen können vorsehen, daß ein Nicht-

Article XIV

Coopération

1. L'Agence peut, en vertu de décisions du Conseil prises à l'unanimité de tous les États membres, coopérer avec d'autres organisations et institutions internationales et avec les Gouvernements, organisations et institutions d'États non membres et conclure avec eux des accords à cet effet.

2. Cette coopération peut prendre la forme d'une participation d'États non membres ou d'organisations internationales à l'un ou à plusieurs des programmes entrepris au titre de l'article V, 1 (a) (ii) ou V, 1 (b). Sous réserve des décisions à prendre en vertu du paragraphe 1, les modalités détaillées de cette coopération sont définies dans chaque cas par le Conseil à la majorité des deux tiers des États participant au programme considéré. Ces modalités peuvent prévoir que l'État non membre dispose du droit de vote

Article XIV

Cooperation

1. The Agency may, upon decisions of the Council taken by unanimous votes of all Member States, co-operate with other international organisations and institutions and with Governments, organisations and institutions of non-member States, and conclude agreements with them to this effect.

2. Such cooperation may take the form of participation by non-member States or international organisations in one or more of the programmes under Article V.1 (a) (ii) and V.1 (b). Subject to the decisions to be taken under paragraph 1, the detailed arrangements for such cooperation shall be defined in each case by the Council by a two-thirds majority of the States participating in the programme in question. These arrangements may provide that a non-member State shall have a vote in the Council when the

mitgliedstaat im Rat stimmberechtigt ist, wenn der Rat Fragen behandelt, die sich ausschließlich auf das Programm beziehen, an dem der betreffende Staat teilnimmt.

(3) Diese Zusammenarbeit kann auch in Form einer Verleihung der Rechtsstellung eines assoziierten Mitglieds an Nichtmitgliedstaaten geschehen, die sich verpflichten, zumindest zu den Untersuchungen künftiger Vorhaben nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i beizutragen. Die einzelnen Bedingungen jeder assoziierten Mitgliedschaft werden vom Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten festgelegt.

Artikel XV

Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten

(1) Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit.

(2) Die Organisation, ihr Personal und die Sachverständigen sowie die Vertreter ihrer Mitgliedstaaten genießen die Rechtsstellung, die Vorrechte und die Immunitäten, die in Anlage I vorgesehen sind.

(3) Zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten, in deren Hoheitsgebiet der Sitz und die nach Artikel VI errichteten Niederlassungen der Organisation liegen, werden entsprechende Abkommen über den Sitz und die Niederlassungen geschlossen.

Artikel XVI

Änderungen

(1) Der Rat kann den Mitgliedstaaten Änderungen dieses Übereinkommens und der Anlage I empfehlen. Wünscht ein Mitgliedstaat eine Änderung vorzuschlagen, so notifiziert er sie dem Generaldirektor. Dieser unterrichtet die Mitgliedstaaten von jedem ihm notifizierten Änderungsvorschlag spätestens drei Monate bevor er dem Rat zur Erörterung vorgelegt wird.

(2) Jede vom Rat empfohlene Änderung tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Annahmenotifikationen aller Mitgliedstaaten bei der französischen Regierung eingegangen sind. Diese notifiziert allen Mitgliedstaaten den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung.

(3) Der Rat kann die übrigen Anlagen durch einstimmigen Beschluß aller Mitgliedstaaten ändern; die Änderungen dürfen jedoch nicht im Widerspruch zu diesem Übereinkommen stehen. Eine Änderung tritt zu dem Zeitpunkt in Kraft, den der Rat durch einstimmigen Beschluß aller Mitgliedstaaten festlegt. Der Generaldirektor

au Conseil lorsque celui-ci examine des questions liées exclusivement au programme auquel cet État participe.

3. Cette coopération peut également prendre la forme de l'octroi du statut de membre associé aux États non membres qui s'engagent à contribuer au minimum aux études de projets futurs entreprises au titre de l'article V, 1 (a) (i). Les modalités détaillées de cette association sont définies dans chaque cas par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les États membres.

Article XV

Statut juridique, privilèges et immunités

1. L'Agence a la personnalité juridique.

2. L'Agence, les membres de son personnel et les experts, ainsi que les représentants de ses États membres, jouissent de la capacité juridique, des privilèges et des immunités prévus à l'annexe I.

3. Des accords concernant le siège de l'Agence et les établissements créés conformément à l'article VI sont conclus entre l'Agence et les États membres sur le territoire desquels sont situés ledit siège et lesdits établissements.

Article XVI

Amendements

1. Le Conseil peut recommander aux États membres des amendements à la présente Convention ainsi qu'à son annexe I. Tout État membre désireux de proposer un amendement le notifie au Directeur général. Le Directeur général informe les États membres de l'amendement ainsi notifié, trois mois au moins avant son examen par le Conseil.

2. Les amendements recommandés par le Conseil entrent en vigueur trente jours après que le Gouvernement français a reçu notification de leur acceptation par tous les États membres. Le Gouvernement français notifie à tous les États membres la date d'entrée en vigueur de ces amendements.

3. Le Conseil peut, par des décisions prises à l'unanimité de tous les États membres, amender les autres annexes de la présente Convention, à condition que ces amendements ne soient pas en contradiction avec la Convention. Les amendements entrent en vigueur à une date décidée par le Conseil à l'unanimité de tous les États

latter examines matters pertaining exclusively to the programme in which that State participates.

3. Such co-operation may also take the form of according associate membership to non-member States which undertake to contribute at least to the studies of future projects under Article V.1 (a) (i). The detailed arrangements for each such associate membership shall be defined by the Council by a two-thirds majority of all Member States.

Article XV

Legal status, privileges and immunities

1. The Agency shall have legal personality.

2. The Agency, its staff members and experts, and the representatives of its Member States, shall enjoy the legal capacity, privileges and immunities provided for in Annex I.

3. Agreements concerning the Headquarters of the Agency and the establishments set up in accordance with Article VI shall be concluded between the Agency and the Member States on whose territories the Headquarters and establishments are situated.

Article XVI

Amendments

1. The Council may recommend to Member States amendments to this Convention and to Annex I thereto. Any Member State that wishes to propose an amendment shall notify the Director General thereof. The Director General shall inform the Member States of any amendment so notified at least three months before it is discussed by the Council.

2. Any amendment recommended by the Council shall enter into force thirty days after the Government of France has received notification of acceptance from all Member States. The Government of France shall notify all Member States of the date of entry into force of any such amendment.

3. The Council may, by a unanimous vote of all Member States, amend any of the other Annexes to this Convention, provided that such amendments do not conflict with the Convention. Any such amendment shall enter into force on a date to be decided by the Council by a unanimous vote of all Member States. The Director General

unterrichtet alle Mitgliedstaaten von jeder derartigen Änderung und vom Zeitpunkt ihres Inkrafttretens.

Artikel XVII

Streitigkeiten

(1) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten oder zwischen einem Mitgliedstaat oder mehreren Mitgliedstaaten und der Organisation über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens oder seiner Anlagen sowie jede Streitigkeit nach Artikel XXVI der Anlage I, die nicht durch die Vermittlung des Rates beigelegt wird, wird auf Antrag einer Streitpartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Soweit die Streitparteien nichts anderes vereinbaren, regelt sich das Schiedsverfahren nach diesem Artikel und den ergänzenden Vorschriften, die der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten beschließt.

(3) Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern. Jede Streitpartei benennt einen Schiedsrichter; die beiden ersten Schiedsrichter benennen den dritten Schiedsrichter, der den Vorsitz des Schiedsgerichts übernimmt. Die ergänzenden Vorschriften nach Absatz 2 legen das im Falle einer nicht fristgerechten Benennung anzuwendende Verfahren fest.

(4) Mitgliedstaaten und die Organisation können, wenn sie nicht Streitpartei sind, mit Zustimmung des Schiedsgerichts am Verfahren teilnehmen, falls sie nach dessen Ansicht ein wesentliches Interesse an der Entscheidung des Falles haben.

(5) Das Schiedsgericht bestimmt seinen Tagungsort und sein Verfahren.

(6) Die Entscheidung des Schiedsgerichts wird mit der Mehrheit seiner Mitglieder getroffen; diese dürfen sich nicht der Stimme enthalten. Die Entscheidung ist endgültig und für alle Streitparteien bindend; ein Rechtsmittel kann dagegen nicht eingelegt werden. Die Parteien haben der Entscheidung unverzüglich Folge zu leisten. Im Falle einer Streitigkeit über Inhalt und Reichweite der Entscheidung obliegt es dem Schiedsgericht, sie auf Antrag einer der Parteien auszulegen.

Artikel XVIII

Nichterfüllung von Verpflichtungen

Ein Mitgliedstaat, der seinen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen nicht nachkommt, verliert seine Mitgliedschaft in der Organisation,

membres. Le Directeur général informe tous les États membres des amendements ainsi adoptés et de la date de leur entrée en vigueur.

Article XVII

Différends

1. Tout différend entre deux ou plusieurs États membres, ou entre un ou plusieurs États membres et l'Agence, au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Convention ou de ses annexes, ainsi que tout différend visé à l'article XXVI de l'annexe I qui n'auront pas été réglés par l'entremise du Conseil sont soumis à l'arbitrage sur la demande d'une des parties au différend.

2. A moins que les parties au différend n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage est conduite conformément au présent article et à un règlement additionnel qui est adopté par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les États membres.

3. Le tribunal d'arbitrage est composé de trois membres. Chaque partie au différend désigne un arbitre; les deux premiers arbitres désignent le troisième qui assume la présidence du tribunal d'arbitrage. Le règlement additionnel visé au paragraphe 2 détermine la procédure à suivre au cas où ces désignations n'ont pas eu lieu dans un délai déterminé.

4. Tout État membre et l'Agence, lorsqu'ils ne sont pas parties à un différend, peuvent intervenir à l'instance avec l'accord du tribunal d'arbitrage si ce dernier considère qu'ils ont un intérêt substantiel au règlement de l'affaire.

5. Le tribunal d'arbitrage détermine le lieu où il siège et fixe lui-même ses règles de procédure.

6. La sentence du tribunal d'arbitrage est rendue à la majorité de ses membres, qui ne peuvent s'abstenir de voter. La sentence est définitive et obligatoire pour toutes les parties au différend et aucun recours ne peut être interjeté contre elle. Les parties se conforment sans délai à la sentence. En cas de contestation sur son sens et sa portée, le tribunal d'arbitrage l'interprète sur la demande d'une des parties au différend.

Article XVIII

Inexécution des obligations

Tout État membre qui ne remplit pas les obligations découlant de la présente Convention cesse d'être membre de l'Agence à la suite d'une

shall inform all Member States of any such amendment and of the date on which it will enter into force.

Article XVII

Disputes

1. Any dispute between two or more Member States, or between any of them and the Agency, concerning the interpretation or application of this Convention or its Annexes, and likewise any dispute referred to in Article XXVI of Annex I, which is not settled by or through the Council, shall, at the request of any party to the dispute, be submitted to arbitration.

2. Unless the parties to the dispute decide otherwise, the arbitration procedure shall be in accordance with this Article and with additional rules to be adopted by the Council by a two-thirds majority of all Member States.

3. The Arbitration Tribunal shall consist of three members. Each party to the dispute shall nominate one arbitrator; the first two arbitrators shall nominate the third arbitrator, who shall be the chairman of the Arbitration Tribunal. The additional rules referred to in paragraph 2 shall determine the procedure to be followed if the nominations have not taken place within a specified time.

4. Member States or the Agency, not being parties to the dispute, may intervene in the proceedings with the consent of the Arbitration Tribunal if it considers that they have a substantial interest in the decision of the case.

5. The Arbitration Tribunal shall determine its seat and establish its own rules of procedure.

6. The award of the Arbitration Tribunal shall be made by a majority of its members, who may not abstain from voting. This award shall be final and binding on all parties to the dispute and no appeal shall lie against it. The parties shall comply with the award without delay. In the event of a dispute as to its meaning or scope, the Arbitration Tribunal shall interpret it at the request of any party to the dispute.

Article XVIII

Non-fulfilment of obligations

Any Member State which fails to fulfil its obligations under this Convention shall cease to be a member of the Agency on a decision of the Coun-

wenn der Rat dies mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten beschließt. In diesem Fall findet Artikel XXIV Anwendung.

décision du Conseil prise à la majorité des deux tiers de tous les États membres. Les dispositions de l'article XXIV sont applicables dans ce cas.

cil taken by a two-thirds majority of all Member States. The provisions of Article XXIV shall apply in such a case.

Artikel XIX

Fortbestehen von Rechten und Pflichten

Mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens übernimmt die Organisation alle Rechte und Pflichten der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und der Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern.

Article XIX

Continuité de droits et d'obligations

A la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, l'Agence reprend l'ensemble des droits et obligations de l'Organisation européenne de recherches spatiales et de l'Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux.

Article XIX

Continuity of rights and obligations

On the date when this Convention enters into force, the Agency shall take over all rights and obligations of the European Space Research Organisation and of the European Organisation for the Development and Construction of Space Vehicle Launchers.

Artikel XX

Unterzeichnung und Ratifikation

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Staaten, die Mitglieder der Europäischen Weltraumkonferenz sind, bis zum 31. Dezember 1975 zur Unterzeichnung auf. Die Anlagen sind Bestandteil des Übereinkommens.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation oder der Annahme. Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden sind bei der französischen Regierung zu hinterlegen.

(3) Nach Inkrafttreten des Übereinkommens kann ein Unterzeichnerstaat schon vor der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmeurkunde ohne Stimmrecht an den Tagungen der Organisation teilnehmen.

Article XX

Signature et ratification

1. La présente Convention est ouverte jusqu'au 31 décembre 1975 à la signature des États qui sont membres de la Conférence spatiale européenne. Les annexes de la présente Convention en forment partie intégrante.

2. La présente Convention est soumise à ratification ou à acceptation. Les instruments de ratification ou d'acceptation sont déposés auprès du Gouvernement français.

3. Après l'entrée en vigueur de la Convention et en attendant le dépôt de son instrument de ratification ou d'acceptation, un État signataire peut participer aux réunions de l'Agence, sans droit de vote.

Article XX

Signature and ratification

1. This Convention shall be open until 31 December 1975 for signature by the States which are members of the European Space Conference. The Annexes to this Convention shall form an integral part thereof.

2. This Convention shall be subject to ratification or acceptance. Instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Government of France.

3. After the entry into force of the Convention and pending the deposit of its instrument of ratification or acceptance, a signatory State may take part in the meetings of the Agency, without the right to vote.

Artikel XXI

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt in Kraft, sobald die folgenden Staaten, die Mitglieder der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation oder der Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern sind, es unterzeichnet und ihre Ratifikations- oder Annahmeurkunde bei der französischen Regierung hinterlegt haben: das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Italienische Republik, das Königreich der Niederlande, das Königreich Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft, Spanien und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland. Für einen Staat, der dieses Übereinkommen nach seinem Inkrafttreten ratifiziert, annimmt oder ihm beitritt, tritt das Übereinkommen an dem Tag in Kraft, an dem dieser Staat seine Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde hinterlegt.

(2) Das Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und das Übereinkommen zur Gründung einer

Article XXI

Entrée en vigueur

1. La présente Convention entre en vigueur lorsque les États suivants, qui sont membres de l'Organisation européenne de recherches spatiales ou de l'Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux, l'ont signée et ont déposé leurs instruments de ratification ou d'acceptation auprès du Gouvernement français: la République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Belgique, le Royaume du Danemark, l'Espagne, la République française, la République italienne, le Royaume des Pays-Bas, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, le Royaume de Suède et la Confédération suisse. A l'égard de tout État qui ratifie la Convention, l'accepte ou y adhère après son entrée en vigueur, la Convention prend effet à la date du dépôt par cet État de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion.

2. La Convention portant création d'une Organisation européenne de recherches spatiales et la Convention portant création d'une Organisation

Article XXI

Entry into force

1. This Convention shall enter into force when the following States, being members of the European Space Research Organisation or the European Organisation for the Development and Construction of Space Vehicle Launchers, have signed it and have deposited with the Government of France their instruments of ratification or acceptance: the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Federal Republic of Germany, the Italian Republic, the Kingdom of the Netherlands, Spain, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. For any State ratifying, accepting or acceding to this Convention after its entry into force, the Convention shall become effective on the date of deposit by such State of its instrument of ratification, acceptance or accession.

2. The Convention for the establishment of a European Space Research Organisation and the Convention for the establishment of a European Or-

Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern treten am Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Übereinkommens außer Kraft.

européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux prennent fin à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention.

ganisation for the Development and Construction of Space Vehicle Launchers shall terminate on the date of the entry into force of this Convention.

Artikel XXII

Beitritt

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jeder Staat dem Übereinkommen auf Grund eines einstimmigen Ratsbeschlusses aller Mitgliedstaaten beitreten.

(2) Ein Staat, der dem Übereinkommen beizutreten wünscht, notifiziert dies dem Generaldirektor; dieser unterrichtet die Mitgliedstaaten von dem Antrag spätestens drei Monate bevor er dem Rat zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

(3) Die Beitrittsurkunden sind bei der französischen Regierung zu hinterlegen.

Article XXII

Adhésion

1. A partir de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, tout État peut adhérer à celle-ci à la suite d'une décision du Conseil prise à l'unanimité de tous les États membres.

2. Un État désireux d'adhérer à la présente Convention le notifie au Directeur général, qui informe les États membres de cette demande au moins trois mois avant que celle-ci soit soumise au Conseil pour décision.

3. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Gouvernement français.

Article XXII

Accession

1. After the entry into force of this Convention, any State may accede thereto following a decision of the Council taken by a unanimous vote of all Member States.

2. A State that wishes to accede to this Convention shall notify the Director General, who shall inform the Member States of this request at least three months before it is submitted to the Council for decision.

3. Instruments of accession shall be deposited with the Government of France.

Artikel XXIII

Notifikationen

Die französische Regierung notifiziert allen Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten

a) den Tag der Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde,

b) den Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens und der Änderungen nach Artikel XVI Absatz 2,

c) die Kündigung des Übereinkommens durch einen Mitgliedstaat.

Article XXIII

Notifications

Le Gouvernement français notifie à tous les États signataires et adhérents:

(a) la date du dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion,

(b) la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et des amendements couverts par l'article XVI, 2,

(c) la dénonciation de la Convention par un État membre.

Article XXIII

Notifications

The Government of France shall notify all signatory and acceding States of

(a) the date of deposit of each instrument of ratification, acceptance or accession,

(b) the date of entry into force of this Convention and of amendments covered by Article XVI. 2,

(c) the denunciation of the Convention by a Member State.

Artikel XXIV

Kündigung

(1) Nachdem dieses Übereinkommen sechs Jahre lang in Kraft gewesen ist, kann ein Mitgliedstaat es durch eine Notifikation an die französische Regierung kündigen, die dies den anderen Mitgliedstaaten und dem Generaldirektor notifiziert. Die Kündigung wird mit Ablauf des Rechnungsjahres wirksam, das auf dasjenige folgt, in dem sie der französischen Regierung notifiziert wurde. Nach Wirksamwerden der Kündigung bleibt der betreffende Staat verpflichtet, seinen Anteil an den Ausgabemitteln zu tragen, die den Verpflichtungsermächtigungen entsprechen, die im Rahmen der Haushaltspläne, zu denen er beitrug und die im Zeitpunkt der Notifizierung der Kündigung an die französische Regierung galten, sowie im Rahmen vorhergegangener Haushaltspläne genehmigt und in Anspruch genommen worden waren.

Article XXIV

Dénonciation

1. A l'expiration d'un délai de six ans à compter de son entrée en vigueur, la présente Convention peut être dénoncée par tout État membre par une notification au Gouvernement français, qui la notifie aux autres États membres et au Directeur général. La dénonciation prend effet à la fin de l'exercice financier suivant celui au cours duquel elle a été notifiée au Gouvernement français. Après que la dénonciation a pris effet, l'État intéressé reste tenu de financer sa quote-part des crédits de paiement correspondant aux crédits d'engagement votés et utilisés tant au titre des budgets, auxquels il participait, de l'exercice en cours au moment où la notification de la dénonciation a été faite au Gouvernement français, qu'au titre des budgets des exercices antérieurs.

Article XXIV

Denunciation

1. After this Convention has been in force for six years, any Member State may denounce it by notifying the Government of France, which shall notify the other Member States and the Director General. The denunciation shall take effect at the end of the financial year following that during which it was notified to the Government of France. After the denunciation has taken effect, the State concerned shall remain bound to honour its due share of the payment appropriations corresponding to approved contract authority used both under the budgets to which it was contributing for the year in which the denunciation was notified to the Government of France, and under previous budgets.

(2) Ein Mitgliedstaat, der das Übereinkommen kündigt, hat die Organisation für jeden Vermögensverlust in seinem Hoheitsgebiet zu entschädigen, sofern nicht mit der Organisation eine Sondervereinbarung über die Weiterverwendung dieses Vermögens durch die Organisation oder die Fortführung bestimmter Tätigkeiten der Organisation im Hoheitsgebiet dieses Staates getroffen werden kann. Diese Sondervereinbarung bestimmt insbesondere, inwieweit und zu welchen Bedingungen dieses Übereinkommen nach Wirksamwerden der Kündigung auf die Weiterverwendung dieses Vermögens und die Fortführung dieser Tätigkeiten weiterhin Anwendung findet.

(3) Der das Übereinkommen kündigende Mitgliedstaat und die Organisation legen gemeinsam die zusätzlichen Verpflichtungen fest, die der betreffende Staat gegebenenfalls zu übernehmen hat.

(4) Der betreffende Staat behält die Rechte, die er bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung erworben hat.

Artikel XXV

Auflösung

(1) Die Organisation ist aufzulösen, wenn sich die Zahl der Mitgliedstaaten auf weniger als fünf verringert. Sie kann in gegenseitigem Einvernehmen der Mitgliedstaaten jederzeit aufgelöst werden.

(2) Im Fall der Auflösung errichtet der Rat eine Liquidationsstelle; diese verhandelt mit den Staaten, in deren Hoheitsgebieten sich zu jenem Zeitpunkt der Sitz und die Niederlassungen der Organisation befinden. Die Rechtspersönlichkeit der Organisation bleibt für die Zwecke der Liquidation bestehen.

(3) Überschüsse werden zwischen den Staaten verteilt, die zur Zeit der Auflösung Mitglieder der Organisation sind, und zwar im Verhältnis der Beiträge, die sie seit dem Tag geleistet haben, an dem sie Vertragspartei dieses Übereinkommens wurden. Etwaige Fehlbeträge werden von diesen Staaten im Verhältnis der Beiträge gedeckt, mit denen sie für das dann laufende Rechnungsjahr veranschlagt sind.

Artikel XXVI

Registrierung

Die französische Regierung läßt dieses Übereinkommen, sobald es in Kraft getreten ist, nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen bei deren Sekretariat registrieren.

2. Un État membre dénonçant la Convention doit indemniser l'Agence pour toute perte de biens subie sur son territoire, à moins qu'un accord spécial ne puisse être conclu avec l'Agence, assurant à celle-ci la continuation de l'usage de ces biens ou la poursuite de certaines de ses activités sur le territoire dudit État. Cet accord spécial détermine notamment dans quelle mesure et à quelles conditions, pour la continuation de l'usage de ces biens et la poursuite desdites activités, les dispositions de la présente Convention continuent à s'appliquer après que la dénonciation a pris effet.

3. L'État membre dénonçant la Convention et l'Agence déterminent en commun les obligations supplémentaires qui peuvent être mises à la charge dudit État.

4. L'État intéressé conserve les droits qu'il a acquis à la date de la prise d'effet de la dénonciation.

Article XXV

Dissolution

1. L'Agence est dissoute si le nombre des États membres se réduit à moins de cinq. Elle peut être dissoute à tout moment par accord des États membres.

2. En cas de dissolution, le Conseil désigne un organe de liquidation qui traite avec les États sur le territoire desquels le siège et les établissements de l'Agence sont situés à ce moment. La personnalité juridique de l'Agence subsiste pour les besoins de la liquidation.

3. L'actif est réparti entre les États qui sont membres de l'Agence au moment de la dissolution, au prorata des contributions effectivement versées par eux depuis qu'ils sont parties à la présente Convention. S'il existe un passif, celui-ci est pris en charge par ces mêmes États au prorata des contributions fixées pour l'exercice financier en cours.

Article XXVI

Enregistrement

Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Gouvernement français la fait enregistrer auprès du Secrétariat des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

2. A Member State denouncing the Convention shall indemnify the Agency for any loss of property on its territory, unless a special agreement can be concluded with the Agency for the continued use of this property by the Agency or the continuation of certain activities of the Agency on the territory of the said State. Any such special agreement shall determine in particular to what extent and on what conditions the provisions of this Convention shall continue to apply, after the denunciation has taken effect, to the continued use of this property and the continuation of these activities.

3. A Member State denouncing the Convention, and the Agency, shall jointly determine any additional obligations to be borne by the said State.

4. The State concerned shall retain the rights it has acquired up to the date on which the denunciation takes effect.

Article XXV

Dissolution

1. The Agency shall be dissolved if the number of Member States becomes less than five. It may be dissolved at any time by agreement between the Member States.

2. In the event of dissolution the Council shall appoint a liquidation authority, which will negotiate with the States on whose territories the Headquarters and establishments of the Agency are situated at the time. The legal personality of the Agency shall subsist for the purposes of the liquidation.

3. Any surplus shall be distributed among those States that are members of the Agency at the time of the dissolution, in proportion to the contributions actually made by them from the dates of their becoming parties to this Convention. In the event of a deficit, this shall be met by the same States in proportion to their contributions as assessed for the financial year then current.

Article XXVI

Registration

Upon the entry into force of this Convention, the Government of France shall register it with the Secretariat of the United Nations in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Paris, am 30. Mai 1975, in deutscher, englischer, französischer, italienischer, niederländischer, schwedischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der französischen Regierung hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

In anderen Amtssprachen der Mitgliedstaaten abgefaßte Wortlaute dieses Übereinkommens werden durch einstimmigen Beschluß aller Mitgliedstaaten verbindlich gemacht. Diese Wortlaute werden im Archiv der französischen Regierung hinterlegt, die allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften übermittelt.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

FAIT à Paris, le 30 mai 1975, dans les langues allemande, anglaise, espagnole, française, italienne, néerlandaise et suédoise, tous ces textes faisant également foi, en un exemplaire original unique qui sera déposé dans les archives du Gouvernement français, lequel en délivrera des copies certifiées conformes à tous les États signataires ou adhérents.

Des textes de la présente Convention rédigés en d'autres langues officielles des États membres seront authentifiés par décision unanime de tous les États membres. Ces textes seront déposés dans les archives du Gouvernement français, lequel en délivrera des copies certifiées conformes à tous les États signataires ou adhérents.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned plenipotentiaries, having been duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE at Paris, on 30 May 1975, in the German, English, Spanish, French, Italian, Dutch and Swedish languages, all these texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of France, which shall transmit certified copies to all signatory and acceding States.

Texts of this Convention drawn up in other official languages of the Member States of the Agency shall be authenticated by a unanimous decision of all Member States. Such texts shall be deposited in the archives of the Government of France, which shall transmit certified copies to all signatory and acceding States.

Anlage I

Vorrechte und Immunitäten

Annexe I

Privilèges et immunités

Annex I

Privileges and Immunities

Artikel I

Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie kann insbesondere Verträge schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie klagen und verklagt werden.

Artikel II

Die Gebäude und Räumlichkeiten der Organisation sind unbeschadet der Artikel XXII und XXIII unverletzlich.

Artikel III

Das Archiv der Organisation ist unverletzlich.

Artikel IV

(1) Die Organisation genießt Immunität von der Gerichtsbarkeit und Vollstreckung außer in folgenden Fällen:

a) Soweit sie durch Beschluß des Rates im Einzelfall ausdrücklich darauf verzichtet; der Rat hat die Pflicht, diese Immunität aufzuheben, wenn ihre Aufrechterhaltung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann;

b) im Fall eines von einem Dritten angestrengten Zivilverfahrens wegen Schäden auf Grund eines Unfalls, der durch ein der Organisation gehörendes oder für sie betriebenes Kraftfahrzeug verursacht wurde, oder im Fall eines Verstoßes gegen Straßenverkehrsvorschriften, an dem ein solches Fahrzeug beteiligt ist;

c) im Fall der Vollstreckung eines nach Artikel XXV oder XXVI ergangenen Schiedsspruchs;

d) im Fall der durch eine gerichtliche Entscheidung angeordneten Pfändung von Gehältern und sonstigen Bezügen, die die Organisation einem Mitglied des Personals schuldet.

(2) Das Eigentum und die sonstigen Vermögenswerte der Organisation genießen ohne Rücksicht darauf, wo sie sich befinden, Immunität von jeder

Article premier

L'Agence a la personnalité juridique. Elle a notamment la capacité de contracter, d'acquérir et d'aliéner des biens immobiliers et mobiliers ainsi que d'ester en justice.

Article II

Les bâtiments et locaux de l'Agence sont inviolables, compte tenu des articles XXII et XXIII.

Article III

Les archives de l'Agence sont inviolables.

Article IV

1. L'Agence bénéficie de l'immunité de juridiction et d'exécution sauf

(a) dans la mesure où, par décision du Conseil, elle y renonce expressément dans un cas particulier; le Conseil a le devoir de lever cette immunité dans tous les cas où son maintien est susceptible d'entraver l'action de la justice et où elle peut être levée sans porter atteinte aux intérêts de l'Agence;

(b) en cas d'action civile intentée par un tiers pour les dommages résultant d'un accident causé par un véhicule à moteur appartenant à l'Agence ou circulant pour son compte, ou en cas d'infraction à la réglementation de la circulation automobile intéressant un tel véhicule;

(c) en cas d'exécution d'une sentence arbitrale rendue en application soit de l'article XXV, soit de l'article XXVI;

(d) en cas de saisie, ordonnée par décision des autorités judiciaires, sur les traitements et émoluments dus par l'Agence à un membre de son personnel.

(2) Quel que soit le lieu où ils se trouvent, les propriétés et biens de l'Agence bénéficient de l'immunité à l'égard de toutes formes de réquisition,

Article I

The Agency shall have legal personality. It shall in particular have the capacity to contract, to acquire and dispose of movable and immovable property, and to be a party to legal proceedings.

Article II

Without prejudice to Articles XXII and XXIII, the buildings and premises of the Agency shall be inviolable.

Article III

The archives of the Agency shall be inviolable.

Article IV

1. The Agency shall have immunity from jurisdiction and execution, except

(a) to the extent that it shall, by decision of the Council, have expressly waived such immunity in a particular case; the Council has the duty to waive this immunity in all cases where reliance upon it would impede the course of justice and it can be waived without prejudicing the interests of the Agency;

(b) in respect of a civil action by a third party for damage arising from an accident caused by a motor vehicle belonging to, or operated on behalf of, the Agency, or in respect of a motor traffic offence involving such a vehicle;

(c) in respect of an enforcement of an arbitration award made under either Article XXV or Article XXVI;

(d) in the event of the attachment, pursuant to a decision by the judicial authorities, of the salaries and emoluments owed by the Agency to a staff member.

2. The Agency's property and assets, wherever situated, shall be immune from any from of requisition, confiscation, expropriation and se-

Form der Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und Zwangsverwaltung. Sie genießen ebenfalls Immunität von jedem behördlichen Zwang und jeder vorläufigen gerichtlichen Maßnahme, sofern diese nicht zur Verhinderung oder Untersuchung von Unfällen, an denen der Organisation gehörende oder für sie betriebene Kraftfahrzeuge beteiligt sind, vorübergehend notwendig sind.

confiscation, expropriation et séquestre. Ils bénéficient également de l'immunité à l'égard de toutes formes de contrainte administrative ou des mesures préalables à un jugement, sauf dans le cas où le nécessitent temporairement la prévention des accidents mettant en cause des véhicules à moteur appartenant à l'Agence ou circulant pour le compte de celle-ci, et les enquêtes auxquelles peuvent donner lieu de tels accidents.

questration. They shall also be immune from any form of administrative or provisional judicial constraint, except insofar as may be temporarily necessary in connection with the prevention and investigation of accidents involving motor vehicles belonging to, or operated on behalf of, the Agency.

Artikel V

(1) Im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit sind die Organisation, ihr Vermögen und ihre Einkünfte von der direkten Besteuerung befreit.

(2) Werden von der Organisation oder für die Organisation Käufe von erheblichem Wert getätigt oder Dienstleistungen von erheblichem Wert in Anspruch genommen, die für die Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit unbedingt erforderlich sind, und sind bei diesen Käufen oder Dienstleistungen Steuern oder sonstige Abgaben im Preis enthalten, so werden — soweit möglich — von den Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen zur Befreiung von diesen Steuern und sonstigen Abgaben oder zu ihrer Erstattung getroffen.

Article V

1. Dans le cadre de ses activités officielles, l'Agence, ses biens et ses revenus sont exonérés des impôts directs.

2. Lorsque des achats ou services d'un montant important qui sont strictement nécessaires pour l'exercice des activités officielles de l'Agence sont effectués ou utilisés par l'Agence ou pour son compte, et lorsque le prix de ces achats ou services comprend des taxes ou droits, des dispositions appropriées sont prises par les États membres, chaque fois qu'il est possible, en vue de l'exonération des taxes ou droits de cette nature ou en vue du remboursement de leur montant.

Article V

1. Within the scope of its official activities, the Agency, its property and income shall be exempt from direct taxes.

2. When purchases or services of substantial value and strictly necessary for the exercise of the official activities of the Agency are made or used by or on behalf of the Agency, and when the price of such purchases or services includes taxes or duties, appropriate measures shall, whenever possible, be taken by the Member States to grant exemption from such taxes or duties or to provide for their reimbursement.

Artikel VI

Die von der Organisation oder für die Organisation ein- oder ausgeführten Waren, die für die Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit unbedingt erforderlich sind, werden von allen Zöllen und sonstigen bei der Ein- und Ausfuhr erhobenen Abgaben sowie von allen Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen befreit.

Article VI

Les produits importés ou exportés par l'Agence ou pour son compte, et strictement nécessaires pour l'exercice de ses activités officielles, sont exonérés de toutes taxes et tous droits d'importation ou d'exportation et de toutes prohibitions et restrictions à l'importation ou à l'exportation.

Article VI

Goods imported or exported by the Agency or on its behalf, and strictly necessary for the exercise of its official activities, shall be exempt from all import and export duties and taxes and from all import or export prohibitions and restrictions.

Artikel VII

(1) Die amtliche Tätigkeit der Organisation im Sinne der Artikel V und VI umfaßt ihre Verwaltungshandlungen einschließlich ihrer Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit und ihre Betätigung auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen zur Erfüllung des Zwecks der Organisation, wie er im Übereinkommen festgelegt ist.

(2) Der Rat bestimmt jeweils nach Konsultation mit den zuständigen Stellen der betreffenden Mitgliedstaaten, inwieweit andere Anwendungen dieser Forschung und Technologie sowie die Tätigkeiten nach Artikel V Absatz 2 und Artikel IX des Übereinkommens als Teil der amtlichen Tätigkeit der Organisation gelten können.

Article VII

1. Pour l'application des articles V et VI, les activités officielles de l'Agence comprennent ses activités administratives, y compris ses opérations relatives au régime de prévoyance sociale, et les activités entreprises dans le domaine de la recherche et de la technologie spatiales et de leurs applications spatiales, conformément à la mission de l'Agence telle qu'elle est définie dans la Convention.

2. La mesure dans laquelle les autres applications de cette recherche et de cette technologie et les activités exécutées au titre des articles V, 2 et IX de la Convention peuvent être considérées comme faisant partie des activités officielles de l'Agence est déterminée dans chaque cas par le Conseil après consultation des autorités compétentes des États membres intéressés.

Article VII

1. For the purpose of Articles V and VI, the official activities of the Agency shall include its administrative activities, including its operations in connection with the social security scheme, and activities undertaken in the field of space research and technology and their space applications in pursuance of the purpose of the Agency as defined in the Convention.

2. The extent to which other applications of such research and technology and activities carried out under Articles V. 2 and IX of the Convention may be considered part of the Agency's official activities shall be decided in each case by the Council after consultation with the competent authorities of the Member States concerned.

(3) Die Artikel V und VI gelten nicht für Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsbetriebe darstellen.

Artikel VIII

Für Waren und Dienstleistungen, die für den persönlichen Bedarf der Mitglieder des Personals der Organisation gekauft oder eingeführt beziehungsweise erbracht werden, wird eine Befreiung nach den Artikeln V oder VI nicht gewährt.

Artikel IX

(1) Waren, die nach Artikel V erworben oder nach Artikel VI eingeführt worden sind, dürfen nur zu den Bedingungen verkauft oder abgegeben werden, die von dem Mitgliedstaat, der die Befreiungen gewährt hat, festgelegt sind.

(2) Der Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen dem Sitz und den Niederlassungen der Organisation, zwischen den Niederlassungen selbst und — soweit er der Durchführung eines Programms der Organisation dient — zwischen den Niederlassungen und einer Einrichtung eines Mitgliedstaates ist von Abgaben und Beschränkungen jeder Art befreit; soweit erforderlich, treffen die Mitgliedstaaten alle geeigneten Maßnahmen, um Befreiung von den Abgaben zu gewähren oder die Abgaben zu erstatten oder Beschränkungen aufzuheben.

Artikel X

Der Verkehr von Veröffentlichungen und sonstigem Informationsmaterial, die von der Organisation verschickt oder an sie gesandt werden, unterliegt keiner Beschränkung.

Artikel XI

Die Organisation darf jede Art von Geldmitteln, Währungen oder Wertpapieren entgegennehmen und besitzen; sie kann für alle im Übereinkommen vorgesehenen Zwecke frei darüber verfügen und in dem zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen erforderlichen Umfang in jeder Währung Konten unterhalten.

Artikel XII

(1) Bei ihrem amtlichen Nachrichtenverkehr und der Übermittlung aller ihrer Schriftstücke hat die Organisation Anspruch auf eine nicht weniger günstige Behandlung, als sie von den einzelnen Mitgliedstaaten anderen internationalen Organisationen gewährt wird.

(2) Der amtliche Nachrichtenverkehr der Organisation, gleichviel mit welchem Nachrichtenmittel, unterliegt nicht der Zensur.

3. Les dispositions prévues aux articles V et VI ne s'appliquent pas aux impôts, droits et taxes qui ne constituent que la simple rémunération de services d'utilité publique.

Article VIII

Aucune exonération n'est accordée, au titre des articles V ou VI, en ce qui concerne les achats et importations de biens ou la fourniture de services destinés aux besoins propres des membres du personnel de l'Agence.

Article IX

1. Les biens acquis conformément à l'article V ou importés conformément à l'article VI ne peuvent être vendus ou cédés qu'aux conditions fixées par les États membres qui ont accordé les exonérations.

2. Les transferts de biens ou de prestations de services opérés soit entre le siège et les établissements de l'Agence, soit entre ses divers établissements, soit, dans le but d'exécuter un programme de l'Agence, entre ceux-ci et une institution nationale d'un État membre, ne sont soumis à aucune charge ni restriction; les États membres prennent, le cas échéant, toutes mesures appropriées en vue de l'exonération ou du remboursement de telles charges ou en vue de la levée de telles restrictions.

Article X

La circulation des publications et autres matériels d'information expédiés par l'Agence ou à celle-ci n'est soumise à aucune restriction.

Article XI

L'Agence peut recevoir et détenir tous fonds, devises, numéraires ou valeurs mobilières; elle peut en disposer librement pour tous usages prévus par la Convention et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie dans la mesure nécessaire pour faire face à ses engagements.

Article XII

1. Pour ses communications officielles et le transfert de tous ses documents, l'Agence bénéficie d'un traitement non moins favorable que celui accordé par chaque État membre aux autres organisations internationales.

2. Aucune censure ne peut être exercé à l'égard des communications officielles de l'Agence, quel que soit le moyen de communication utilisé.

3. The provisions of Articles V and VI shall not apply to taxes and duties that are no more than charges for public utility services.

Article VIII

No exemption shall be granted under Articles V or VI in respect of goods purchased or imported, or services provided, for the personal benefit of the staff members of the Agency.

Article IX

1. Goods acquired under Article V or imported under Article VI shall not be sold or given away except in accordance with conditions laid down by the Member States which have granted exemptions.

2. The transfer of goods and services between the Headquarters and the establishments of the Agency, and between its various establishments, or, for the purpose of implementing a programme of the Agency, between them and a national institution of a Member State, shall be free of charges or restrictions of any kind; if necessary, the Member States shall take all appropriate measures to grant exemption from or reimbursement of such charges or to lift such restrictions.

Article X

The circulation of publications and other information material sent by or to the Agency shall not be restricted in any way.

Article XI

The Agency may receive and hold any kind of funds, currency, cash or securities; it may dispose of them freely for any purpose provided for in the Convention and hold accounts in any currency to the extent required to meet its obligations.

Article XII

1. For its official communications and the transfer of all its documents, the Agency shall enjoy treatment not less favourable than that accorded by each Member State to other international organisations.

2. No censorship shall be applied to official communications of the Agency by whatever means of communication.

Artikel XIII

Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um den Mitgliedern des Personals der Organisation die Einreise in ihr Hoheitsgebiet, den Aufenthalt dort und die Ausreise daraus zu erleichtern.

Article XIII

Les États membres prennent toutes mesures utiles pour faciliter l'entrée ou le séjour sur leur territoire, ainsi que la sortie de leur territoire, des membres du personnel de l'Agence.

Article XIII

Member States shall take all appropriate measures to facilitate the entry into, stay in, or departure from their territories of staff members of the Agency.

Artikel XIV

(1) Die Vertreter der Mitgliedstaaten genießen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sowie während der Reise zum und vom Tagungsort folgende Vorrechte und Immunitäten:

a) Immunität von Festnahme oder Haft sowie von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;

b) Immunität von der Gerichtsbarkeit, auch nach Beendigung ihres Auftrags, bezüglich der von ihnen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Fall eines Verstoßes gegen Straßenverkehrsvorschriften durch einen Vertreter eines Mitgliedstaats oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Kraftfahrzeug verursacht wurde;

c) Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;

d) das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden, sowie Urkunden oder sonstige Schriftstücke durch Sonderkurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;

e) Befreiung für sich und ihre Ehegatten von allen Einreisebeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer;

f) die gleichen Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- und Devisenvorschriften wie Vertreter ausländischer Regierungen mit vorübergehendem amtlichen Auftrag;

g) die gleichen Zollerleichterungen hinsichtlich ihres persönlichen Gepäcks wie Diplomaten.

(2) Die Vorrechte und Immunitäten werden den Vertretern der Mitgliedstaaten nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern um es ihnen zu ermöglichen, ihre Aufgaben bei der Organisation in voller Unabhängigkeit wahrzunehmen. Ein Mitgliedstaat hat deshalb die Pflicht, die Immunität eines Vertreters aufzuheben, wenn ihre Aufrechterhaltung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Zwecke aufgehoben werden kann, für die sie gewährt wurde.

Article XIV

1. Les représentants des États membres jouissent, dans l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu des réunions, des privilèges et immunités suivants:

(a) immunité d'arrestation et de détention, ainsi que de saisie de leurs bagages personnels;

(b) immunité de juridiction, même après la fin de leur mission, pour les actes, y compris leurs paroles et écrits, accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions; cette immunité ne joue cependant pas dans le cas d'infraction à la réglementation de la circulation des véhicules à moteur commise par un représentant d'un État membre ou de dommage causé par un véhicule à moteur lui appartenant ou conduit par lui;

(c) inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels;

(d) droit de faire usage de codes et de recevoir des documents ou de la correspondance par courrier spécial ou par valises scellées;

(e) exemption pour eux-mêmes et pour leurs conjoints de toute mesure limitant l'entrée et de toutes formalités d'enregistrement des étrangers;

(f) mêmes facilités, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change, que celles accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;

(g) mêmes facilités douanières en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles accordées aux agents diplomatiques.

2. Les privilèges et immunités sont accordés aux représentants des États membres, non pour leur bénéfice personnel, mais pour qu'ils puissent exercer en toute indépendance leurs fonctions auprès de l'Agence. En conséquence, un État membre a le devoir de lever l'immunité d'un représentant dans tous les cas où son maintien est susceptible d'entraver l'action de la justice et où elle peut être levée sans compromettre les fins pour lesquelles elle a été accordée.

Article XIV

1. Representatives of Member States shall, while exercising their functions and in the course of their journeys to and from the place of meeting, enjoy the following privileges and immunities:

(a) immunity from arrest and detention, and from seizure of their personal luggage;

(b) immunity from jurisdiction, even after the termination of their mission, in respect of acts, including words spoken and written, done by them in the exercise of their functions; this immunity shall no apply, however, in the case of a motor traffic offence committed by a representative of a Member State, nor in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by him;

(c) inviolability for all their official papers and documents;

(d) the right to use codes and to receive documents or correspondence by special courier or sealed bag;

(e) exemption for themselves and their spouses from all measures restricting entry and from aliens' registration formalities;

(f) the same facilities in the matter of currency and exchange control as are accorded to the representatives of foreign governments on temporary official missions;

(g) the same customs facilities as regards their personal luggage as are accorded to diplomatic agents.

2. Privileges and immunities are accorded to representatives of Member States, not for their personal advantage, but in order to ensure complete independence in the exercise of their functions in connection with the Agency. Consequently, a Member State has the duty to waive the immunity of a representative wherever retaining it would impede the course of justice and it can be waived without prejudicing the purposes for which it was accorded.

Artikel XV

Außer den in Artikel XVI aufgeführten Vorrechten und Immunitäten genießt der Generaldirektor der Organisation und, wenn der Posten unbesetzt ist, die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bestimmte Person die gleichen Vorrechte und Immunitäten wie Diplomaten vergleichbaren Ranges.

Artikel XVI

Die Mitglieder des Personals der Organisation

a) genießen, auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst der Organisation, Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Fall eines Verstoßes gegen Straßenverkehrsvorschriften durch ein Mitglied des Personals der Organisation oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Kraftfahrzeug verursacht wurde;

b) sind von jeder Verpflichtung zum Wehrdienst befreit;

c) genießen Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;

d) genießen dieselbe Befreiung von den Einwanderungsbeschränkungen und der Meldepflicht für Ausländer, wie sie allgemein den Bediensteten internationaler Organisationen gewährt wird; das gleiche gilt für die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen;

e) genießen dieselben Vorrechte in bezug auf Devisenvorschriften, wie sie allgemein den Bediensteten internationaler Organisationen gewährt werden;

f) genießen im Fall einer internationalen Krise dieselben Erleichterungen bei der Rückführung in ihren Heimatstaat wie Diplomaten; das gleiche gilt für die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen;

g) haben das Recht, ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände bei Antritt ihres Dienstes in dem betreffenden Mitgliedstaat zollfrei einzuführen und bei Beendigung ihres Dienstes in diesem Mitgliedstaat zollfrei wieder auszuführen; dies gilt vorbehaltlich der Bedingungen, die der Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet dieses Recht ausgeübt wird, bei der Ein- oder Ausfuhr für erforderlich erachtet.

Article XV

Outre les privilèges et immunités prévus à l'article XVI, le Directeur général de l'Agence, ainsi que, pendant la vacance de son poste, la personne désignée pour agir en ses lieu et place, jouissent des privilèges et immunités reconnus aux agents diplomatiques de rang comparable.

Article XVI

Les membres du personnel de l'Agence:

(a) jouissent, même après qu'ils ont cessé d'être au service de l'Agence, de l'immunité de juridiction pour les actes, y compris leurs paroles et écrits, accomplis dans l'exercice de leurs fonctions; cette immunité ne joue cependant pas dans le cas d'infraction à la réglementation de la circulation des véhicules à moteur commise par un membre du personnel de l'Agence ou de dommage causé par un véhicule à moteur lui appartenant ou conduit par lui;

(b) sont exempts de toute obligation relative au service militaire;

(c) jouissent de l'inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels;

(d) jouissent, avec les membres de leur famille vivant à leur foyer, des mêmes exceptions aux dispositions limitant l'immigration et réglant l'enregistrement des étrangers que celles généralement reconnues aux membres du personnel des organisations internationales;

(e) jouissent, en ce qui concerne les réglementations de change, des mêmes privilèges que ceux généralement reconnus aux membres du personnel des organisations internationales;

(f) jouissent, en période de crise internationale, ainsi que les membres de leur famille vivant à leur foyer, des mêmes facilités de rapatriement que les agents diplomatiques;

(g) jouissent du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets personnels, à l'occasion de leur première installation dans l'État membre intéressé, et du droit, à la cessation de leurs fonctions dans ledit État membre, d'exporter en franchise leur mobilier et leurs effets personnels sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par l'État membre sur le territoire duquel le droit est exercé.

Article XV

In addition to the privileges and immunities provided for in Article XVI, the Director General of the Agency and, when the office is vacant, the person appointed to act in his place, shall enjoy the privileges and immunities to which diplomatic agents of comparable rank are entitled.

Article XVI

The staff members of the Agency

(a) shall have, even after they have left the service of the Agency, immunity from jurisdiction in respect of acts, including words written and spoken, done by them in the exercise of their functions; this immunity shall not apply, however, in the case of a motor traffic offence committed by a staff member of the Agency, nor in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by him;

(b) shall be exempt from all obligations in respect of military service;

(c) shall enjoy inviolability for all their official papers and documents;

(d) shall enjoy the same facilities as regards exemption from all measures restricting immigration and governing aliens' registration as are normally accorded to staff members of international organisations, and members of their families forming part of their households shall enjoy the same facilities;

(e) shall enjoy the same privileges in respect of exchange regulations as are normally accorded to staff members of international organisations;

(f) shall, in time of international crisis, enjoy the same facilities as to repatriation as diplomatic agents, and the members of their families forming part of their households shall enjoy the same facilities;

(g) shall have the right to import duty-free their furniture and personal effects at the time of first taking up their post in the Member State concerned, and the right on the termination of their functions in that Member State to export free of duty their furniture and personal effects, subject, in both cases, to the conditions considered necessary by the Member State on whose territory the right is exercised.

Artikel XVII

Sachverständige, die nicht Mitglieder des Personals im Sinne des Artikels XVI sind, genießen während ihrer dienstlichen Tätigkeit im Zusammenhang mit der Organisation oder bei der Durchführung von Aufträgen für die Organisation, einschließlich der bei dieser Tätigkeit oder diesen Aufträgen durchgeführten Reisen, folgende Vorrechte und Immunitäten, soweit diese für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind:

a) Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen, einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, außer im Fall eines Verstoßes gegen Straßenverkehrsvorschriften durch einen Sachverständigen oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Kraftfahrzeug verursacht wurde; die Sachverständigen genießen diese Immunität auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit bei der Organisation;

b) Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;

c) dieselben Erleichterungen in bezug auf Währungs- und Devisenvorschriften sowie auf ihr persönliches Gepäck wie die Bediensteten ausländischer Regierungen mit vorübergehendem amtlichen Auftrag.

Article XVII

Les experts autres que les membres du personnel visés à l'article XVI, lorsqu'ils exercent des fonctions auprès de l'Agence ou accomplissent des missions pour cette dernière, jouissent des privilèges et immunités ci-après, dans la mesure où ceux-ci leur sont nécessaires pour l'exercice de leurs fonctions, y compris durant les voyages effectués dans l'exercice de ces fonctions ou au cours de ces missions:

(a) immunité de juridiction pour les actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions, y compris leurs paroles et écrits, sauf dans le cas d'infraction à la réglementation de la circulation des véhicules à moteur commise par un expert ou de dommage causé par un véhicule à moteur lui appartenant ou conduit par lui; les experts continuent à bénéficier de cette immunité après la cessation de leurs fonctions auprès de l'Agence;

(b) inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels;

(c) mêmes facilités, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change et en ce qui concerne leurs bagages personnels, que celles accordées aux agents de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire.

Article XVII

Experts other than the staff members referred to in Article XVI, in the exercise of their functions in connection with the Agency or in carrying out missions for the Agency, shall enjoy the following privileges and immunities, to the extent that these are necessary for the exercise of their functions, including during journeys made in the exercise of their functions and in the course of such missions:

(a) immunity from jurisdiction in respect of acts, including words written and spoken, done by them in the exercise of their functions, except in the case of a motor traffic offence committed by an expert, or in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by him; experts shall continue to enjoy this immunity after they have ceased to be employed by the Agency;

(b) inviolability for all their official papers and documents;

(c) the same facilities as regards monetary and exchange regulations and as regards their personal luggage as are accorded to the officials of foreign governments on temporary official missions.

Artikel XVIII

(1) Nach Maßgabe der vom Rat festgelegten Bedingungen und Verfahrensregeln sind der Generaldirektor und die Mitglieder des Personals der Organisation für die von dieser gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge steuerpflichtig zugunsten der Organisation. Diese Gehälter und sonstigen Bezüge sind von der staatlichen Einkommensteuer befreit; die Mitgliedstaaten behalten jedoch das Recht, diese Gehälter und sonstigen Bezüge bei der Festsetzung des auf Einkommen aus anderen Quellen zu erhebenden Steuerbetrags zu berücksichtigen.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Renten und Ruhegehälter, die von der Organisation an ehemalige Generaldirektoren und Mitglieder des Personals gezahlt werden.

Article XVIII

1. Dans les conditions et suivant la procédure fixées par le Conseil, le Directeur général et les membres du personnel de l'Agence sont soumis, au profit de celle-ci, à un impôt sur les traitements et émoluments versés par elle. Lesdits traitements et émoluments sont exempts d'impôts nationaux sur le revenu; mais les États membres se réservent la possibilité de faire état de ces traitements et émoluments pour le calcul du montant de l'impôt à percevoir sur les revenus d'autres sources.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne sont pas applicables aux rentes et pensions payées par l'Agence à ses anciens Directeurs généraux et aux anciens membres de son personnel.

Article XVIII

1. Subject to the conditions and following the procedure laid down by the Council, the Director General and the staff members of the Agency shall be subject to a tax, for the benefit of the Agency, on salaries and emoluments paid by the Agency. Such salaries and emoluments shall be exempt from national income tax; but the Member States shall retain the right to take these salaries and emoluments into account for the purpose of assessing the amount of taxation to be applied to income from other sources.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to annuities and pensions paid by the Agency to its former Directors General and staff members.

Artikel XIX

Die Artikel XVI und XVIII finden auf alle Personalgruppen Anwendung, für die die Personalordnung der Organisation gilt. Der Rat bestimmt die Gruppen von Sachverständigen, auf die Artikel XVII Anwendung findet. Die Namen, Dienstbezeichnungen und Anschriften der in diesem Artikel be-

Article XIX

Les articles XVI et XVIII s'appliquent à toutes les catégories de personnel régies par le statut du personnel de l'Agence. Le Conseil détermine les catégories d'experts auxquelles l'article XVII est applicable. Les noms, qualités et adresses des membres du personnel et experts visés par

Article XIX

Articles XVI and XVIII shall apply to all categories of staff members to which the Staff Regulations of the Agency apply. The Council shall decide the categories of experts to which Article XVII shall apply. The names, titles and addresses of the staff members and experts referred to

zeichneten Mitglieder des Personals und Sachverständigen werden den Mitgliedstaaten von Zeit zu Zeit mitgeteilt.

le présent article sont communiqués périodiquement aux États membres.

in the present Article shall be communicated from time to time to the Member States.

Artikel XX

Errichtet die Organisation ein eigenes System der sozialen Sicherheit, so sind die Organisation, ihr Generaldirektor und die Mitglieder ihres Personals vorbehaltlich der nach Artikel XXVIII mit den Mitgliedstaaten geschlossenen Abkommen von sämtlichen Pflichtbeiträgen an staatliche Sozialversicherungsträger befreit.

Article XX

Dans le cas où elle établit un régime propre de prévoyance sociale, l'Agence, son Directeur général et les membres du personnel sont exemptés de toutes contributions obligatoires à des organismes nationaux de prévoyance sociale, sous réserve des accords conclus avec les États membres conformément à l'article XXVIII.

Article XX

In the event that it establishes its own social security scheme, the Agency, its Director General and staff members shall be exempt from all compulsory contributions to national social security bodies, subject to agreements concluded with the Member States in accordance with Article XXVIII.

Artikel XXI

(1) Die in dieser Anlage vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten werden dem Generaldirektor, den Mitgliedern des Personals und Sachverständigen der Organisation nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Sie sind lediglich zu dem Zweck vorgesehen, unter allen Umständen die ungehinderte Tätigkeit der Organisation und die volle Unabhängigkeit der Personen, denen sie gewährt sind, zu gewährleisten.

(2) Der Generaldirektor hat die Pflicht, die Immunität aufzuheben, wenn ihre Aufrechterhaltung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann. Für die Aufhebung der Immunität des Generaldirektors ist der Rat zuständig.

Article XXI

1. Les privilèges et immunités prévus par la présente annexe ne sont pas accordés au Directeur général, aux membres du personnel et aux experts de l'Agence pour leur bénéfice personnel. Ils sont institués uniquement afin d'assurer, en toutes circonstances, le libre fonctionnement de l'Agence et la complète indépendance des personnes auxquelles ils sont accordés.

2. Le Directeur général a le devoir de lever toute immunité dans tous les cas où son maintien est susceptible d'entraver l'action de la justice et où elle peut être levée sans porter atteinte aux intérêts de l'Agence. A l'égard du Directeur général, le Conseil a compétence pour lever cette immunité.

Article XXI

1. The privileges and immunities provided for in this Annex are not granted to the Director General, staff members and experts of the Agency for their personal advantage. They are provided solely to ensure, in all circumstances, the unimpeded functioning of the Agency and the complete independence of the persons to whom they are accorded.

2. The Director General has the duty to waive any relevant immunity in all cases wherever retaining it would impede the course of justice and it can be waived without prejudicing the interests of the Agency. In the case of the Director General, the Council is competent to waive such immunity.

Artikel XXII

(1) Die Organisation wird jederzeit mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um eine ordnungsgemäße Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung der Polizeivorschriften, der Vorschriften über den Umgang mit Sprengstoffen und leicht entzündlichem Material, der Gesundheits-, der Arbeitsaufsichts- und ähnlicher staatlicher Rechtsvorschriften zu gewährleisten und jeden Mißbrauch der in dieser Anlage vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen zu verhindern.

(2) Die Einzelheiten der Zusammenarbeit nach Absatz 1 können in den in Artikel XXVIII bezeichneten Ergänzungsabkommen festgelegt werden.

Article XXII

1. L'Agence coopère en tout temps avec les autorités compétentes des États membres en vue de faciliter une bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police et de ceux qui concernent la manipulation d'explosifs et de matières inflammables, la santé publique et l'inspection du travail ou autres lois nationales de nature analogue, et d'empêcher tout abus des privilèges, immunités et facilités prévus par la présente annexe.

2. Les modalités de la coopération mentionnée au paragraphe 1 peuvent être précisées dans les accords complémentaires visés à l'article XXVIII.

Article XXII

1. The Agency shall co-operate at all times with the competent authorities of Member States in order to facilitate the proper administration of justice, to ensure the observance of police regulations and regulations concerning the handling of explosives and inflammable material, public health, labour inspection or other similar national legislation, and to prevent any abuse of the privileges, immunities and facilities provided for in this Annex.

2. The procedure for the co-operation referred to in paragraph 1 may be laid down in the complementary agreements referred to in Article XXVIII.

Artikel XXIII

Jeder Mitgliedstaat behält das Recht, alle im Interesse seiner Sicherheit notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.

Article XXIII

Chaque État membre conserve le droit de prendre toutes les précautions utiles dans l'intérêt de sa sécurité.

Article XXIII

Each Member State shall retain the right to take all precautionary measures in the interests of its security.

Artikel XXIV

Ein Mitgliedstaat ist nicht verpflichtet, seinen eigenen Staatsangehörigen oder Personen, die im Zeitpunkt ihres Dienstantritts in diesem Mitgliedstaat ihren ständigen Aufenthalt haben, die Vorrechte und Immunitäten nach den Artikeln XIV und XV, Artikel XVI Buchstaben b, e und g und Artikel XVII Buchstabe c zu gewähren.

Article XXIV

Aucun État membre n'est tenu d'accorder les privilèges et immunités mentionnés aux articles XIV, XV, XVI (b), (e), (g) et XVII (c) à ses propres ressortissants ou aux personnes qui, au moment de prendre leurs fonctions dans cet État membre, y sont résidents permanents.

Article XXIV

No Member State shall be obliged to accord the privileges and immunities referred to in Articles XIV, XV, XVI (b), (e) and (g) and XVII (c) to its own nationals or persons who, at the moment of taking up their duties in that Member State, are permanent residents thereof.

Artikel XXV

(1) In allen schriftlichen Verträgen, die nicht gemäß der Personalordnung geschlossen werden, hat die Organisation ein Schiedsverfahren vorzusehen. Die Schiedsklausel oder die zu diesem Zweck geschlossene besondere Schiedsvereinbarung hat das anwendbare Recht und den Staat anzugeben, in dem die Schiedsrichter zusammentreten. Das Schiedsverfahren richtet sich nach dem in diesem Staat angewandten Verfahren.

(2) Die Vollstreckung des Schiedsspruchs richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dessen Hoheitsgebiet er vollstreckt wird.

Article XXV

1. Lors de la conclusion de tous contrats écrits, autres que ceux conclus conformément au statut du personnel, l'Agence est tenue de prévoir le recours à l'arbitrage. La clause d'arbitrage, ou l'accord particulier conclu à cet effet, spécifie la loi applicable et le pays dans lequel siègent les arbitres. La procédure de l'arbitrage est celle de ce pays.

2. L'exécution de la sentence arbitrale est régie par les règles en vigueur dans l'État sur le territoire duquel la sentence est exécutée.

Article XXV

1. When concluding written contracts, other than those concluded in accordance with the Staff Regulations, the Agency shall provide for arbitration. The arbitration clause or the special arbitration agreement concluded to this end shall specify the law applicable and the country where the arbitrators sit. The arbitration procedure shall be that of that country.

2. The enforcement of the arbitration award shall be governed by the rules in force in the State on whose territory the award is to be executed.

Artikel XXVI

Jeder Mitgliedstaat kann dem in Artikel XVII des Übereinkommens vorgesehenen internationalen Schiedsgericht jede Streitigkeit unterbreiten,

a) die einen durch die Organisation verursachten Schaden betrifft,
b) die sich aus einer anderen nichtvertraglichen Verpflichtung der Organisation ergibt,
c) an der der Generaldirektor, ein Mitglied des Personals oder ein Sachverständiger der Organisation beteiligt ist und für die der Betreffende nach Artikel XV, Artikel XVI Buchstabe a oder Artikel XVII Buchstabe a Anspruch auf Immunität von der Gerichtsbarkeit hat, sofern diese Immunität nicht nach Artikel XXI aufgehoben wird. In Streitigkeiten, in denen die Immunität von der Gerichtsbarkeit nach Artikel XVI Buchstabe a oder Artikel XVII Buchstabe a in Anspruch genommen wird, tritt für dieses Schiedsverfahren die Haftung der Organisation an die Stelle der Haftung der betreffenden Person.

Article XXVI

Tout État membre peut saisir le tribunal d'arbitrage international visé à l'article XVII de la Convention de tout différend:

(a) relatif à un dommage causé par l'Agence;
(b) impliquant toute autre responsabilité non contractuelle de l'Agence;
(c) mettant en cause le Directeur général, un membre du personnel ou un expert de l'Agence et pour lequel l'intéressé peut se réclamer de l'immunité de juridiction conformément aux articles XV, XVI (a) ou XVII (a), si cette immunité n'est pas levée conformément à l'article XXI. Dans les différends où l'immunité de juridiction est réclamée conformément aux articles XVI (a) ou XVII (a), la responsabilité de l'Agence est substituée, pour cet arbitrage, à celle des personnes visées auxdits articles.

Article XXVI

Any Member State may submit to the international Arbitration Tribunal referred to in Article XVII of the Convention any dispute

(a) arising out of damage caused by the Agency;
(b) involving any other non-contractual responsibility of the Agency;
(c) involving the Director General, a staff member or an expert of the Agency and in which the person concerned can claim immunity from jurisdiction under Articles XV, XVI (a) or XVII (a), if this immunity is not waived in accordance with Article XXI. In such disputes where the claim for immunity from jurisdiction arises under Articles XVI (a) or XVII (a), the responsibility of the Agency shall in such arbitration be substituted for that of the persons referred to in those Articles.

Artikel XXVII

Die Organisation trifft geeignete Vorsorge zur zufriedenstellenden Regelung von Streitigkeiten, die zwischen der Organisation und dem Generaldirektor, Mitgliedern des Personals oder Sachverständigen bezüglich ihrer Dienstbedingungen entstehen.

Article XXVII

L'Agence prend les dispositions appropriées en vue du règlement satisfaisant des différends s'élevant entre l'Agence et le Directeur général, les membres du personnel ou les experts au sujet de leurs conditions de service.

Article XXVII

The Agency shall make suitable provision for the satisfactory settlement of disputes arising between the Agency and the Director General, staff members or experts in respect of their conditions of service.

Artikel XXVIII

Die Organisation kann auf Beschluß des Rates mit einzelnen oder mehreren Mitgliedstaaten Ergänzungsabkommen zur Durchführung dieser Anlage in bezug auf diesen Staat oder diese Staaten sowie sonstige Vereinbarungen schließen, um eine wirksame Tätigkeit der Organisation und den Schutz ihrer Interessen zu gewährleisten.

Article XXVIII

L'Agence peut, sur décision du Conseil, conclure avec un ou plusieurs États membres des accords complémentaires en vue de l'exécution des dispositions de la présente annexe en ce qui concerne cet État ou ces États, ainsi que d'autres arrangements en vue d'assurer le bon fonctionnement de l'Agence et la sauvegarde de ses intérêts.

Article XXVIII

The Agency may, on a decision of the Council, conclude with one or more Member States complementary agreements to give effect to the provisions of this Annex as regards such State or States, and other arrangements to ensure the efficient functioning of the Agency and the safeguarding of its interests.

Anlage II

Finanzielle Bestimmungen

Annexe II

Dispositions financières

Annex II

Financial Provisions

Artikel I

(1) Das Rechnungsjahr der Organisation läuft vom 1. Januar bis zum 31. Dezember desselben Jahres.

(2) Der Generaldirektor sendet den Mitgliedstaaten bis zum 1. September jedes Jahres

a) den Entwurf eines Allgemeinen Haushaltsplans,

b) die Entwürfe von Programmhaushaltsplänen.

(3) Der Allgemeine Haushaltsplan umfaßt

a) einen Ausgabenteil, der die Ausgabenvoranschläge für die Tätigkeiten nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a Ziffern i, iii und iv des Übereinkommens einschließlich der fest zugeordneten gemeinsamen Kosten sowie für die nicht fest zugeordneten gemeinsamen Kosten und die Unterstützungskosten für die Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii und Buchstabe b des Übereinkommens ausweist; die fest zugeordneten und die nicht fest zugeordneten gemeinsamen Kosten und die Programmunterstützungskosten sind in der Finanzordnung definiert; die Ansätze werden nach Tätigkeitsarten und allgemeinen Titeln gegliedert;

b) einen Einnahmenteil, der ausweist:

i) die Beiträge aller Mitgliedstaaten zu den Ausgaben für die Tätigkeiten nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a Ziffern i, iii und iv des Übereinkommens einschließlich der fest zugeordneten gemeinsamen Kosten;

ii) die Beiträge der Teilnehmerstaaten zu den nach Maßgabe der Finanzordnung auf die Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii und Buchstabe b des Übereinkommens entfallenden nicht fest zugeordneten gemeinsamen Kosten und Unterstützungskosten;

iii) sonstige Einnahmen.

Article premier

1. L'exercice financier de l'Agence court du premier janvier jusqu'au trente et un décembre de la même année.

2. Le Directeur général envoie aux États membres, au plus tard le premier septembre de chaque année:

(a) un projet de budget général,

(b) des projets de budgets de programme.

3. Le budget général comprend:

(a) une partie «Dépenses» où sont inscrites les prévisions de dépenses afférentes aux activités visées à l'article V, 1 (a) (i), (iii) et (iv) de la Convention, frais communs fixes compris, ainsi qu'aux frais communs non fixes et aux frais de soutien concernant les programmes visés à l'article V, 1 (a) (ii) et V, 1 (b) de la Convention; les frais communs fixes et non fixes et les frais de soutien sont définis dans le règlement financier; les prévisions de dépenses sont réparties par types d'activité et par grands titres;

(b) une partie «Recettes» où sont inscrites:

(i) les contributions de tous les États membres aux dépenses afférentes aux activités visées à l'article V, 1 (a) (i), (iii) et (iv) de la Convention, frais communs fixes compris;

(ii) les contributions des États participants aux frais communs non fixes et aux frais de soutien affectés, conformément au règlement financier, aux programmes visés à l'article V, 1 (a) (ii) et V, 1 (b) de la Convention;

(iii) les recettes diverses.

Article I

1. The financial year of the Agency shall run from the first of January to the thirty-first of December following.

2. The Director General shall, not later than the first of September of each year, forward to the Member States

(a) a draft general budget,

(b) draft programme budgets.

3. The general budget shall comprise

(a) an expenditure part, showing the estimated expenditure relating to the activities referred to in Article V. 1 (a) (i), (iii) and (iv) of the Convention, including the fixed common costs, as well as to the non-fixed common costs and the support costs concerning the programmes referred to in Article V. 1 (a) (ii) and V. 1 (b) of the Convention; the fixed and non-fixed common costs and the support costs shall be defined in the Financial Regulations; the estimates shall be broken down by type of activity and by general heading;

(b) an income part, showing

(i) the contributions of all Member States towards the expenditure relating to the activities referred to in Article V. 1 (a) (i), (iii) and (iv) of the Convention, including the fixed common costs;

(ii) the contributions of participating States to the non-fixed common costs and support costs allocated, in accordance with the Financial Regulations, to the programmes referred to in Article V. 1 (a) (ii) and V. 1 (b) of the Convention;

(iii) other income.

(4) Jeder Programmhaushaltsplan umfaßt

a) einen Ausgabenteil, der ausweist:

i) die veranschlagten direkten Ausgaben für das betreffende Programm, gegliedert nach allgemeinen Titeln nach Maßgabe der Finanzordnung;

ii) die veranschlagten nicht fest zugeordneten gemeinsamen Kosten und Unterstützungskosten für das Programm;

b) einen Einnahmenteil, der ausweist:

i) die Beiträge der Teilnehmerstaaten zu den unter Buchstabe a Ziffer i bezeichneten direkten Ausgaben;

ii) sonstige Einnahmen;

iii) erinnerungshalber die Beiträge der Teilnehmerstaaten zu den unter Buchstabe a Ziffer ii bezeichneten nicht fest zugeordneten gemeinsamen Kosten und Unterstützungskosten nach Maßgabe des Allgemeinen Haushaltsplans.

(5) Die Genehmigung des Allgemeinen Haushaltsplans und der Programmhaushaltspläne durch den Rat erfolgt vor Beginn jedes Rechnungsjahres.

(6) Die Vorbereitung und Durchführung des Allgemeinen Haushaltsplans und der Programmhaushaltspläne erfolgt nach Maßgabe der Finanzordnung.

Artikel II

(1) Wenn die Umstände es erfordern, kann der Rat den Generaldirektor ersuchen, ihm einen geänderten Haushaltsplan vorzulegen.

(2) Eine Entscheidung, deren Durchführung zusätzliche Ausgaben erfordert, gilt erst dann als genehmigt, wenn der Rat einen vom Generaldirektor vorgelegten Voranschlag über die zusätzlichen Ausgaben genehmigt hat.

Artikel III

(1) Der Generaldirektor nimmt, wenn er vom Rat darum ersucht wird, in den Allgemeinen Haushaltsplan oder in den betreffenden Programmhaushaltsplan Ausgabenvoranschläge für die folgenden Jahre auf.

(2) Bei der Annahme der Jahreshaushaltspläne der Organisation prüft der Rat erneut die Höhe der Mittel und nimmt unter Berücksichtigung der Schwankungen des Preisniveaus und etwaiger unvorhergesehener Änderungen während der Durchführung der Programme die erforderlichen Anpassungen vor.

4. Chaque budget de programme comprend:

(a) une partie «Dépenses», où sont inscrites:

(i) les prévisions de dépenses directes afférentes au programme, réparties par grands titres tels qu'ils sont définis dans le règlement financier;

(ii) les prévisions de frais communs non fixes et de frais de soutien affectés au programme;

(b) une partie «Recettes», où sont inscrites:

(i) les contributions des États participants aux dépenses directes visées à l'alinéa (a) (i);

(ii) les recettes diverses;

(iii) pour mémoire, les contributions des États participants aux frais communs non fixes et aux frais de soutien visés à l'alinéa (a) (ii), telles qu'elles sont prévues au budget général.

5. L'approbation du budget général et de chaque budget de programme par le Conseil intervient avant le début de chaque exercice.

6. La préparation et l'exécution du budget général et des budgets de programme s'effectuent conformément au règlement financier.

Article II

1. Si les circonstances l'exigent, le Conseil peut demander au Directeur général de lui soumettre un budget révisé.

2. Aucune décision entraînant des dépenses supplémentaires n'est réputée approuvée tant que le Conseil n'a pas donné son accord aux prévisions de dépenses nouvelles présentées par le Directeur général.

Article III

1. Le Directeur général est tenu, si le Conseil le demande, de faire figurer au budget général ou au budget du programme considéré les prévisions de dépenses pour les exercices suivants.

2. Lors de l'adoption des budgets annuels de l'Agence, le Conseil réexamine le niveau des ressources et procède aux ajustements nécessaires, compte tenu des variations du niveau des prix et des changements imprévus survenant au cours de l'exécution des programmes.

4. Each programme budget shall comprise

(a) an expenditure part, showing

(i) the estimated direct expenditure relating to the programme and broken down by general heading as defined in the Financial Regulations;

(ii) the estimated non-fixed common costs and support costs allocated to the programme;

(b) an income part, showing

(i) the contributions of participating States to the direct expenditure referred to in sub-paragraph (a) (i);

(ii) other income;

(iii) for information, the contributions of participating States to the non-fixed common costs and the support costs referred to in sub-paragraph (a) (ii), as provided for in the general budget.

5. The approval of the general budget and of each programme budget by the Council shall take place before the beginning of each financial year.

6. The general budget and the programme budgets shall be prepared and executed in accordance with the Financial Regulations.

Article II

1. If circumstances so require, the Council may ask the Director General to present a revised budget to it.

2. No decision involving additional expenditure shall be deemed to have been approved until the Council has approved the Director General's estimate of the additional expenditure involved.

Article III

1. The Director General shall, if so requested by the Council, include in the general budget or in the programme budget concerned the estimates of expenditure for subsequent years.

2. In connection with the adoption of the annual budgets of the Agency the Council shall re-examine the level of resources and make the necessary adjustments in the light of price-level variations and any unforeseen changes during the execution of the programmes.

Artikel IV

(1) Die genehmigten Ausgaben für die Tätigkeiten nach Artikel V des Übereinkommens werden durch nach Artikel XIII des Übereinkommens festgesetzte Beiträge gedeckt.

(2) Tritt ein Staat dem Übereinkommen nach dessen Artikel XXII bei, so werden die Beiträge der anderen Mitgliedstaaten neu festgesetzt. Ein neuer Beitragsschlüssel, der an einem vom Rat zu beschließenden Tag in Kraft tritt, wird auf der Grundlage der Statistiken über das Volkseinkommen für die Jahre, die dem derzeitigen Beitragsschlüssel zugrunde liegen, festgelegt. Gegebenenfalls werden Rückzahlungen vorgenommen, damit die von allen Mitgliedstaaten für das laufende Jahr gezahlten Beiträge dem Beschluß des Rates entsprechen.

(3) a) Die Einzelheiten der Beitragsentrichtung zur Deckung des laufenden Finanzbedarfs der Organisation werden in der Finanzordnung festgelegt.

b) Der Generaldirektor teilt den Mitgliedstaaten die Höhe ihrer Beiträge und die Zahlungstermine mit.

Artikel V

(1) Die Haushaltspläne der Organisation werden in Rechnungseinheiten aufgestellt. Eine Rechnungseinheit entspricht 0,88867088 Gramm Feingold; der Rat kann durch einstimmigen Beschluß aller Mitgliedstaaten eine andere Definition der Rechnungseinheit festlegen.

(2) Jeder Mitgliedstaat zahlt seine Beiträge in seiner eigenen Währung.

Artikel VI

(1) Der Generaldirektor sorgt für eine ordnungsgemäße Buchführung über alle Einnahmen und Ausgaben. Am Ende jedes Rechnungsjahres stellt der Generaldirektor nach Maßgabe der Finanzordnung getrennte Jahresrechnungen für jedes Programm nach Artikel V des Übereinkommens auf.

(2) Die Haushaltsrechnung, der Haushalt und das Finanzgebaren sowie alle sonstigen Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen werden von einer Rechnungsprüfungskommission geprüft. Der Rat bestimmt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten diejenigen Mitgliedstaaten, die in angemessenem Wechsel aufzufordern sind, Rechnungsprüfer für diese Kommission zu benennen, und zwar vorzugsweise Beamte ihres höheren Dienstes; mit der gleichen Mehrheit

Article IV

1. Les dépenses autorisées au titre des activités visées à l'article V de la Convention sont couvertes par des contributions qui sont déterminées conformément à l'article XIII de la Convention.

2. Lorsqu'un État adhère à la Convention conformément à son article XXII, il est procédé à une nouvelle détermination des contributions des autres États membres. Un nouveau barème, qui prend effet à une date fixée par le Conseil, est établi sur la base des statistiques du revenu national relatives aux mêmes années de référence que pour le barème existant. Des remboursements sont effectués, le cas échéant, afin que les contributions versées par tous les États membres pour l'exercice en cours soient conformes à la décision du Conseil.

3. (a) Les modalités de versement des contributions propres à assurer la trésorerie de l'Agence sont déterminées par le règlement financier.

(b) Le Directeur général communique aux États membres le montant de leurs contributions et les dates auxquelles les versements doivent être effectués.

Article V

1. Les budgets de l'Agence sont exprimés en unités de compte. L'unité de compte est définie par un poids de 0,88867088 gramme d'or fin; le Conseil peut, par décision prise à l'unanimité de tous les États membres, adopter une autre définition de l'unité de compte.

2. Chaque État membre verse le montant de ses contributions dans sa propre monnaie.

Article VI

1. Le Directeur général tient un compte exact de toutes les recettes et dépenses. A la clôture de l'exercice, le Directeur général établit, conformément au règlement financier, des comptes annuels distincts pour chacun des programmes visés à l'article V de la Convention.

2. Les comptes budgétaires, le budget et la gestion financière, ainsi que tous autres actes ayant des incidences financières, sont examinés par une commission de vérification des comptes. Le Conseil désigne, à la majorité des deux tiers de tous les États membres, les États membres qui, par rotation sur une base équitable, sont invités à nommer, de préférence parmi leurs propres fonctionnaires de rang élevé, des commissaires aux comptes, et nomme, parmi ceux-ci, à la même

Article IV

1. The expenditure approved for activities covered by Article V of the Convention shall be met by contributions assessed in accordance with Article XIII of the Convention.

2. When a State accedes to the Convention in accordance with Article XXII thereof, the contributions of the other Member States shall be reassessed. A new scale, which shall take effect on a date to be decided by the Council, shall be established on the basis of the national income statistics for the years used in calculating the existing scale. Where appropriate, reimbursements shall be made to ensure that the contributions paid by all Member States for the current year are in accordance with the decision of the Council.

3. (a) The arrangements by which contributions are to be made, which shall ensure the proper financing of the Agency, shall be determined in the Financial Regulations.

(b) The Director General shall notify Member States of the amount of their contributions and of the dates on which payments shall be made.

Article V

1. The budgets of the Agency shall be expressed in accounting units. The accounting unit is defined by 0.88867088 gramme of fine gold; the Council may, by a unanimous decision of all Member States, adopt another definition of the accounting unit.

2. Each Member State shall pay its contributions in its own currency.

Article VI

1. The Director General shall keep an accurate account of all income and expenditure. At the end of each financial year the Director General shall, in accordance with the Financial Regulations, draw up separate annual accounts for each programme covered by Article V of the Convention.

2. Budgetary accounts, the budget and the financial management, as well as any other measure having financial implications, shall be examined by an Audit Commission. The Council shall designate, by a two-thirds majority of all Member States, the Member States which, in rotation on an equitable basis, shall be invited to nominate, preferably from among their own senior officials, auditors to serve on this Commission, and shall nominate by the same majority, from among

bestellt der Rat aus dem Kreis der Rechnungsprüfer einen Vorsitzenden der Kommission für die Dauer von höchstens drei Jahren.

(3) Der Zweck der Rechnungsprüfung, die an Hand von Belegen und nötigenfalls an Ort und Stelle erfolgt, besteht darin, festzustellen, daß die Ausgaben den Mittelansätzen der Haushaltspläne entsprechen und daß die Buchungen vorschriftsmäßig und richtig sind. Die Kommission berichtet ferner über die wirtschaftliche Verwaltung der Mittel der Organisation. Am Ende jedes Rechnungsjahres erstellt die Kommission einen Bericht, den sie mit der Mehrheit ihrer Mitglieder annimmt und dann dem Rat zuleitet.

(4) Die Rechnungsprüfungskommission nimmt alle sonstigen Aufgaben wahr, die in der Finanzordnung aufgeführt sind.

(5) Der Generaldirektor erteilt den Rechnungsprüfern alle Auskünfte und gewährt ihnen jede Hilfe, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen.

majorité et pour une période ne dépassant pas trois ans, le Président de la commission.

3. La vérification, qui a lieu sur pièces et au besoin sur place, a pour objet de s'assurer que les dépenses sont conformes aux prévisions budgétaires et de constater la légalité et la régularité des écritures. La commission fait également rapport sur la gestion économique des ressources financières de l'Agence. Après la clôture de chaque exercice, la commission établit un rapport qu'elle adopte à la majorité de ses membres et adresse ensuite au Conseil.

4. La commission de vérification des comptes accomplit toutes autres fonctions prescrites par le règlement financier.

5. Le Directeur général fournit aux commissaires aux comptes toute information et assistance dont ils peuvent avoir besoin pour s'acquitter de leur tâche.

the auditors, a Chairman of the Commission for a period not exceeding three years.

3. The purpose of the audit, which shall be based on records and, if necessary, done on the spot, shall be to verify that expenditure has conformed with the budget estimates and that the records are lawful and correct. The Commission shall also report on the economic management of the Agency's financial resources. At the end of each financial year, the Commission shall draw up a report, which shall be adopted by the majority of its members and thereupon transmitted to the Council.

4. The Audit Commission shall discharge such other functions as are set out in the Financial Regulations.

5. The Director General shall furnish the auditors with such information and help as they may require to carry out their duties.

Anlage III

Fakultative Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens

Annexe III

Programmes facultatifs couverts par l'article V, 1 (b) de la Convention

Annex III

Optional Programmes Covered by Article V.1 (b) of the Convention

Artikel I

(1) Wird ein Vorschlag für die Durchführung eines fakultativen Programms nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens vorgelegt, so übermittelt der Vorsitzende des Rates den Vorschlag allen Mitgliedstaaten zur Prüfung.

(2) Sobald der Rat nach Artikel XI Absatz 5 Buchstabe c Ziffer i des Übereinkommens die Durchführung eines fakultativen Programms im Rahmen der Organisation angenommen hat, hat jeder Mitgliedstaat, der nicht an dem Programm teilzunehmen beabsichtigt, innerhalb von drei Monaten förmlich zu erklären, daß er an einer Teilnahme nicht interessiert ist; die Teilnehmerstaaten arbeiten eine Erklärung aus, die vorbehaltlich des Artikels III Absatz 1 ihre Verpflichtungen in bezug auf folgendes festlegt:

a) die einzelnen Phasen des Programms;

b) die Bedingungen seiner Durchführung einschließlich des Zeitplans, des veranschlagten Finanzrahmens und der veranschlagten Finanzteilrahmen für die Phasen des Programms sowie alle sonstigen Bestimmungen über die Leitung und Durchführung des Programms;

c) den nach Artikel XIII Absatz 2 des Übereinkommens bestimmten Beitragsschlüssel;

d) die Geltungsdauer und Höhe der ersten festen finanziellen Verpflichtung.

(3) Die Erklärung wird dem Rat zur Kenntnisnahme zugeleitet; gleichzeitig wird ihm ein Entwurf von Durchführungsvorschriften zur Genehmigung vorgelegt.

(4) Kann ein Teilnehmerstaat die Bestimmungen der Erklärung und der Durchführungsvorschriften nicht innerhalb der in der Erklärung festgesetzten Frist annehmen, so verliert er seine Eigenschaft als Teilnehmerstaat. Andere Mitgliedstaaten können später Teilnehmerstaaten werden, indem sie diese Bestimmungen nach Maßgabe der mit den Teilnehmerstaaten festzulegenden Bedingungen annehmen.

Article premier

1. Lorsqu'une proposition tendant à la réalisation d'un programme facultatif couvert par l'article V, 1 (b) de la Convention est présentée, le Président du Conseil la communique à tous les États membres pour examen.

2. Lorsque le Conseil, conformément à l'Article XI, 5 (c) (i) de la Convention, a accepté la réalisation d'un programme facultatif dans le cadre de l'Agence, tout État membre qui n'a pas l'intention d'y participer doit, dans un délai de trois mois, se déclarer formellement non intéressé à y participer; les États participants établissent une déclaration qui, sous réserve de l'article III, 1, précise leurs engagements en ce qui concerne:

(a) les Phases du programme;

(b) les conditions de sa réalisation, notamment le calendrier, l'enveloppe financière indicative et les sous-enveloppes indicatives relatives aux phases du programme, ainsi que toute autre disposition concernant sa gestion et son exécution;

(c) le barème des contributions fixé conformément à l'article XIII, 2 de la Convention;

(d) la durée et le montant du premier engagement financier ferme.

3. La déclaration est transmise au Conseil pour information, en même temps qu'un projet de règlement d'exécution soumis à son approbation.

4. Si un État participant n'est pas en mesure de souscrire aux dispositions énoncées dans la déclaration et le règlement d'exécution dans le délai que fixe la déclaration, il cesse d'être État participant. Les autres États membres peuvent par la suite devenir États participants en souscrivant à ces dispositions dans des conditions à déterminer avec les États participants.

Article I

1. If a proposal for the carrying out of an optional programme covered by Article V. 1 (b) of the Convention is made, the Chairman of the Council shall communicate it to all Member States for examination.

2. Once the Council has, in accordance with Article XI. 5 (c) (i) of the Convention, accepted the carrying out of an optional programme within the framework of the Agency, any Member State that does not intend to take part in the programme shall, within three months, formally declare that it is not interested in participating therein; the participating States shall draw up a Declaration which, subject to Article III. 1, shall set out their undertaking in respect of

(a) the Phases of the programme;

(b) the conditions under which it is to be carried out, including the timing, the indicative financial envelope and sub-envelopes relating to Phases of the programme, and any other provisions for its management and execution;

(c) the scale of contributions determined in accordance with Article XIII. 2 of the Convention;

(d) the duration and amount of the first binding financial commitment.

3. The Declaration shall be transmitted to the Council for information, together with draft implementing rules submitted to it for approval.

4. If a participating State is unable to accept the provisions set out in the Declaration and implementing rules within the time limit laid down in the Declaration, it shall cease to be a participating State. Other Member States may subsequently become participating States by accepting these provisions in accordance with conditions to be determined with the participating States.

Artikel II

(1) Das Programm wird nach Maßgabe des Übereinkommens und, sofern nicht in dieser Anlage oder in den Durchführungsvorschriften etwas anderes bestimmt ist, nach den in der Organisation geltenden Vorschriften und Verfahren durchgeführt. Die Beschlüsse des Rates werden nach Maßgabe dieser Anlage und der Durchführungsvorschriften gefaßt. Sofern diese Anlage oder die Durchführungsvorschriften keine besonderen Bestimmungen enthalten, finden die im Übereinkommen oder in der Geschäftsordnung des Rates niedergelegten Abstimmungsvorschriften Anwendung.

(2) Beschlüsse über den Beginn einer neuen Phase werden mit Zweidrittelmehrheit aller Teilnehmerstaaten gefaßt, vorausgesetzt, daß diese Mehrheit mindestens zwei Dirttel der Beiträge zu dem Programm vertritt. Kann ein Beschluß über den Beginn einer neuen Phase nicht gefaßt werden, so konsultieren die Teilnehmerstaaten, die das Programm dennoch fortzusetzen wünschen, einander und treffen Vorkehrungen für die Fortsetzung. Sie berichten dem Rat darüber, der alle eventuell erforderlichen Maßnahmen trifft.

Artikel III

(1) Umfaßt das Programm eine Projektdefinitionsphase, so setzen die Teilnehmerstaaten nach Abschluß der Phase die Kosten des Programms neu fest. Zeigt diese Neufestsetzung, daß die Kosten den in Artikel I bezeichneten veranschlagten Finanzrahmen um mehr als 20 Prozent überschreiten, so kann jeder Teilnehmerstaat von dem Programm zurücktreten. Die Teilnehmerstaaten, die das Programm dennoch fortzusetzen wünschen, konsultieren einander und treffen Vorkehrungen für die Fortsetzung. Sie berichten dem Rat darüber, der alle eventuell erforderlichen Maßnahmen trifft.

(2) Während jeder in der Erklärung festgelegten Phase nimmt der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Teilnehmerstaaten Jahreshaushaltspläne innerhalb des entsprechenden Finanzrahmens oder der entsprechenden Finanzteilrahmen an.

(3) Der Rat legt ein Verfahren fest, nach dem der Finanzrahmen oder die Finanzteilrahmen im Fall von Schwankungen des Preisniveaus geändert werden können.

(4) Muß der Finanzrahmen oder ein Finanzteilrahmen aus anderen als den in den Absätzen 1 und 3 genannten Gründen geändert werden, so wenden die Teilnehmerstaaten folgendes Verfahren an:

Article II

1. Le programme est exécuté conformément aux dispositions de la Convention et, sauf stipulation contraire de la présente annexe ou du règlement d'exécution, aux règles et procédures en vigueur à l'Agence. Les décisions du Conseil sont prises conformément à la présente annexe et au règlement d'exécution. À défaut de dispositions expresses de la présente annexe ou du règlement d'exécution, les règles de vote fixées par la Convention ou le règlement intérieur du Conseil s'appliquent.

2. Les décisions relatives au démarrage d'une nouvelle Phase sont prises à la majorité des deux tiers de tous les États participants, à condition que cette majorité représente au moins les deux tiers des contributions au programme. Si la décision d'entreprendre une nouvelle Phase ne peut être prise, les États participants qui désirent néanmoins poursuivre l'exécution du programme se consultent et fixent les modalités de sa continuation. Ils en informent le Conseil qui prend, le cas échéant, toutes dispositions nécessaires.

Article III

1. Lorsque le programme comprend une phase de définition de projet, les États participants procèdent, au terme de celle-ci, à une nouvelle évaluation du coût du programme. Si cette nouvelle évaluation fait apparaître un dépassement de plus de 20 % de l'enveloppe financière indicative visée à l'article premier, tout État participant peut se retirer du programme. Les États participants qui désirent néanmoins en poursuivre l'exécution se consultent et fixent les modalités de sa continuation. Ils en informent le Conseil qui prend, le cas échéant, toutes dispositions nécessaires.

2. Au cours de chacune des Phases définies dans la déclaration, le Conseil, à la majorité des deux tiers de tous les États participants, adopte les budgets annuels à l'intérieur de l'enveloppe ou des sous-enveloppes financières considérées.

3. Le Conseil fixe une procédure permettant de réviser l'enveloppe ou les sous-enveloppes financières en cas de variation du niveau des prix.

4. Lorsque l'enveloppe ou une sous-enveloppe financière doit être révisée pour des motifs autres que ceux visés aux paragraphes 1 et 3, les États participants appliquent la procédure suivante:

Article II

1. The programme shall be executed in accordance with the provisions of the Convention and, unless otherwise stipulated in this Annex or in the implementing rules, with the rules and procedures in force in the Agency. Decisions of the Council shall be taken in accordance with this Annex and the implementing rules. Failing any specific provisions in this Annex or in the implementing rules, the voting rules laid down in the Convention or the rules of procedure of the Council shall apply.

2. Decisions on the start of a new Phase shall be taken by a two-thirds majority of all participating States, provided that this majority represents at least two-thirds of the contributions to the programme. If the decision to start a new Phase cannot be taken, the participating States that wish, nevertheless, to continue with the Programme shall consult among themselves and determine arrangements for such continuation. They shall report accordingly to the Council, which shall take any measures that may be required.

Article III

1. If the programme includes a project definition phase, the participating States shall, at the end of the phase, reassess the cost of the programme. If the reassessment shows that there is a cost overrun greater than 20 % of the indicative financial envelope referred to in Article I, any participating State may withdraw from the programme. The participating States that wish, nevertheless, to continue with the programme shall consult among themselves and determine the arrangements for such continuation. They shall report accordingly to the Council, which shall take any measures that may be required.

2. During each Phase, as defined in the Declaration, the Council shall, by a two-thirds majority of all participating States, adopt annual budgets within the relevant financial envelope or sub-envelopes.

3. The Council shall lay down a procedure enabling the financial envelope or sub-envelopes to be revised in the event of price-level variations.

4. When the financial envelope or a financial sub-envelope has to be revised for reasons other than those referred to in paragraphs 1 and 3, the participating States shall apply the following procedure:

a) Ein Teilnehmerstaat ist nicht berechtigt, von dem Programm zurückzutreten, sofern nicht die Kostenüberschreitung insgesamt um mehr als 20 Prozent über dem anfänglichen Finanzrahmen oder dem nach Absatz 1 geänderten Rahmen liegt.

b) Liegt die Kostenüberschreitung insgesamt um mehr als 20 Prozent über dem entsprechenden Finanzrahmen, so kann jeder Teilnehmerstaat von dem Programm zurücktreten. Diejenigen Staaten, die das Programm dennoch fortzusetzen wünschen, konsultieren einander, treffen Vorkehrungen für die Fortsetzung und berichten dem Rat darüber, der alle eventuell erforderlichen Maßnahmen trifft.

Artikel IV

Die Organisation, die für die Teilnehmerstaaten handelt, ist Eigentümerin der im Rahmen des Programms geschaffenen Satelliten, Weltraumsysteme und sonstigen Gegenstände sowie der zur Durchführung des Programms erworbenen Anlagen und Ausrüstungen. Über Eigentumsübertragungen entscheidet der Rat.

Artikel V

(1) Die Kündigung des Übereinkommens durch einen Mitgliedstaat gilt als Rücktritt dieses Mitgliedstaats von allen Programmen, an denen er teilnimmt. Artikel XXIV des Übereinkommens findet Anwendung auf die Rechte und Pflichten, die sich aus diesen Programmen ergeben.

(2) Der Beschluß nach Artikel II Absatz 2, ein Programm nicht fortzusetzen und der Rücktritt nach Artikel III Absatz 1 und Absatz 4 Buchstabe b werden an dem Tag wirksam, an dem der Rat die in den genannten Artikeln vorgesehenen Mitteilungen erhält.

(3) Ein Teilnehmerstaat, der nach Artikel II Absatz 2 beschließt, ein Programm nicht fortzusetzen oder nach Artikel III Absatz 1 und Absatz 4 Buchstabe b von einem Programm zurücktritt, behält die von den Teilnehmerstaaten bis zum Tag des Wirksamwerdens seines Rücktritts erworbenen Rechte. Nach diesem Zeitpunkt erwachsen ihm aus dem Teil des Programms, an dem er nicht mehr teilnimmt, keine weiteren Rechte oder Pflichten. Er bleibt verpflichtet, seinen Anteil an den Ausgabemitteln zu tragen, die den Verpflichtungsermächtigungen entsprechen, welche im Rahmen des Haushaltsplans des laufenden oder der vorhergegangenen Rechnungsjahre für die jeweils in der Durchführung befindliche Programmphase genehmigt worden waren. Die

(a) Nul État participant ne peut se retirer du programme s'il n'y a pas de dépassements cumulatifs de coût supérieurs à 20 % du montant de l'enveloppe financière initiale ou de la nouvelle enveloppe financière définie conformément à la procédure fixée au paragraphe 1.

(b) En cas de dépassements cumulatifs de coût supérieurs à 20 % du montant de l'enveloppe considérée, chaque État participant peut se retirer du programme. Les États qui désirent néanmoins en poursuivre l'exécution se consultent, fixent les modalités de sa continuation et informent le Conseil qui prend, le cas échéant, toutes dispositions nécessaires.

Article IV

L'Agence, agissant pour le compte des États participants, est propriétaire des satellites, systèmes spatiaux et autres biens produits dans le cadre du programme ainsi que des installations et équipements acquis pour son exécution. Toute cession de propriété est décidée par le Conseil.

Article V

1. La dénonciation de la Convention par un État membre entraîne le retrait de celui-ci de tous les programmes auxquels il participe. L'article XXIV de la Convention s'applique aux droits et obligations résultant de ces programmes.

2. La décision de ne pas continuer à participer à un programme en application de l'article II, 2 ou de s'en retirer en application de l'article III, 1 et III, 4 (b) prend effet à la date à laquelle le Conseil a reçu les informations visées dans lesdits articles.

3. L'État participant qui décide de ne pas continuer à participer à un programme en application de l'article II, 2 ou qui s'en retire en application de l'article III, 1 et III, 4 (b) conserve les droits acquis aux États participants au jour de la prise d'effet du retrait. A partir de cette date, aucun droit ou obligation le concernant ne peut naître de la partie du programme à laquelle il ne participe plus. Il reste tenu de financer sa quote-part des crédits de paiement correspondant aux crédits d'engagement votés au titre du budget de l'exercice en cours ou des exercices antérieurs et relatifs à la Phase du programme dont l'exécution est en cours. Toutefois, les États participants peuvent convenir à l'unanimité, dans la déclaration, qu'un État qui décide de ne pas con-

(a) No participating State shall be entitled to withdraw from the programme unless the cumulative cost overrun is greater than 20 % of the initial financial envelope, or of the revised envelope defined in accordance with the procedure laid down in paragraph 1.

(b) If the cumulative cost overrun is greater than 20 % of the relevant financial envelope, any participating State may withdraw from the programme. Those States that wish, nevertheless, to continue with the programme shall consult among themselves, determine the arrangements for such continuation and report accordingly to the Council, which shall take any measures that may be required.

Article IV

The Agency, acting on behalf of the participating States, shall be the owner of the satellites, space systems and other items produced under the programme as well as of the facilities and equipment acquired for its execution. Any transfer of ownership shall be decided on by the Council.

Article V

1. Denunciation of the Convention by a Member State shall entail the withdrawal of that Member State from all the programmes in which it participates. Article XXIV of the Convention shall apply to the rights and obligations arising out of these programmes.

2. Discontinuations under Article II.2 and withdrawals under Article III. 1 and III. 4 (b) shall take effect on the date on which the Council receives the information referred to in those Articles.

3. A participating State that decides not to continue with a programme under Article II. 2, or withdraws from a programme under Article III. 1 et III. 4 (b), shall retain the rights acquired by the participating States up to the effective date of its withdrawal. Thereafter, no further right or obligation shall arise from the remaining part of the programme in which it no longer participates. It shall remain bound to finance its share of the payment appropriations corresponding to contract authority approved under the budget for the current or previous financial years and relating to the programme Phase whose execution is in progress. However, the participating States may unanimously agree, in the Declaration, that a State which decides not to continue with, or with-

Teilnehmerstaaten können jedoch in der Erklärung einhellig übereinkommen, daß ein Staat, der beschließt, ein Programm nicht fortzusetzen oder davon zurücktritt, verpflichtet bleibt, seinen Gesamtanteil an dem anfänglichen Finanzrahmen oder an den Finanzteilrahmen des Programms zu tragen.

tinuer à participer à un programme ou qui s'en retire reste tenu de financer la totalité de sa quote-part de l'enveloppe initiale ou des sous-enveloppes du programme.

draws from, a programme shall be bound to finance its total share of the initial envelope or the sub-envelopes of the programme.

Artikel VI

(1) Die Teilnehmerstaaten können mit der Zweidrittelmehrheit aller Teilnehmerstaaten, die mindestens zwei Drittel der Beiträge zu dem Programm vertritt, die Einstellung eines Programms beschließen.

(2) Die Organisation notifiziert den Teilnehmerstaaten den Abschluß des Programms nach Maßgabe der Durchführungsvorschriften; mit dem Eingang dieser Notifikation treten die Durchführungsvorschriften außer Kraft.

Article VI

1. Les États participants peuvent décider d'arrêter l'exécution d'un programme à la majorité des deux tiers de tous les États participants représentant au moins les deux tiers des contributions au programme.

2. L'Agence notifie aux États participants l'achèvement du programme conformément au règlement d'exécution; celui-ci cesse d'être en vigueur dès réception de cette notification.

Article VI

1. The participating States may decide to discontinue a programme by a two-thirds majority of all participating States representing at least two-thirds of the contributions to the programme.

2. The Agency shall notify the participating States of the completion of the programme in accordance with the implementing rules; these implementing rules shall cease to be in force upon receipt of such notification.

Anlage IV

Internationalisierung nationaler Programme

Annexe IV

Internationalisation des programmes nationaux

Annex IV

Internationalisation of National Programmes

Artikel I

Wichtigstes Ziel der Internationalisierung nationaler Programme ist es, daß jeder Mitgliedstaat den anderen Mitgliedstaaten die Möglichkeit bietet, im Rahmen der Organisation an jedem neuen zivilen Weltraumvorhaben teilzunehmen, das er entweder allein oder in Zusammenarbeit mit einem anderen Mitgliedstaat durchzuführen beabsichtigt.

Dazu

a) notifiziert jeder Mitgliedstaat dem Generaldirektor der Organisation jedes derartige Vorhaben vor Beginn der Phase B (Projektdefinitionsphase);

b) sollen Zeitplan und Inhalt der Vorschläge für die Teilnahme an einem Vorhaben so gestaltet werden, daß die anderen Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, einen wesentlichen Teil der damit verbundenen Arbeit zu übernehmen; etwaige Gründe, die dem entgegenstehen, und etwaige Bedingungen, welche der Mitgliedstaat, der das Vorhaben in die Wege leitet, an die Zuteilung von Arbeiten an andere Mitgliedstaaten zu knüpfen wünscht, sind der Organisation frühzeitig mitzuteilen;

c) erläutert der Mitgliedstaat, der das Vorhaben in die Wege leitet, die für die technische Durchführung geplante Verfahrensweise sowie die dafür maßgebenden Gründe;

d) bemüht sich der Mitgliedstaat, der das Vorhaben in die Wege leitet, nach besten Kräften, alle vernünftigen Antworten unter dem Vorbehalt bei dem Vorhaben zu berücksichtigen, daß im Rahmen des durch die Beschlüsse über das Vorhaben bedingten Zeitplans Einvernehmen über die Höhe der Kosten und die Art der Kosten- und Arbeitsteilung erzielt wird; der Mitgliedstaat unterbreitet danach einen förmlichen Vorschlag nach Anlage III des Übereinkommens, sofern das Vorhaben nach Maßgabe jener Anlage durchgeführt werden soll;

e) die Durchführung eines Vorhabens im Rahmen der Organisation wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß andere Mitgliedstaaten nicht in

Article premier

L'objectif principal de l'internationalisation des programmes nationaux est que chaque État membre offre aux autres États membres la possibilité de participer, au sein de l'Agence, à tout nouveau projet spatial civil qu'il se propose d'entreprendre, soit seul, soit en collaboration avec un autre État membre. A cette fin:

(a) chaque État membre notifie au Directeur général de l'Agence tout projet de ce genre avant le début de sa phase B (phase de définition détaillée);

(b) le calendrier et la teneur de la proposition de participation doivent permettre aux autres États membres d'entreprendre une part appréciable des travaux relatifs au projet; l'Agence doit être promptement informée des raisons qui peuvent s'y opposer et des conditions éventuelles dont l'État membre qui prend l'initiative du projet peut souhaiter assortir l'attribution de travaux à d'autres États membres;

(c) l'État membre qui prend l'initiative du projet précise les modalités qu'il propose pour sa gestion technique et indique en même temps les motifs sur lesquels il se fonde;

(d) l'État membre qui prend l'initiative du projet fait ce qui est en son pouvoir pour intégrer dans le cadre dudit projet toutes les réponses raisonnables, sous réserve qu'un accord sur le niveau des dépenses et le mode de répartition de ces dépenses et des travaux intervienne dans les limites du calendrier imposé par les décisions relatives au projet; il présente ensuite une proposition formelle au titre de l'annexe III, lorsque le projet doit être exécuté conformément à ladite annexe;

(e) l'exécution d'un projet dans le cadre de l'Agence n'est pas exclue du seul fait que ce projet ne suscite pas la participation d'autres

Article I

The principal objective of the internationalisation of national programmes shall be that each Member State shall make available for participation by other Member States, within the framework of the Agency, any new civil space project which it intends to undertake, either alone or in collaboration with another Member State. With this end in view:

(a) each Member State shall notify to the Director General of the Agency any such project before the beginning of its phase B (project definition phase);

(b) the timing and content of proposals for participation in a project should make it possible for other Member States to undertake a significant share of the work involved; an early indication shall be given to the Agency of any reasons which make this impracticable and of any conditions which the initiating Member State may wish to place on the allocation of work to other Member States;

(c) the initiating Member State shall explain the arrangements it proposes for the technical management of the project and indicate the reasons for them;

(d) the initiating Member State shall use its best endeavours to accommodate all reasonable responses, subject to agreement being reached, within the timescale demanded by project decisions, on the level of the cost and the way in which the cost and work are shared; it shall subsequently submit a formal proposal under Annex III where the project is to be executed in accordance with the terms of that Annex;

(e) the execution of a project within the framework of the Agency shall not be excluded merely because that project has failed to

dem von dem Mitgliedstaat, der das Vorhaben in die Wege leitet, ursprünglich vorgeschlagenen Umfang daran teilnehmen.

Artikel II

Die Mitgliedstaaten werden nach besten Kräften dafür Sorge tragen, daß die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen oder industriellen Ziele der Organisation nicht durch zweiseitige oder mehrseitige Weltraumvorhaben, die sie in Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten unternehmen, beeinträchtigt werden. Insbesondere

a) unterrichten sie die Organisation über derartige Vorhaben, soweit sie nicht der Ansicht sind, daß die Vorhaben dadurch beeinträchtigt würden;

b) erörtern sie die der Organisation mitgeteilten Vorhaben mit den anderen Mitgliedstaaten, um den Rahmen für eine weitergehende Teilnahme festzulegen. Erweist sich eine weitergehende Teilnahme als möglich, so finden die in Artikel I Buchstaben b bis e vorgesehenen Verfahren Anwendung.

États membres dans la mesure proposée à l'origine par l'État membre qui prend l'initiative du projet.

Article II

Les États membres font ce qui est en leur pouvoir afin que les projets spatiaux bilatéraux ou multilatéraux qu'ils entreprennent en coopération avec des États non membres ne portent pas préjudice aux objectifs scientifiques, économiques ou industriels de l'Agence. En particulier:

(a) ils en informent l'Agence dans la mesure où ils estiment que cette communication ne porte pas préjudice auxdits projets;

(b) ils discutent les projets ainsi communiqués avec les autres États membres en vue d'établir le cadre d'une participation plus étendue. Si une participation plus étendue s'avère possible, les procédures prévues à l'article I (b) à (e) s'appliquent.

attract the participation of other Member States to the extent originally proposed by the initiating Member State.

Article II

Member States shall use their best endeavours to ensure that the bilateral and multilateral space projects which they undertake with non-member States do not prejudice the scientific, economic or industrial objectives of the Agency. In particular, they shall

(a) inform the Agency of such projects, in so far as they judge that this would not prejudice the projects;

(b) discuss with the other Member States projects so communicated, with the object of establishing the scope for wider participation. If wider participation proves possible, the procedures laid down in Article I (b) to (e) shall apply.

Anlage V

Industriepolitik

Annexe V

Politique industrielle

Annex V

Industrial Policy

Artikel I

(1) Bei der Durchführung der Industriepolitik nach Artikel VII des Übereinkommens handelt der Generaldirektor in Übereinstimmung mit dieser Anlage und den Richtlinien des Rates.

(2) Der Rat beobachtet die Entwicklung des Industriepotentials und der Industriestruktur in bezug auf die Tätigkeit der Organisation, insbesondere

a) die allgemeine Struktur und Gruppierung der Industrie;

b) das wünschenswerte Maß an Spezialisierung innerhalb der Industrie und die Methoden zu deren Erzielung;

c) die Koordinierung der einschlägigen Industriepolitik der einzelnen Staaten;

d) die Wechselbeziehung zu der einschlägigen Industriepolitik anderer internationaler Gremien;

e) das Verhältnis zwischen industrieller Produktionskapazität und potentiellen Märkten;

f) die Gestaltung der Kontakte zur Industrie,

um die Industriepolitik der Organisation verfolgen und gegebenenfalls anpassen zu können.

Artikel II

(1) Bei der Vergabe aller Aufträge wird die Organisation die Industrie und die Organisationen der Mitgliedstaaten bevorzugen. Jedoch sind innerhalb jedes fakultativen Programms nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens die Industrie und die Organisationen der Teilnehmerstaaten in erster Linie zu bevorzugen.

(2) Der Rat entscheidet, ob und inwieweit die Organisation von der vorstehenden Vorzugsklausel abweichen kann.

(3) Die Frage, ob ein Unternehmen als einem der Mitgliedstaaten angehörend anzusehen ist, wird nach folgenden Kriterien entschieden: geographische Lage des Sitzes des Unternehmens, seiner Entscheidungszentren und Forschungszentren; Hoheitsgebiet, in dem die Arbeit ausgeführt werden soll. In Zweifelsfällen entscheidet der

Article premier

1. Pour l'application de la politique industrielle visée à l'article VII de la Convention, le Directeur général agit en se conformant aux dispositions de la présente annexe et aux directives du Conseil.

2. Le Conseil examine le potentiel et la structure de l'industrie en fonction des activités de l'Agence, et notamment:

(a) la structure générale de l'industrie et les groupements industriels,

(b) le degré de spécialisation souhaitable dans l'industrie et les moyens de l'atteindre,

(c) la coordination des politiques industrielles nationales pertinentes,

(d) l'interaction avec les politiques industrielles pertinentes d'autres organismes internationaux,

(e) les relations entre la capacité de production industrielle et les possibilités de débouchés,

(f) l'organisation du dialogue avec les industriels,

afin d'être en mesure de suivre et, le cas échéant, d'adapter la politique industrielle de l'Agence.

Article II

1. Dans la passation de tous les contrats, l'Agence donne la préférence à l'industrie et aux organisations des États membres. Cependant, à l'intérieur de chaque programme facultatif couvert par l'article V, 1 (b) de la Convention, une préférence particulière est donnée à l'industrie et aux organisations des États participants.

2. Le Conseil détermine si et dans quelle mesure l'Agence peut déroger à la clause de préférence ci-dessus.

3. L'appartenance d'une entreprise à l'un des États membres est jugée à la lumière des critères suivants: localisation de son siège social, de ses centres de décision et de ses centres de recherche, et territoire sur lequel les travaux doivent être exécutés. Dans les cas douteux, le Conseil décide si une entreprise doit être consi-

Article I

1. In implementing the industrial policy referred to in Article VII of the Convention, the Director General shall act in conformity with the provisions of this Annex and with the directives of the Council.

2. The Council shall keep under review the industrial potential and industrial structure in relation to the Agency's activities, and in particular

(a) the general structure of industry, and industrial groupings,

(b) the degree of specialisation desirable in industry and methods of achieving it,

(c) the co-ordination of relevant national industrial policies,

(d) interaction with any relevant industrial policies of other international bodies,

(e) the relationship between industrial production capacity and potential markets,

(f) the organisation of contacts with industry,

in order to be able to monitor and, where appropriate, adapt the Agency's industrial policy.

Article II

1. In the placing of all contracts, the Agency shall give preference to industry and organisations of the Member States. However, within each optional programme covered by Article V. 1 (b) of the Convention, particular preference shall be given to industry and organisations in the participating States.

2. The Council shall determine whether and to what extent the Agency may derogate from the above preference clause.

3. The question whether an enterprise should be considered to belong to one of the Member States shall be settled in the light of the following criteria: location of the enterprise's registered office, decision-making centres and research centres, and territory on which the work is to be carried out. In doubtful cases the

Rat, ob ein Unternehmen als einem der Mitgliedstaaten angehörend anzusehen ist oder nicht.

Artikel III

(1) Der Generaldirektor legt dem Rat in einem frühen Stadium der Auftragsvergabe, bevor die Ausschreibungen versandt werden, seine Vorschläge für das anzuwendende Beschaffungsverfahren für jeden Auftrag zur Genehmigung vor,

a) der entweder einen Schätzwert hat, der oberhalb der in den Vorschriften über die Industriepolitik festzulegenden und von der Art der Arbeiten abhängigen Grenzen liegt, oder

b) der nach Auffassung des Generaldirektors von den Vorschriften über die Industriepolitik oder von den durch den Rat festgelegten zusätzlichen Richtlinien nicht genügend erfaßt ist oder der zu einem Konflikt mit diesen Vorschriften oder Richtlinien führen könnte.

(2) Die in Absatz 1 Buchstabe b bezeichneten zusätzlichen Richtlinien werden von Zeit zu Zeit vom Rat aufgestellt, wenn er sie zur Bestimmung der Bereiche, in denen eine vorherige Vorlage an den Rat nach Absatz 1 erforderlich ist, für zweckmäßig hält.

(3) Die Aufträge der Organisation werden vom Generaldirektor ohne weitere Einschaltung des Rates unmittelbar vergeben, außer in folgenden Fällen:

a) Wenn sich aus der Bewertung der eingegangenen Angebote ergibt, daß ein Auftragnehmer empfohlen werden sollte, dessen Wahl entweder den vom Rat nach Absatz 1 erteilten vorherigen Weisungen oder einer auf Grund der Untersuchungen des Rates nach Artikel I Absatz 2 beschlossenen allgemeinen Richtlinie über Industriepolitik widersprechen würde; in diesem Fall legt der Generaldirektor dem Rat die Angelegenheit zur Entscheidung vor, erläutert, warum er eine Abweichung für erforderlich hält, und gibt zu erkennen, ob eine andere Entscheidung des Rates technisch, betriebsmäßig oder auf andere Weise eine empfehlenswerte Alternative darstellen würde;

b) wenn der Rat aus besonderen Gründen beschlossen hat, vor Vergabe eines Auftrags eine Überprüfung vorzunehmen.

(4) Der Generaldirektor berichtet dem Rat in noch festzulegenden regelmäßigen Abständen über die während des vorangegangenen Zeitabschnitts vergebenen Aufträge und über die für den folgenden Zeitabschnitt geplanten Auftragsvergaben, um dem Rat die

dérée comme relevant ou non de l'un des États membres.

Article III

1. Le Directeur général doit, pendant le stade initial de l'action conduisant à l'attribution du contrat et avant l'envoi des appels d'offres, soumettre à l'approbation du Conseil la politique d'approvisionnement qu'il se propose de suivre pour tout contrat:

(a) dont le montant estimatif est supérieur à certaines limites qui sont fixées par les règlements relatifs à la politique industrielle et qui dépendent de la nature des travaux;

(b) ou qui, de l'avis du Directeur général, n'est pas suffisamment couvert par les règlements relatifs à la politique industrielle ou par les directives supplémentaires établies par le Conseil ou qui pourrait donner lieu à conflit avec ces règlements ou directives.

2. Les directives supplémentaires mentionnées au paragraphe 1 (b) sont établies périodiquement par le Conseil s'il les juge utiles afin de préciser les domaines pour lesquels il y a lieu de lui en référer préalablement ainsi qu'il est prévu au paragraphe 1.

3. Le Directeur général attribue directement les contrats de l'Agence sans autre recours au Conseil, sauf dans les cas suivants:

(a) lorsqu'il ressort de l'évaluation des soumissions qu'il y a lieu de recommander un contractant dont le choix va à l'encontre soit des instructions préalables données par le Conseil en application du paragraphe 1, soit des directives générales sur la politique industrielle adoptées à la suite des études du Conseil visées à l'article I, 2; le Directeur général soumet alors le cas au Conseil pour décision en exposant les raisons pour lesquelles il estime qu'une dérogation est nécessaire et en indiquant également si une autre décision du Conseil constituerait, sur le plan technique, opérationnel ou autre, une alternative recommandable;

(b) lorsque, pour des raisons spécifiques. le Conseil a décidé de procéder à un nouvel examen avant l'attribution d'un contrat.

4. Le Directeur général fait rapport au Conseil, à intervalles réguliers à définir, sur les contrats attribués au cours de la période écoulée ainsi que sur les actions conduisant à l'attribution de contrats qui sont prévues pour la période suivante, afin de permettre

Council shall decide whether an enterprise shall be considered to belong to one of the Member States, or not.

Article III

1. The Director General shall, at an early stage in the contract action and before invitations to tender are sent out, submit for the approval of the Council his proposal on the procurement policy to be followed, for any contract which either

(a) has an estimated value above limits which shall be defined in the rules concerning industrial policy and which will depend on the nature of the work; or

(b) is, in the opinion of the Director General, not adequately covered by the rules concerning industrial policy or by additional guidelines established by the Council, or might give rise to a conflict with those rules or guidelines.

2. The additional guidelines referred to in paragraph 1 (b) shall be established from time to time by the Council if it considers them helpful for the purpose of distinguishing those areas where prior submission under paragraph 1 is necessary.

3. The Agency's contracts shall be awarded directly by the Director General without further reference to the Council except in the following cases:

(a) when the evaluation of the offers received suggests a recommendation for the choice of a contractor which would be contrary either to the prior instructions issued by the Council under the terms of paragraph 1, or to any general guidelines on industrial policy adopted as a result of the Council's studies under Article I. 2; the Director General shall then submit the case to the Council for decision, explaining why he considers a deviation to be necessary and indicating also whether another decision by the Council would constitute, technically, operationally or otherwise, an advisable alternative;

(b) where the Council has decided for specific reasons to undertake a review before a contract is awarded.

4. The Director General shall report to the Council, at regular intervals to be specified, on the contracts awarded during the previous period, and on the contract actions planned for the subsequent period, in order that the Council may monitor the implementa-

Möglichkeit zu geben, die Durchführung der Industriepolitik der Organisation zu verfolgen.

Artikel IV

Die geographische Verteilung der gesamten Aufträge der Organisation bestimmt sich nach den folgenden allgemeinen Vorschriften:

(1) Der Gesamtrückflußkoeffizient eines Mitgliedstaates ist das Verhältnis zwischen seinem prozentualen Anteil am Gesamtwert aller an die Mitgliedstaaten vergebenen Aufträge und seinem Gesamtbeitragsanteil. Bei der Berechnung des Gesamtrückflußkoeffizienten bleiben jedoch Aufträge, die in den Mitgliedstaaten im Rahmen eines Programms vergeben und Beiträge, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen eines Programms geleistet werden, unberücksichtigt, wenn das Programm

a) nach Artikel VIII des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumforschungs-Organisation durchgeführt wird, sofern die betreffende Vereinbarung diesbezügliche Bestimmungen enthält oder alle Teilnehmerstaaten dies durch einstimmigen Beschluß vereinbaren;

b) nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens durchgeführt wird, sofern alle ursprünglichen Teilnehmerstaaten dies durch einstimmigen Beschluß vereinbaren.

(2) Zur Berechnung des Rückflußkoeffizienten wird der Wert jedes Auftrags nach seiner technologischen Bedeutung beurteilt. Die Bewertungsfaktoren werden vom Rat festgelegt. Bei einem einzelnen Auftrag von erheblichem Wert kann mehr als ein Bewertungsfaktor angewendet wreden.

(3) Im Idealfall soll die Verteilung der durch die Organisation vergebenen Aufträge dazu führen, daß alle Staaten einen Gesamtrückflußkoeffizienten von 1 haben.

(4) Die Rückflußkoeffizienten werden vierteljährlich berechnet und für die in Absatz 5 vorgesehenen förmlichen Überprüfungen kumulativ ausgewiesen.

(5) Alle drei Jahre finden förmliche Überprüfungen des Standes der geographischen Verteilung der Aufträge statt.

(6) Zwischen den förmlichen Überprüfungen sollten die Aufträge so verteilt werden, daß bei jeder förmlichen Überprüfung der kumulative Gesamtrückflußkoeffizient jedes Mitgliedstaates nicht wesentlich vom Idealwert abweicht. Für den ersten Dreijahresabschnitt wird die Unter-

au Conseil de suivre la mise en œuvre de la politique industrielle de l'Agence.

Article IV

La répartition géographique de l'ensemble des contrats de l'Agence est régie par les règles générales suivantes:

1. Le coefficient de retour global d'un État membre est défini comme le rapport entre le pourcentage des contrats qu'il a reçus, calculé par rapport au montant total des contrats passés dans l'ensemble des États membres, et son pourcentage total de contribution. Toutefois, dans le calcul de ce coefficient de retour global, il n'est pas tenu compte des contrats passés ni des contributions versées par les États membres dans le cadre d'un programme entrepris:

(a) au titre de l'article VIII de la Convention portant création d'une Organisation européenne de recherches spatiales, sous réserve que l'arrangement pertinent contienne des dispositions à cet effet ou que tous les États participants donnent ultérieurement leur accord à l'unanimité;

(b) au titre de l'article V, 1 (b) de la présente Convention, sous réserve que tous les États participants initiaux donnent leur accord à l'unanimité.

2. Pour le calcul des coefficients de retour, le montant de chaque contrat est pondéré en fonction de son intérêt technologique. Les facteurs de pondération sont définis par le Conseil. Plusieurs facteurs de pondération peuvent être appliqués pour un même contrat lorsque son montant est important.

3. La répartition des contrats passés par l'Agence doit tendre vers une situation idéale dans laquelle tous les coefficients de retour global sont égaux à 1.

4. Les coefficients de retour sont calculés trimestriellement et cumulés en vue des examens formels prévus au paragraphe 5.

5. Des examens formels de la situation de la répartition géographique des contrats ont lieu tous les trois ans.

6. Pour chaque État membre, la répartition des contrats entre deux examens formels de la situation doit être telle que, lors de chaque examen formel, le coefficient de retour global cumulé ne s'écarte pas sensiblement de la valeur idéale. Pour les trois premières années, la limite inférieure du

tion of the Agency's industrial policy.

Article IV

The geographical distribution of all the Agency's contracts shall be governed by the following general rules:

1. A Member State's overall return coefficient shall be the ratio between its percentage share of the total value of all contracts awarded among all Member States and its total percentage contributions. However, in the calculation of this overall return coefficient, no account shall be taken of contracts placed in, or contributions made by, Member States in a programme undertaken

(a) under Article VIII of the Convention for the establishment of a European Space Research Organisation, provided that the relevant Arrangement contains provisions to this effect or that all participating States subsequently unanimously so agree;

(b) under Article V. 1 (b) of the present Convention provided that all original participating States unanimously so agree.

2. For the purpose of calculating return coefficients, weighting factors shall be applied to the value of contracts on the basis of their technological interest. These weighting factors shall be defined by the Council. Within a single contract having a significant value, more than one weighting factor may be applied.

3. Ideally the distribution of contracts placed by the Agency should result in all countries having an overall return coefficient of 1.

4. The return coefficients shall be computed quarterly and shown cumulatively for the purpose of the formal reviews referred to in paragraph 5.

5. Formal reviews of the situation of geographical distribution of contracts shall take place every three years.

6. The distribution of contracts between formal reviews of the situation should be such that, at the time of each formal review, the cumulative overall return coefficient of each Member State does not substantially deviate from the ideal value. For the first three-year period, the lower limit

grenze des kumulativen Rückflußkoeffizienten auf 0,8 festgesetzt. Bei jeder förmlichen Überprüfung kann der Rat die Untergrenze für den folgenden Dreijahresabschnitt neu festsetzen, sie darf jedoch nie unter 0,8 liegen.

(7) Für verschiedene vom Rat festzulegende Auftragskategorien, insbesondere Aufträge für fortgeschrittene Forschung und Entwicklung sowie Aufträge für projektbezogene Technologie, werden gesonderte Bewertungen des Rückflußkoeffizienten durchgeführt und dem Rat mitgeteilt. Der Generaldirektor erörtert diese Bewertungen mit dem Rat in noch festzulegenden regelmäßigen Abständen, um die zur Behebung etwaiger Unausgeglichenheiten erforderlichen Maßnahmen zu bestimmen.

Artikel V

(1) Ergibt sich bei einer der am Ende jedes Dreijahresabschnitts durchzuführenden förmlichen Überprüfungen, daß der Gesamtrückflußkoeffizient eines Mitgliedstaates unter der in Artikel IV Absatz 6 vorgesehenen Untergrenze liegt, so macht der Generaldirektor dem Rat Vorschläge für einen Ausgleich innerhalb eines Jahres. Diese Vorschläge haben sich im Rahmen der Regeln der Organisation für die Auftragsvergabe zu halten.

(2) Ist nach Ablauf dieser Jahresfrist ein Ausgleich nicht erfolgt, so legt der Generaldirektor dem Rat Vorschläge vor, in denen der Notwendigkeit des Ausgleichs Vorrang vor den Regeln der Organisation für die Auftragsvergabe gegeben wird.

Artikel VI

Alle aus industriepolitischen Gründen gefaßten Beschlüsse, durch die bestimmte Unternehmen oder Organisationen eines Mitgliedstaates vom Wettbewerb um Aufträge der Organisation auf einem bestimmten Gebiet ausgeschlossen werden, bedürfen der Zustimmung dieses Mitgliedstaates.

coefficient de retour cumulé est fixée à 0,8. Lors de chaque examen formel, le Conseil peut réviser la valeur de cette limite inférieure pour la période triennale suivante, étant entendu qu'elle ne doit jamais descendre au-dessous de 0,8.

7. Des évaluations distinctes des coefficients de retour sont faites et communiquées au Conseil pour des catégories de contrats à définir par celui-ci, en particulier les contrats de recherche et de développement de pointe et les contrats portant sur les technologies liées aux projets. Le Directeur général discute ces évaluations avec le Conseil, à intervalles réguliers à définir, en vue de déterminer les mesures nécessaires pour corriger les déséquilibres éventuels.

Article V

1. Si, à l'occasion de l'un des examens formels prévus pour la fin de chaque période triennale, le coefficient de retour global d'un État membre se situe au-dessous de la limite inférieure définie à l'article IV, 6, le Directeur général soumet au Conseil des propositions visant à redresser la situation dans un délai d'un an. Ces propositions s'inscrivent dans le cadre des règles de l'Agence régissant la passation des contrats.

2. Si, après ce délai d'un an, le déséquilibre persiste, le Directeur général soumet au Conseil des propositions dans lesquelles la nécessité de redresser la situation l'emporte sur les règles de l'Agence régissant la passation des contrats.

Article VI

Toute décision prise pour des raisons de politique industrielle et ayant pour effet d'exclure une entreprise donnée ou une organisation d'un État membre des soumissions en vue de l'attribution des contrats de l'Agence dans un domaine donné requiert l'accord de cet État membre.

for the cumulative return coefficient is fixed at 0.8. At the time of each formal review, the Council may revise the value of this lower limit for the subsequent three-year period, provided that it shall never be lower than 0.8.

7. Separate assessments shall be made, and reported to the Council, of the return coefficients for various categories of contract to be defined by it, in particular advanced research and development contracts and contracts for project-related technology. The Director General shall discuss these assessments with the Council, at regular intervals to be specified, with the aim of identifying the action needed to redress any imbalances.

Article V

1. If, at one of the formal reviews to be held at the end of each three-year period, the overall return coefficient of any Member State is found to be below the lower limit defined in Article IV. 6, the Director General shall submit to the Council proposals designed to redress the situation within one year. These proposals shall keep within the Agency's rules governing the placing of contracts.

2. If, after this period of one year, the imbalance still persists, the Director General shall submit to the Council proposals in which the need to remedy the situation takes precedence over the Agency's rules governing the placing of contracts.

Article VI

Any decision taken on industrial policy grounds which has the effect of excluding a particular firm or organisation of a Member State from competing for the Agency's contracts in a particular field shall require the agreement of that Member State.

Denkschrift zum Übereinkommen

A. Allgemeiner Teil

Mit der Gründung der EWO (engl. Abkürzung: ESA = European Space Agency) als der einheitlichen europäischen Weltraumorganisation wird der Beschluß der Europäischen Weltraumkonferenz vom 20. Dezember 1972 erfüllt. Nach langen und schwierigen Verhandlungen konnte das Übereinkommen am 30. Mai 1975 in Paris unterzeichnet werden. Unterzeichnerstaaten sind alle bisherigen ELDO- und ESRO-Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweden, Schweiz und Spanien. Die Republik Irland hat das Übereinkommen am 31. Dezember 1975 unterzeichnet. Sie wird damit zum elften Mitgliedstaat der EWO.

Die EWO tritt an die Stelle der bisherigen europäischen Weltraumorganisationen ELDO und ESRO, deren Gründungsübereinkommen im Zeitpunkt des Inkrafttretens des EWO-Übereinkommens außer Kraft treten. Das geschieht in dem Augenblick, in dem alle Unterzeichnerstaaten ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben. De facto besteht die EWO jedoch schon jetzt: Auf Grund von Beschlüssen der EWO-Gründungskonferenz sowie des ELDO- und des ESRO-Rates besitzen beide Organisationen seit Juni 1975 eine einheitliche Organisationsstruktur, der ein gemeinsamer Generaldirektor vorsteht und in der die ELDO- und ESRO-Aktivitäten unter dem Namen der EWO weitergeführt werden. Die Vorschriften des Übereinkommens werden bereits — soweit rechtlich möglich — angewendet.

Die Gründung der EWO bedeutet jedoch nicht lediglich ein Zusammenführen von ELDO und ESRO zu einer Einheitsorganisation. Der EWO werden neue Funktionen übertragen, wodurch die europäische Weltraumzusammenarbeit auf eine breitere Grundlage gestellt wird: Die Mitgliedstaaten der EWO verpflichten sich, eine gemeinsame langfristige Weltraumpolitik zu erarbeiten, damit Europa in Zukunft ein eigenes Gewicht gegenüber den großen Weltraummächten erhält. Ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung dieses Ziels ist die Koordinierung der nationalen Weltraumprogramme und ihre allmähliche Integrierung in ein europäisches Programm. Jeder Mitgliedstaat soll neue nationale Programme vor Inangriffnahme den übrigen Mitgliedstaaten zur Beteiligung im Rahmen der EWO anbieten. Die EWO soll außerdem eine Industriepolitik erarbeiten und den Mitgliedstaaten empfehlen. Durch sie soll die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie erhöht werden. Die EWO wird schließlich die in Europa bestehenden Weltraumeinrichtungen „rationalisieren". Im Hinblick auf die angestrebte Europäisierung der nationalen Programme und zur Vermeidung von Doppelinvestitionen werden die nationalen Weltraumeinrichtungen (z. B. die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für die Luft- und Raumfahrt e. V., Porz-Wahn) in Zukunft verstärkt in die Durchführung der europäischen Programme einbezogen werden. Die Intensivierung der europäischen Weltraumzusammenarbeit wird ergänzt durch die Absicht, auch im Außenverhältnis in Weltraumfragen nach Möglichkeit als Einheit aufzutreten. Zu diesem Zweck soll die Weltraumpolitik der Mitgliedstaaten gegenüber Drittstaaten und in internationalen Organisationen, wie z. B. den Vereinten Nationen, koordiniert werden.

Das von der EWO durchzuführende Weltraumprogramm hat seinen Schwerpunkt in der angewandten Weltraumtechnik einschließlich konventioneller und neuartiger Weltraumtransportsysteme, umfaßt aber auch bedeutende wissenschaftliche Aktivitäten:

1. **Wissenschaftliche Programme**

COS-B	Im August 1975 erfolgreich gestarteter Satellit zur Erforschung der Gamma-Strahlung des erdfernen Weltraums;
GEOS	Erforschung der erdnahen Magnetosphäre;
IUE	Europäisch-amerikanisches Programm zur Erforschung der Ultraviolett-Strahlung;
ISEE	Europäisch-amerikanisches Programm zur Erforschung der Wechselwirkung zwischen Sonne und Erde;
EXOSAT	In Planung befindliches Programm zur Erforschung galaktischer und extragalaktischer Röntgenstrahlen.

2. **Anwendungssatelliten**

METEOSAT	Präoperationeller Wettersatellit als europäischer Beitrag zum weltweiten Atmosphären-Forschungsprogramm GARP;
TELECOM	Präoperationeller Fernmeldesatellit (OTS) als Vorstufe für ein zukünftiges operationelles europäisches Fernmeldesatellitensystem;
MAROTS	Präoperationeller Fernmeldesatellit für die Seeschiffahrt (Fernmeldedienste und Seenotdienste), ausgerichtet auf von IMCO erarbeitete Anforderungen für ein weltweites maritimes Satellitensystem (INMARSAT);
AEROSAT	Europäisch-amerikanisch-kanadisches Programm zur Entwicklung eines präoperationellen Satelliten für die Flugverkehrskontrolle.

3. **Trägerraketen und sonstige Weltraumtransportsysteme**

ARIANE	Entwicklung einer Trägerrakete für 750 kg schwere geostationäre Satelliten;
SPACELAB	Entwicklung eines bemannten Laboratoriums für wissenschaftliche und anwendungsorientierte Weltraumnutzungen als europäischer Beitrag zum zukünftigen Weltraumtransportsystem der USA (SPACE SHUTTLE).

Die Programme laufen bis zum Ende dieses Jahrzehnts. Über die Arbeit der Organisation in den 80er Jahren müssen in den nächsten Monaten vorbereitende Beschlüsse gefaßt werden.

Der Haushalt der EWO beläuft sich 1976 auf 460 Mio RE. Das sind rund 1,4 Milliarden DM. Davon trägt die Bundesrepublik Deutschland 360 Mio DM. Wegen ihres großen Interesses am SPACELAB finanziert sie dessen Entwicklung mit gut 50 %, während sie sich am ARIANE-Trägerprogramm nur mit einem auf 40 Mio DM pro Jahr begrenzten Festbetrag beteiligt. Ihr Anteil an den übrigen Programmen beläuft sich in der Regel auf ca. 25 %.

Die EWO übernimmt auch die bisherigen ESRO-Anlagen und -Einrichtungen. Neben dem Hauptquartier in Paris sind dies: das Europäische Weltraumtechnologie-Zentrum ESTEC in Noordwijk, Niederlande, das Europäische Weltraumoperationszentrum ESOC in Darmstadt sowie der Weltraumdokumentationsdienst in Frascati, Italien. Das EWO-Personal beträgt zur Zeit etwa 1 500 Mitarbeiter.

B. Besonderer Teil

1. Übereinkommen

Zu Artikel I

Die durch das Übereinkommen gegründete Organisation hat ihren Sitz im Raum Paris.

Zu Artikel II

Zweck der Organisation ist die Förderung der Zusammenarbeit ihrer Mitgliedstaaten auf dem Weltraumgebiet. Sie dient ausschließlich friedlichen Zwecken und umfaßt insbesondere folgende Bereiche:

- Ausarbeitung einer langfristigen gemeinsamen Weltraumpolitik,
- Durchführung gemeinsam beschlossener Weltraumaktivitäten,
- Koordinierung und allmähliche Integrierung der nationalen Weltraumprogramme,
- Formulierung einer geeigneten Industriepolitik.

Zu Artikel III

Die bei der EWO-Zusammenarbeit gewonnenen wissenschaftlichen und technischen Informationen stehen allen Mitgliedstaaten zur Verfügung. EWO behält sich beim Abschluß von Verträgen mit der Industrie zur Wahrung der eigenen Interessen und der Interessen ihrer Mitgliedstaaten ihre Rechte hinsichtlich geistigen Eigentums vor.

Zu Artikel IV

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, allen für die EWO tätigen Personen größtmögliche Freizügigkeit in ihrem Territorium zu gewähren. Die Anlage I des Übereinkommens enthält detaillierte Regelungen über Vorrechte und Immunitäten.

Zu Artikel V

Das Übereinkommen unterscheidet zwischen obligatorischen Tätigkeiten der EWO, an denen alle Mitgliedstaaten teilnehmen (Abs. 1 a), und fakultativen Tätigkeiten, an denen diejenigen Mitgliedstaaten teilnehmen, die sich nicht förmlich gegen eine Teilnahme ausgesprochen haben (Abs. 1 b). Zu den obligatorischen Tätigkeiten gehört das wissenschaftliche Programm sowie die sogenannten Basisaktivitäten: Studien, Technologieprogramm, Stipendien, Dokumentationsdienst. Zu den fakultativen Tätigkeiten gehören die Programme zur Entwicklung von Anwendungssatelliten, das Weltraumlaboratorium SPACELAB und die Trägerraketenentwicklung ARIANE sowie der Betrieb der Höhensonden-Abschußrampe ESRANGE bei Kiruna, Schweden.

Die EWO kann gem. Abs. 2 auch im Anwendungsbereich Betriebstätigkeiten durchführen, z. B. einen operationellen Satelliten betreiben, falls dies der Nutzer wünscht. Die Kosten derartiger Betriebstätigkeiten sind vom Nutzer zu tragen. Die EWO soll sich jedoch nicht zu einer kommerziellen Organisation entwickeln.

Die in Abs. 3 festgelegte Aufgabe der Koordinierung und Integration nationaler Weltraumprogramme ist ein wichtiges Mittel zur Erreichung eines gemeinsamen europäischen Weltraumprogramms. Einzelheiten darüber enthält Anlage IV des Übereinkommens.

Zu Artikel VI

Die EWO führt die von ESRO und ELDO übernommenen Anlagen und Einrichtungen weiter. Im übrigen soll die Organisation sich jedoch zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf externe Auftragnehmer stützen (s. auch Art. VII Abs. 2). Die Einrichtungen der Mitgliedstaaten sind in die Programmdurchführung einzubeziehen. Ziel ist die optimale Nutzung aller in Europa vorhandenen Anlagen und verfügbaren Dienstleistungen. Neue Anlagen oder Dienste sollen erst eingerichtet werden, wenn vorhandenes Potential nicht genutzt werden kann. Für die Bundesrepublik ist die verstärkte Einbeziehung deutscher Weltraumeinrichtungen (DFVLR, IABG) in die EWO-Programmdurchführung das Gegenstück zu der von ihr übernommenen Verpflichtung zur Europäisierung ihrer nationalen Programme.

Zu Artikel VII

Die Industriepolitik der EWO soll folgenden Zielen dienen:

- Wirtschaftlichkeit,
- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gegenüber Drittstaaten,
- angemessener Rückfluß der finanziellen Beiträge in die Mitgliedstaaten,
- soweit wie möglich freier Wettbewerb innerhalb der europäischen Industrie.

Die Anlage V enthält dazu Ausführungsbestimmungen. In Zukunft sollen größere Verträge nicht mehr wie bisher von einem Delegiertengremium vergeben werden. Um der Gefahr interessenorientierter Ein-

zelfallentscheidungen vorzubeugen, wird ein besonderer Industriepolitischer Ausschuß geschaffen, dessen Aufgabe es ist, Richtlinien zu erarbeiten, die dem Generaldirektor **vor** Ausschreibung eines Auftrages an die Hand gegeben werden. Er ist verpflichtet, die Industrieaufträge so zu vergeben, daß sie dem erarbeiteten industriepolitischen Konzept entsprechen.

Zu Artikel VIII

Europäische Trägerraketen und andere europäische Raumtransportmittel (wie das Weltraumlaboratorium SPACELAB) sind für EWO-Missionen mit Vorrang zu nutzen. Die Benutzung darf jedoch im Vergleich zu außereuropäischen, insbesondere amerikanischen Entwicklungen, keinen unvertretbaren Nachteil hinsichtlich Kosten, Zuverlässigkeit und Missionstauglichkeit darstellen.

Zu Artikel IX

Diese Bestimmung regelt in den beiden ersten Absätzen die Benutzung von EWO-Anlagen für etwaige künftige nationale Programme der Mitgliedstaaten. Auf diese Weise sollen Doppelinvestitionen vermieden werden. Für den Inhalt der nationalen Programme sind die betreffenden Staaten allein verantwortlich. Es gilt insoweit nicht die Zweckbestimmung des Art. II Satz 1.

Der dritte Absatz betrifft die Verfügbarkeit der im Rahmen eines EWO-Programms entwickelten Produkte für nationale Zwecke. (Die Verfügbarkeit geistigen Eigentums ist in Art. III geregelt.) Bei der Vergabe von Industrieverträgen ist vorgesehen, dem Auftragnehmer die Verpflichtung aufzuerlegen, die Produkte — außer an die EWO — auf Anforderung auch an Mitgliedstaaten zu liefern. Dadurch soll sichergestellt werden, daß trotz der verstärkten Europäisierung der nationalen Programme jeder Mitgliedstaat Zugriff auf die gemeinsamen Entwicklungen hat.

Zu Artikel XI

Als oberstes Organ der EWO soll der Rat, der sich aus hohen Beamten der Mitgliedstaaten zusammensetzt, die nationalen Standpunkte zu einer einheitlichen europäischen Politik zusammenfassen. Als Ersatz für die bisherigen Europäischen Weltraumkonferenzen kann der Rat auch auf Ministerebene tagen.

Dem Rat sind die wichtigsten Entscheidungen vorbehalten. Er beschließt insbesondere über:

— Inhalt der obligatorischen Programme und den dafür verfügbaren Finanzrahmen (Art. XI, Abs. 5 a),

— Übernahme von fakultativen Programmen (Abs. 5 c),

— Personalordnung (Abs. 5 i),

— Aufnahme neuer Mitgliedstaaten (Abs. 5 k),

— Assoziierung von Drittstaaten (Art. XIV, Abs. 1 und 2),

— Grundsätze zur Vergabe von Industrieaufträgen (Anlage V, Art. III, Abs. 1 und 2),

— Aufhebung der Immunität (Anlage I, Abs. 1 a).

Jeder Mitgliedstaat hat im Rat eine Stimme. Bei Angelegenheiten eines fakultativen Programmes hat ein Staat, der nicht an seiner Finanzierung teilnimmt, kein Stimmrecht (Art. XI, Abs. 6 a). Ein Mitgliedstaat, der mit der Zahlung seines Beitrages erheblich im Rückstand ist, verliert das Recht, seine Stimme auszuüben (Abs. 6 b).

Der Rat hat von der Möglichkeit, zur Behandlung einzelner Sachbereiche Untergremien zu schaffen (Abs. 8), Gebrauch gemacht und u. a. einen Verwaltungs- und Finanzausschuß, einen Industriepolitischen Ausschuß sowie einen Programmausschuß für das wissenschaftliche Programm geschaffen. Die für die laufenden fakultativen Programme gebildeten Programmräte bestehen fort.

Zu Artikel XII

Der Generaldirektor ist der gesetzliche Vertreter der Organisation und Leiter der Exekutive. Der Generaldirektor sowie das leitende Personal der Organisation werden vom Rat eingestellt und entlassen. Einstellung und Entlassung des übrigen Personals erfolgen durch den Generaldirektor. Die Einstellung wird auf Grund der Befähigung und unter Berücksichtigung einer angemessenen Verteilung der Stellen auf die Mitgliedstaaten vorgenommen.

Zu Artikel XIII

Die Beiträge der Mitgliedstaaten zu den EWO-Tätigkeiten bemessen sich grundsätzlich nach dem Verhältnis der Volkseinkommen. Dies gilt auch für fakultative Programme. Kein Staat ist jedoch verpflichtet, mehr als 25 % zu einem Programm beizutragen. Aus besonderen Gründen kann der Rat die Beiträge eines Mitgliedstaates herabsetzen.

Bei fakultativen Programmen besteht die Möglichkeit, den Beitragsschlüssel ausnahmsweise unabhängig vom Verhältnis der Volkseinkommen im Wege freier Verhandlungen festzulegen. Dadurch kann den unterschiedlichen Interessen an einem Programm am besten Rechnung getragen werden (Beispiele: SPACELAB, ARIANE und MAROTS).

Zu Artikel XIV

Die Zusammenarbeit der Organisation mit Drittstaaten und internationalen Organisationen ist nur mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten möglich. Die Zusammenarbeitsabkommen, die ESRO mit Japan und Indien abgeschlossen hatte, gehen auf die EWO über. Hervorzuheben ist die Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen des SPACELAB-Programms und mit den USA und Kanada bei AEROSAT. Österreich beteiligt sich mit einem begrenzten Beitrag am SPACELAB-, Norwegen am MAROTS-Programm. Österreich, Norwegen und Kanada haben im Rat Beobachterstatus. Die Verleihung der Assoziierten Mitgliedschaft (Abs. 3) ist als eine besondere institutionalisierte Form der Zusammenarbeit neu eingeführt worden.

Zu Artikel XV

Die Organisation ist rechtsfähig und Völkerrechtssubjekt. Inhalt und Umfang von Vorrechten und Immunitäten sind aus Anlage I des Übereinkommens zu ersehen.

Zu Artikel XVI

Änderungen des Übereinkommens und der Anlage sind nur mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten möglich.

Zu Artikel XVII

Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten oder zwischen Mitgliedstaaten und der Organisation können einem von den Parteien zu berufenden Schiedsgericht unterbreitet werden.

Zu Artikel XVIII

Bei Nichterfüllung der übernommenen Verpflichtungen kann ein Mitgliedstaat ausgeschlossen werden.

Zu Artikel XIX

Die EWO ist Rechtsnachfolgerin von ELDO und ESRO. Mit Inkrafttreten des Übereinkommens gehen die Rechte und Pflichten beider Organisationen auf die EWO über. Gleichzeitig kommen ELDO und ESRO als Rechtspersonen in Fortfall (Art. XXI Abs. 2).

2. Anlagen

Anlage I: Vorrechte und Immunitäten

Der Organisation, ihrem Personal, den Sachverständigen sowie den Vertretern der Mitgliedstaaten werden bestimmte Vorrechte und Immunitäten gewährt. Die Regelung entspricht im wesentlichen den Bestimmungen des Protokolls vom 31. Oktober 1963 über die Vorrechte und Befreiungen von ESRO (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1353). Auf einige Änderungen sei hingewiesen.

Zu Artikel IV

Buchst. d) führt als Ausnahme von der Immunität von der Gerichtsbarkeit den Fall ein, daß die Organisation als Drittschuldner im Wege der Pfändung von Gehaltsforderungen ihres Personals in Anspruch genommen wird.

Zu Artikel VII

Im Hinblick darauf, daß die EWO gegen Entgelt gem. Art. V Abs. 2 des Übereinkommens operationelle Betriebstätigkeiten durchführen oder gem. Art. IX Abs. 1 und 2 ihre Anlagen und Dienste für Programme der Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen kann, läßt Abs. 2 die Möglichkeit der Besteuerung dieser Einkünfte offen.

Zu Artikel XX

Die EWO führt das System der sozialen Sicherheit der ESRO fort. Dem Pensionssystem soll gemeinsam mit den übrigen „Koordinierten Organisationen" eine neue Form gegeben werden.

Zu Artikel XXIV

Ein Mitgliedstaat braucht bestimmte Vorrechte und Immunitäten seinen eigenen Staatsangehörigen und Personen, die ihren ständigen Aufenthalt im eigenen Staatsgebiet haben, nicht zu gewähren. Von dieser Möglichkeit macht die Bundesrepublik Deutschland Gebrauch (s. Art. 2 des Vertragsgesetzes). Wichtige Vorrechte und Immunitäten, wie z. B. die Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen (Art. XVI, a), bleiben unberührt.

Anlage II: Finanzielle Bestimmungen

Die Vorschriften der Anlage II entsprechen weitgehend den Bestimmungen des ESRO-Finanzprotokolls vom 14. Juni 1962 (Bundesgesetzbl. 1963 II S. 1539, 1553).

Zu Artikel I

Es ist zu unterscheiden zwischen dem Allgemeinen Haushalt, der die obligatorischen Tätigkeiten nach Art. V, Abs. 1 a mit Ausnahme des wissenschaftlichen Programms umfaßt, und den Programmhaushalten, die sich auf das wissenschaftliche Programm und die fakultativen Programme beziehen (zum Finanzierungsschlüssel siehe Art. XIII des Übereinkommens).

Zu Artikel V

Die Haushaltspläne der Organisationen werden in Rechnungseinheiten (RE) aufgestellt. An sich entspricht 1 RE 0,88867088 g Feingold; der EWO-Rat hat jedoch von seiner Befugnis, eine andere Definition festzulegen, Gebrauch gemacht. Er hat beschlossen, ab 1. 1. 1976 die von der EG in der Konvention von Lomé festgelegte Definition der Rechnungseinheit einzuführen (z. Zt. 1 RE = 3,05 DM).

Zu Artikel VI

Eine Stärkung der unabhängigen Rechnungsprüfung konnte erreicht werden. Sie umfaßt alle Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung. Die Rechnungsprüferkommission berichtet jährlich, und zwar auch über die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung der Mittel der Organisation.

Anlage III: Fakultative Programme nach Art. V, Abs. 1 b des Übereinkommens

Zu Artikel I

Um den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten an der Durchführung bestimmter Programme in flexibler Weise Rechnung zu tragen, enthält das Übereinkommen die Möglichkeit, neben den obligatorischen Aktivitäten Programme zu beschließen, an denen nicht alle Mitgliedstaaten teilnehmen (Fakultative Programme). Dieses Auswahlkonzept hatte schon ESRO eingeführt. Die Programme METEOSAT, TELECOM, MAROTS, ARIANE und SPACELAB werden auf Grund besonderer Regierungsvereinbarungen im ESRO/EWO-Rahmen durchgeführt; zur Information sei auf die im Bundesgesetzblatt 1975 II, S. 1269 bekanntgemachten Vereinbarungen hingewiesen. Solche Regierungsvereinbarungen werden in Zukunft nicht mehr erforderlich sein. Es genügt eine Erklärung der an dem fakultativen Programm interessierten Staaten, in der neben einer Beschreibung des Programminhalts eine finanzielle Verpflichtung gemäß Art. XIII, Abs. 2 des Übereinkommens enthalten sein muß.

Zu Artikel III

Für die einzelnen Abschnitte eines fakultativen Programmes vereinbaren die Teilnehmerstaaten Finanzrahmen, die nach einem noch festzulegenden Verfahren an Preisänderungen angepaßt werden können. Echte Kostenüberschreitungen von mehr als 20 % des Gesamtplafonds berechtigen die Teilnehmerstaaten zum Rücktritt vom Programm.

Anlage IV: Internationalisierung nationaler Programme

Diese Anlage legt das Verfahren für die „Europäisierung" nationaler Programme fest, zu der die Mitgliedstaaten nach Art. V, Abs. 3 des Übereinkommens verpflichtet sind.

Zu Artikel I

Das Europäisierungsverfahren muß vor Beginn der Definitionsphase eines Programmes eingeleitet werden. Allen berechtigten Beteiligungswünschen interessierter EWO-Staaten soll Rechnung getragen werden. Besteht ein solches Interesse nicht, kann der Initiator das Programm außerhalb des EWO-Rahmens national oder bilateral durchführen.

Zu Artikel II

Die Verpflichtung zur Europäisierung gilt nicht nur für Programme, die Mitgliederstaaten allein oder zusammen mit anderen Mitgliedstaaten durchführen, sondern soll im Grundsatz auch für die Programme mit Nichtmitgliedstaaten gelten.

Anlage V: Industriepolitik

Zu Artikel I

Der EWO-Rat hat die Einsetzung eines ihm nachgeordneten Gremiums für Industriepolitik beschlossen. Dieser Ausschuß wird auch Empfehlungen an die Mitgliedstaaten für deren nationale Industriepolitik ausarbeiten. Die Zielsetzungen der EWO-Industriepolitik sind in Art. VII des Übereinkommens niedergelegt. Artikel I Abs. 2 der Anlage V gibt dazu einige Konkretisierungen, insbesondere in Richtung auf eine Spezialisierung in der Weltraumindustrie und Abstimmung mit anderen internationalen Gremien z. B. der EG.

Zu Artikel II

Die Industrien der Mitgliedstaaten werden bei der Auftragsvergabe bevorzugt. Ob ein Unternehmen als einem Mitgliedstaat angehörend anzusehen ist, richtet sich nicht nur nach seinem Sitz, sondern auch nach anderen Kriterien wie z. B. dem Ort der Ausführung der Arbeit.

Zu Artikel III

Der Industriepolitische Ausschuß wird vor Einleitung des Vergabeverfahrens allgemeine und besondere Richtlinien aufstellen, die der Generaldirektor bei der Abfassung der Ausschreibung, der Auswertung von Angeboten und der Vergabe von Industrieaufträgen zu beachten hat. A-priori-Kontrolle soll eine sachgerechte Vergabepolitik besser gewährleisten als die bisherige Praxis, bei der das zuständige Delegiertengremium erst nach Auswertung der Angebote über die Vertragsvergabe von Fall zu Fall entschied. Eine Entscheidung des Industriepolitischen Ausschusses unmittelbar vor der Auftragsvergabe soll nur noch in Ausnahmefällen erfolgen.

Zu Artikel IV

Eine wichtige Voraussetzung für die Zukunft der europäischen Weltraumzusammenarbeit ist die angemessene Beteiligung der Industrien der Mitgliedstaaten an den Aufträgen der Organisation. Es ist sichergestellt, daß mindestens 80 % der in Betracht kommenden Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten an ihre Industrien zurückfließen. Alle 3 Jahre findet eine Überprüfung der geographischen Verteilung der Aufträge statt. Ist ein Mitgliedstaat im Rückfluß-Rückstand, werden besondere Maßnahmen zur Kompensation getroffen. Die Bundesrepublik Deutschland hat zur Zeit einen Rückfluß von 100 %.

Zu Artikel VI

Der EWO-Rat kann Unternehmen oder Organisationen eines Mitgliedstaates aus industriepolitischen Gründen (Spezialisierung) vom Wettbewerb um EWO-Aufträge ausschließen, jedoch nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des betroffenen Mitgliedstaates.

C. Anhang

Vor Unterzeichnung des Übereinkommens wurde von der Konferenz der Bevollmächtigten zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation am 30. Mai 1975 in Paris eine **Schlußakte** verabschiedet. Sie enthält 10 Entschließungen. Von besonderer Bedeutung ist Entschließung Nr. 8, in der die Verwendung der deutschen Sprache in der EWO der englischen und französischen Sprache weitgehend gleichgestellt wird.

Die Schlußakte hat folgenden Wortlaut:

Schlußakte der Konferenz der Bevollmächtigten zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation

1. Die Europäische Weltraumkonferenz hat am 20. Dezember 1972 beschlossen, aus der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation (ESRO) und der Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern (ELDO) eine neue Organisation mit dem Namen Europäische Weltraumorganisation zu bilden. Der Stellvertreterausschuß der Europäischen Weltraumkonferenz hat eine Arbeitsgruppe „Europäische Weltraumorganisation" eingesetzt und sie beauftragt, sich mit der Verwirklichung dieses Beschlusses zu befassen. Auf der Grundlage der Beratungen des Stellvertreterausschusses der Europäischen Weltraumkonferenz und der Arbeitsgruppe „Europäische Weltraumorganisation" hat das Sekretariat der Europäischen Weltraumkonferenz den Entwurf eines Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation ausgearbeitet.

2. Die Europäische Weltraumkonferenz hat am 31. Juli 1973 ihren Beschluß vom 20. Dezember 1972 bestätigt und die bei den Beratungen erarbeiteten Grundsätze gebilligt. Sie hat am 15. April 1975 den Entwurf eines Übereinkommens gebilligt.

3. Auf Einladung der französischen Regierung und nach Konsultation mit dem Vorsitzenden der Europäischen Weltraumkonferenz ist am 30. Mai 1975 in Paris im Außenministerium eine Konferenz der Bevollmächtigten zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation zusammengetreten.

4. Es waren vertreten:

   a) die Regierungen der folgenden Staaten:
      - durch Delegierte: das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, das Königreich der Niederlande, das Königreich Norwegen, das Königreich Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft, der Spanische Staat und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland;
      - durch Beobachter: der Australische Bund und die Republik Österreich;

   b) die folgenden internationalen Organisationen:

      der Europarat, die Europäische Weltraumforschungs-Organisation und die Europäische Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern.

5. Die Konferenz hat ihr Büro wie folgt gebildet:

   [Es folgt Zusammensetzung des Büros.]

   Die Konferenz hat den Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vollmachten angenommen.

6. Die Konferenz hat den Bericht des Vorsitzenden der Europäischen Weltraumkonferenz über die Maßnahmen entgegengenommen, die zur Durchführung der Beschlüsse der Europäischen Weltraumkonferenz vom 20. Dezember 1972 und 31. Juli 1973 getroffen wurden. Sie hat insbesondere von den Fortschritten bei den im gemeinsamen europäischen Rahmen unternommenen Programmen, dem Programm für das Weltraumlaboratorium SPACELAB, dem Seenavigationssatelliten-Programm MAROTS und dem Trägerraketenprogramm ARIANE, Kenntnis genommen. Sie hat ferner Kenntnis genommen von den Entschließungen des Rates der ESRO und des Rates der ELDO sowie von den anderen bereits getroffenen oder noch zu treffenden Maßnahmen zur Übernahme der Vermögenswerte und des Personals durch die Europäische Weltraumorganisation, die die Kontinuität der laufenden Programme und Tätigkeiten sicherstellen sollen.

7. Die Konferenz der Bevollmächtigten hat auf der Grundlage der von der Europäischen Weltraumkonferenz am 15. April 1975 angenommenen Entschließung den Wortlaut des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation angenommen. Dieses Übereinkommen umfaßt fünf Anlagen, die Bestandteil des Übereinkommens sind.

8. Außerdem hat die Konferenz die beigefügten 10 Entschließungen angenommen.

9. Die Konferenz hat beschlossen, daß das Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation am 30. Mai 1975 zur Unterzeichnung aufgelegt werden soll und bis zum 31. Dezember 1975 zur Unterzeichnung aufliegen soll.

10. Die Konferenz hat zur Kenntnis genommen, daß das Übereinkommen nach Artikel XXI in Kraft tritt, wenn die folgenden Staaten, die Mitglieder der ESRO oder der ELDO sind, es unterzeichnet und ihre Ratifikations- oder Annahmeurkunde bei der französischen Regierung hinterlegt haben:

    das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Italienische Republik, das Königreich der Niederlande, das Königreich Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft, der Spanische Staat und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.

Entschließung Nr. 1

De-facto-Aufnahme der Tätigkeit der Europäischen Weltraumorganisation

DIE KONFERENZ

EMPFIEHLT, daß die Vertreter der Mitgliedstaaten im Rat der ESRO und im Rat der ELDO vom Tag nach der Unterzeichnung der Schlußakte an gemeinsam tagen und damit im Vorgriff auf die Einsetzung des Rates der Europäischen Weltraumorganisation handeln;

EMPFIEHLT, damit die Organisation ihre Tätigkeit an dem oben genannten Tag de facto aufnehmen kann, bei der Anwendung der Übereinkommen zur Gründung der ESRO und der ELDO den Bestimmungen des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation soweit wie möglich Rechnung zu tragen;

ERSUCHT die französische Regierung als Verwahrregierung, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Rat der Organisation innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Übereinkommens zu seiner ersten Tagung einzuberufen.

Entschließung Nr. 2

Übernahme der Rechte und Pflichten der ELDO

DIE KONFERENZ

IN DER ERWÄGUNG, daß einerseits nach Artikel XIX des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation diese Organisation alle Rechte und Pflichten der ESRO und ELDO übernimmt und andererseits die gegenwärtige Abwicklung der Programme der ELDO fortgesetzt wird —

EMPFIEHLT dem Rat der ELDO und dem Rat der ESRO, die gemeinsam tagen und damit im Vorgriff auf die Einsetzung des Rates der Europäischen Weltraumorganisation handeln, so bald wie möglich und jedenfalls vor Inkrafttreten des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation eine detaillierte Aufstellung der Rechte und Pflichten der ELDO zu prüfen, deren Übernahme für die Tätigkeiten und Programme der Europäischen Weltraumorganisation von Nutzen wäre und die daher von der ESRO übernommen werden könnten; diese wird ihre Tätigkeit bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation unter dem Namen Europäische Weltraumorganisation ausüben;

STELLT FEST, daß die nicht in der vorgenannten detaillierten Aufstellung aufgeführten Rechte und Pflichten der ELDO von der ESRO nicht übernommen werden und daß die sich aus diesen Rechten und Pflichten ergebenden Kosten von denjenigen Mitgliedstaaten der Organisation getragen werden, die sie als Mitgliedstaaten der ELDO im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation tragen.

Entschließung Nr. 3

Nachgeordnete Gremien der Europäischen Weltraumorganisation

DIE KONFERENZ

STELLT FEST, daß der Rat der Europäischen Weltraumorganisation angesichts der Bedeutung der ihm übertragenen Aufgaben in bestimmten Bereichen der Unterstützung durch nachgeordnete Gremien bedarf;

IST DER AUFFASSUNG, daß dem Rat die Unterstützung dieser nachgeordneten Gremien insbesondere im Bereich der Verwaltung und Finanzen, vor allem in bezug auf die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der Programme, sowie im Bereich der grundlegenden Tätigkeiten, des wissenschaftlichen Programms und der Industriepolitik zuteil werden sollte;

FORDERT den Rat AUF, außer dem im Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation genannten Ausschuß für das wissenschaftliche Programm die erforderlichen nachgeordneten Gremien einzusetzen;

NIMMT ZUR KENNTNIS, daß für die laufenden fakultativen Programme Programmräte bestehen, daß aber das Übereinkommen die Einsetzung solcher Programmräte für künftige fakultative Programme nicht vorschreibt;

FORDERT den Rat und die Teilnehmerstaaten der laufenden fakultativen Programme AUF, gemeinsam zu einem baldigen Zeitpunkt jede wünschenswert erscheinende Änderung des Verfahrens zur Überwachung dieser Programme, die mit dem Geiste des Übereinkommens und den Rechten der Teilnehmerstaaten aus den bestehenden Vereinbarungen vereinbar ist, zu prüfen;

IST DER ANSICHT, daß der Rat geeignete Vorkehrungen für die Überwachung künftiger fakultativer Programme insbesondere unter Berücksichtigung der Interessen der Benutzer treffen muß.

Entschließung Nr. 4

Fakultative Programme der Europäischen Weltraumorganisation

DIE KONFERENZ

NIMMT MIT BEFRIEDIGUNG ZUR KENNTNIS, in welchem Maße die laufenden fakultativen Programme zur Zeit von den Mitgliedstaaten unterstützt werden;

IST DER AUFFASSUNG, daß eine fortdauernde umfassende Beteiligung an der Gesamtheit der fakultativen Programme Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der Europäischen Weltraumorganisation ist;

NIMMT die Absicht der Mitgliedstaaten ZUR KENNTNIS, die im Dezember 1971 im Rat der ESRO erzielte Einigung über die Programme nicht in Frage zu stellen;

EMPFIEHLT daher den Regierungen, dafür zu sorgen, daß die Organisation eine ihre Lebensfähigkeit gewährleistende Anzahl von fakultativen Programmen durchführt und jedes dieser Programme von möglichst vielen Mitgliedstaaten finanziert wird.

Entschließung Nr. 5

Anwendungsprogramme

DIE KONFERENZ

BEKRÄFTIGT ihren Willen, Europa durch die Entwicklung geeigneter Systeme eine angemessene Stellung auf dem Markt der weltraumtechnischen Anwendungen zu verschaffen;

IST DER AUFFASSUNG, daß die Programme der Europäischen Weltraumorganisation die Entwicklung operationeller Systeme, die für die Benutzer annehmbar sind und von ihnen betrieben werden, fördern sollen;

ERKENNT AN, daß eine Abstimmung unter den Benutzern notwendig ist, damit die für die Verwirklichung dieses Ziels erforderlichen Organe zu gegebener Zeit eingesetzt werden können;

FORDERT die Organisation AUF, schon in der Definitionsphase der von ihr entwickelten Erzeugnisse die erforderlichen Konsultationen mit den Benutzern herbeizuführen, um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung der Politik auf dem Gebiet der weltraumtechnischen Anwendungen zu schaffen.

Entschließung Nr. 6

Trägerraketen und andere Raumtransportsysteme

DIE KONFERENZ

EINGEDENK des von der Europäischen Weltraumkonferenz am 20. Dezember 1972 gefaßten Beschlusses zur Inangriffnahme der Programme ARIANE und SPACELAB;

IN DER ERWÄGUNG, daß die Mitgliedstaaten daraufhin beträchtliche Mittel in die Entwicklung dieser Trägerrakete und dieses Raumtransportsystems investiert haben —

BESTÄTIGT, daß die Mitgliedstaaten übereingekommen sind, den im Rahmen der Programme der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und der Europäischen Weltraumorganisation entwickelten Erzeugnissen Vorrang einzuräumen und ihre Verwendung zu fördern;

EMPFIEHLT daher, daß sich die Organisation nach Artikel VIII des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation bemüht, ihre Missionen so zu planen und die technischen Merkmale der von ihr entwickelten Satelliten und anderen Weltraumsystemen so festzulegen, daß die größtmögliche Verwendung der in Europa vorhandenen Trägerraketen und anderen Raumtransportsystemen gewährleistet ist.

Entschließung Nr. 7

Nutzung des Potentials und der Anlagen der Mitgliedstaaten

DIE KONFERENZ

IN DER ERKENNTNIS, daß das Potential und die Anlagen, die die Europäische Weltraumorganisation entwickelt hat oder die ihr gehören, mit Vorrang genutzt werden müssen und die Errichtung überflüssiger Anlagen in Europa vermieden werden muß —

FORDERT die Organisation AUF, bei Bedarf das Potential und die Anlagen der Mitgliedstaaten zu nutzen, sofern dies wirtschaftlich gerechtfertigt ist;

BILLIGT den Grundsatz, daß die aus der Nutzung dieses Potentials und dieser Anlagen für eine Tätigkeit oder ein Programm der Organisation entstehenden Kosten von dem betreffenden Haushalt der Organisation getragen werden, wobei die Zusammensetzung und die Berechnungsweise dieser Kosten im Einzelfall von den Teilnehmerstaaten vereinbart werden;

FORDERT die Organisation AUF, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Entschließung Nr. 8

Gebrauch der Sprachen

DIE KONFERENZ

IN ANBETRACHT der Notwendigkeit, vor der Unterzeichnung des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation die Frage des künftigen Gebrauchs der Sprachen in dieser Organisation zu klären;

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG des Wunsches, einerseits den Mitgliedstaaten die Darlegung ihrer Auffassungen in den Gremien der Organisation zu erleichtern und andererseits der Organisation Verfahrensvorschriften zu geben, die sowohl ihre Leistungsfähigkeit wie auch den wirtschaftlichen Einsatz ihrer Mittel gewährleisten —

VEREINBART, daß für die Organisation folgende Regelung gelten soll:

1. In den Sitzungen der Organe, Ausschüsse oder Arbeitsgruppen der Organisation können die deutsche, englische und französische Sprache benutzt werden; die Übertragung in diese drei Sprachen wird sichergestellt.

2. Für Schriftstücke gilt folgendes:
   a) Amtliche Schriftstücke der Organisation, die das Aktenzeichen des Rates, eines seiner nachgeordneten Gremien oder einer Arbeitsgruppe tragen, werden in deutscher, englischer und französischer Sprache herausgegeben.
   b) Alle anderen Schriftstücke der Organisation werden in Englisch und Französisch herausgegeben.
   c) Schriftstücke der Mitgliedstaaten, die wissenschaftliche, technische, rechtliche oder Verwaltungsfragen betreffen, sind möglichst in Englisch oder Französisch an die Organisation zu richten, können jedoch auch in einer anderen Sprache eines Mitgliedstaates an die Organisation gesandt werden.

3. Außerdem kann in den Sitzungen des Rates und seiner nachgeordneten Gremien, in denen das SPACELAB-Programm betreffende Fragen erörtert werden, die italienische Sprache benutzt werden; die Übertragung in diese Sprache wird sichergestellt; die amtlichen Schriftstücke der Organisation, die das Aktenzeichen des Rates oder eines seiner nachgeordneten Gremien tragen und dieses Programm betreffen, werden auch in italienischer Sprache herausgegeben.

4. Auf Antrag der Delegation eines Mitgliedstaates werden Vorkehrungen für den Gebrauch einer anderen, in Absatz 1 und Absatz 2 Buchstaben a und b nicht genannten Sprache eines Mitgliedstaates in einer in Absatz 1 genannten Sitzung oder für die Übersetzung eines in Absatz 2 Buchstabe a oder b genannten Schriftstückes in diese Sprache getroffen; ein solcher Antrag wird jedoch nur für Sitzungen oder Schriftstücke gestellt, an denen der betreffende Mitgliedstaat ein besonderes Interesse hat.

5. Im Schriftverkehr bedient sich die Organisation im allgemeinen der englischen oder französischen Sprache; die Delegationen führen ihren Schriftwechsel mit der Organisation möglichst in Englisch oder Französisch; sie können ihn jedoch, wenn sie es für zweckmäßig halten, auch in einer anderen Sprache eines Mitgliedstaates führen.

BETONT, daß nicht beabsichtigt ist, durch die Anwendung dieser Regelung eine Zunahme der Übersetzungen für den internen Gebrauch der Organisation herbeizuführen.

GIBT dem dringenden Wunsch AUSDRUCK, daß die Mitgliedstaaten von diesen Möglichkeiten wie bisher in einer Weise Gebrauch machen, daß Mehrausgaben und Verwaltungsschwierigkeiten auf ein Mindestmaß beschränkt werden;

EMPFIEHLT, daß die Regelung der Sprachenfrage vom Rat der Organisation überprüft wird, wenn zu irgend-

einem Zeitpunkt der Eindruck entsteht, daß die Delegationen von den oben genannten Möglichkeiten einen unangemessenen Gebrauch machen.

Entschließung Nr. 9

Auf das Personal der Europäischen Weltraumorganisation anwendbare Steuerbestimmungen

DIE KONFERENZ

EMPFIEHLT, daß die Organisation zur Anwendung des Artikels XVIII der Anlage I des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation dem Generaldirektor und den Mitgliedern des Personals jedes Jahr für deren Steuerbehörden bestimmte Bescheinigungen über die Höhe ihrer Bezüge ausstellt und daß die gleiche Regelung entsprechend auf die an ehemalige Generaldirektoren und Mitglieder des Personals gezahlten Ruhegehälter und Renten angewendet wird.

Entschließung Nr. 10

Beziehungen zum Europarat

DIE KONFERENZ

ANGESICHTS des vom Europarat geäußerten Wunsches, Beziehungen zur Europäischen Weltraumorganisation aufzunehmen und damit die bestehenden Beziehungen zu der ESRO und der ELDO fortzusetzen —

EMPFIEHLT, daß der Rat der Europäischen Weltraumorganisation den Jahresbericht der Organisation dem Europarat zur Unterrichtung zusendet.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Zum Gesetzentwurf im ganzen

Nach Auffassung des Bundesrates ist eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes nicht für alle Bestimmungen des Übereinkommens gegeben. Im Hinblick auf die Lindauer Vereinbarung, in der sich die Bundesregierung und die Landesregierungen über die Beteiligung der Länder beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge des Bundes geeinigt haben, weist der Bundesrat darauf hin, daß das Übereinkommen erst ratifiziert werden kann, wenn alle Länder ihr Einverständnis gemäß Ziffer 3 der Lindauer Vereinbarung erklärt haben.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung vermag der Auffassung des Bundesrates, daß auf das Übereinkommen Ziffer 3 der Lindauer Absprache Anwendung finde, nicht zuzustimmen.

Eine Analyse der Bestimmungen des Übereinkommens ergibt, daß sich der Tätigkeitsbereich der EWO (und damit auch der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenwirken mit den anderen Mitgliedstaaten) auf Sachmaterien erstrecken soll, für die nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes die Zuständigkeit beim Bunde liegt: neben dessen Zuständigkeit zur Wahrnehmung der auswärtigen Gewalt insbesondere seine Gesetzgebungszuständigkeiten nach Artikel 73 Nr. 6 GG (Luftverkehr), Artikel 74 Nr. 11 GG (Recht der Wirtschaft) und Artikel 74 Nr. 13 GG (Förderung der Forschung). Soweit die Regelungen des Übereinkommens i. V. m. dem Vertragsgesetz die wissenschaftliche Forschung betreffen, ist die Zuständigkeit des Bundes nach Artikel 74 Nr. 13 GG gegeben. Der Begriff der „Förderung" i. S. von Artikel 74 Nr. 13 GG umfaßt neben der Mittelgewährung auch organisatorische und planerische Maßnahmen. Im Parlamentarischen Rat bestand insbesondere Einverständnis darüber, daß die Förderung auch in der Schaffung einer für die Forschung bestimmten Organisation liegen kann (JöR, N. F., Bd. 1, S. 523).

Die Einholung des Einverständnisses der Länder nach Ziffer 3 der Lindauer Absprache wäre im übrigen auch dann nicht geboten, wenn man der Auffassung des Bundesrates folgen und die von ihm beanspruchte ausschließliche Kompetenz der Länder im Bereich der wissenschaftlichen Forschung durch einzelne Bestimmungen des Übereinkommens zur Gründung der EWO als berührt ansehen wollte. In diesem Fall wären die Voraussetzungen der Ziffer 2 der Lindauer Absprache gegeben, nach der — ohne das Erfordernis eines Einverständnisses der Länder — die Zuständigkeit des Bundes zum Abschluß und zur Durchführung von völkerrechtlichen Verträgen über die Gründung von internationalen Organisationen insoweit anerkannt ist, als diese Verträge Bestimmungen enthalten, die Länderzuständigkeiten zwar berühren mögen, aber nur einen untergeordneten Bestandteil des Vertrages bilden, dessen Schwerpunkt im übrigen zweifelsfrei im Bereich der Zuständigkeit des Bundes liegt. Dies wäre nach dem oben Gesagten bei dem Übereinkommen zur Gründung der EWO der Fall.

Bn 612086 5. 76